51. Sitzung

am Dienstag, dem 28. November 2000, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	3508	Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit
Geburtstagswünsche für die Abg. Dr. Paul Wilhelm, Frau Anne Hirschmann und Frau Berta Schmid	3508	Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs.14/4924)
Erklärung der Frau Staatsministerin für Arbeit, Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit u. des Staatsministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur aktuellen BSE-Thematik mit Aussprache		Frau Staatsministerin Stamm 3529, 3547
hierzu		Wahnschaffe (SPD) (s. a. Anlage 1) . . . 3533, 3551
Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Loscher-Frühwald, Kobler u. Frakt. (CSU), der Abg. Maget, Starzmann, Biedefeld u. Frakt. (SPD) und der Abg. Paulig, Schopper, Schammann u. Frakt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Winter (CSU) 3537
Bekämpfung der Rinderseuche BSE (Drs. 14/5085)		Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (s. a. Anlage 2) 3541, 3553
Frau Staatsministerin Stamm 3508, 3527		Kobler (CSU) 3544
Staatsminister Miller 3511, 3525		Abstimmung 3548
Frau Biedefeld (SPD) 3513		Schlussabstimmung 3548
Heckel (CSU) 3516		Mitteilung betr. Erledigung von Änderungsanträgen zum Einzelplan 10 gemäß § 132 Abs. 5 GeschO (s. a. Anlage 3) 3548, 3555
Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 3518		Mitteilung betr. Erledigung der Änderungsanträgen 14/4661, 4702, 4709 und 4715 bis 4720 unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung 14/4924 des Haushaltsausschusses 3549
Starzmann (SPD) 3519		Haushaltsplan 2001/2002;
Dr. Gröber (CSU) 3522		Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes
Schammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . 3523		Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 14/4932)
Hartenstein (fraktionslos) 3526		Abstimmung 3549
Beschluss 3529		Schluss der Sitzung 3549
Haushaltsplan 2001/2002;		
Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und		

(Beginn: 15.12 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 51. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um eine Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich einige Glückwünsche aussprechen: Halbrunde Geburtstage feierten am 25. November Herr Kollege Dr. Paul Wilhelm und am 27. November Frau Kollegin Anne Hirschmann; heute hat Frau Kollegin Berta Schmid Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich gratuliere den Kolleginnen und Kollegen im Namen des gesamten Hauses und auch persönlich sehr herzlich. Ich wünsche ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, insbesondere Gesundheit, Energie und Erfolg bei ihren parlamentarischen Aufgaben.

Mit Schreiben vom 27. November 2000 hat der Leiter der Staatskanzlei, Herr Staatsminister Huber, beantragt, der Staatsministerin für Arbeit, Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit sowie dem Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu Beginn der heutigen Sitzung Gelegenheit zur Abgabe einer **Erklärung der Staatsregierung** zu geben. Beide werden sich als zuständige Fachminister **zur aktuellen BSE-Thematik** äußern.

In die Beratung beziehe ich den zur Plenarsitzung eingereichten, interfraktionellen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Loscher-Frühwald, Kobler und Fraktion (CSU), Maget, Starzmann, Biedefeld und Fraktion (SPD), Paulig, Schopper, Schammann und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

betreffend Bekämpfung der Rinderseuche BSE (Drucksache 14/5085)

ein. Das Wort hat nun Frau Staatsministerin Stamm.

Frau Staatsministerin Stamm (Sozialministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesrepublik Deutschland hat seit dem letzten Wochenende einen nachgewiesenen BSE-Fall in Schleswig-Holstein. Bei einem weiteren Fall muss die Identität des Tieres noch abschließend geklärt werden. Uns alle haben diese Ereignisse sehr beunruhigt.

Das Gebot der Stunde heißt nun – über alle bisher getroffenen Vorkehrungen hinaus –, die verunsicherte Bevölkerung lückenlos aufzuklären und so schnell wie möglich alle nur denkbaren Möglichkeiten in die Wege zu leiten, um die Verbraucher vor gesundheitlichen Gefährdungen zu schützen.

In Bayern hat die Bekämpfung von BSE immer oberste Priorität gehabt und wird es auch in Zukunft haben. Ich erinnere daran, dass das Bayerische Gesundheitsministerium, lange bevor der Bund und die Europäische Gemeinschaft überhaupt Abwehrmaßnahmen für Rindfleisch beschlossen haben, britische Rinder unter Anzeigepflicht gestellt hat. Ich darf auch daran erinnern, dass in Bayern so konsequent wie in keinem anderen Bundesland die Tötung und Untersuchung aller Rinder angeordnet wurde, die aus Großbritannien und der Schweiz stammen. Herr Kollege Starzmann, Sie haben damals gefordert, wir sollten die Tötung der Tiere beenden. Auch mit der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hatten wir erhebliche Schwierigkeiten, als wir mit den Schlachtprogrammen begonnen haben.

Wir haben damals dieses Schlachtprogramm konsequent durchgeführt. Aber das war meiner Meinung nach nicht das Wichtigste, sondern wir haben auch alle Tiere nach der Tötung untersucht.

(Zuruf von der SPD: Nach der Keulung!)

– Wir haben die Tiere natürlich gekeult, Herr Kollege. – Jedes Tier wurde also untersucht. Wir haben damals bei einer Schweizer Kuh festgestellt, dass sie an BSE erkrankt ist. Es war seinerzeit also gar nicht so einfach, dies durchzusetzen.

Auch uns hat damals das Schicksal dieser Tiere nicht unberührt gelassen, aber wir haben schon damals dem Schutz der Verbrauchergesundheit höchste Priorität eingeräumt.

In den letzten zehn Jahren sind etwa 4000 Rinder gezielt auf BSE untersucht worden, darunter mehr als 3000 aus Großbritannien und aus der Schweiz importierte Rinder. Darüber hinaus haben wir in Bayern zur Abklärung von zentralnervösen Störungen mehr als 9500 Rinder untersucht.

Diese Daten, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sind unbestritten. Auch das Veterinärkontrollamt der Europäischen Union, das vom 26. bis 28. September dieses Jahres in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen routinemäßige Inspektionen durchgeführt hat, stellt die bisherigen Maßnahmen Bayerns im Kampf gegen BSE nicht infrage. Da die diesbezüglichen Veröffentlichungen zu Fragen und Missverständnissen geführt haben, erlauben Sie mir an dieser Stelle einige Anmerkungen.

Zunächst sind die Ergebnisse dieser routinemäßigen Kontrolle bis heute weder in einem Inspektionsbericht noch in einem Entwurf festgehalten. Nach Auskunft des betreffenden Inspektors des Veterinärkontrollamtes in Dublin gibt es zurzeit nur einen vertraulichen Kurzvermerk, der keineswegs eine abschließende Wertung enthält. Wir haben gestern den zuständigen Inspekteur gebeten, uns diesen vertraulichen Kurzvermerk zur Verfügung zu stellen, weil wir den gleichen Wissensstand haben möchten wie die betreffende Zeitung, der ein solcher Kurzvermerk zugegangen ist. Daraufhin wurde uns gesagt, dass es verboten sei, diesen vertraulichen Kurzvermerk herauszugeben, zumal dieser Kurzvermerk kei-

neswegs eine abschließende Wertung enthalte. Es kann also keine Rede davon sein, dass die veröffentlichten Notizen in einem Bericht zusammengefasst werden. Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass die Kommission den betroffenen Behörden vor der Veröffentlichung eines Berichtes noch die Möglichkeit zur Stellungnahme gibt. Das ist wohl der feine Unterschied zwischen Kommission und Presseveröffentlichung.

Da ich die Ausführungen in diesem Vermerk nicht kenne, halte ich mich an die uns bekannten Fakten.

In der Schlussbesprechung am 29. September 2000 haben die Inspektoren bemängelt, dass Bayern im Widerspruch zu den EG-rechtlichen Vorgaben nicht genügend Proben aus jeder der vorgegebenen BSE-Risikogruppen untersucht habe. Dieser Vorwurf ist nicht nachvollziehbar. Die maßgebliche Entscheidung der EG schreibt gerade keine bestimmte Anzahl an Proben aus den einzelnen BSE-Risikogruppen vor, sondern lediglich die erforderliche Gesamtzahl der Untersuchungen. Diese Gesamtzahl wurde in Bayern seit Beginn des Untersuchungsprogramms 1998 jedes Jahr erreicht, im Jahr 2000 bereits im Monat September. Bayern hat in der „Hochrisikogruppe“ der Rinder mit klinischen Symptomen einer Gehirnerkrankung überproportional viele Tiere untersucht und damit wesentlich aussagefähigere Erkenntnisse gewonnen als bei der gleichmäßigen Beprobung aller drei Kategorien.

Dem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ entsprechend bemängelt das Veterinärkontrollamt ferner, dass in beiden Landesuntersuchungsämtern nicht alle eingesandten Gehirnproben verendeter oder notgeschlachteter Rinder auf BSE untersucht worden seien. Hierzu darf ich anmerken, dass die Probenentnahme aus seuchenhygienischen Gründen nicht auf dem landwirtschaftlichen Betrieb durchgeführt werden darf. Insbesondere in den warmen Monaten befindet sich das Gehirn durch Fäulnisprozesse zum Zeitpunkt der Probenentnahme in der Tierkörperbeseitigungsanstalt in einem Zustand, der eine Untersuchung über Gewebeschnitte nicht immer zulässt. Dies war bei etwa 100 Proben der Fall. Die Behauptung, die Methode sei veraltet oder ungeeignet, ist aus der Luft gegriffen: Es handelt sich bis heute um eine von zwei Referenzmethoden, die von der Europäischen Gemeinschaft anerkannt werden.

Bei der von uns beabsichtigten flächendeckenden Untersuchung von Schlachttieren unter 24 Monaten können derartige Probleme nicht auftreten. Hierbei wird das Gehirn unmittelbar nach der Schlachtung des gesunden Tieres frisch entnommen und gekühlt sofort in ein Labor transportiert, wo es mit dem BSE-Schnelltest untersucht wird.

Wir erwarten also den offiziellen Bericht der Kommission. Meine sehr verehrten Damen und Herren, so viel wollte ich zu dem sagen, was gestern und heute in Presseveröffentlichungen gestanden hat.

Bayern hat sich bis zuletzt mit allem Nachdruck für die Beibehaltung des Exportverbotes für britisches Rindfleisch und gegen die Aufhebung des Importverbotes eingesetzt. Die Bedenken Bayerns wurden von der rot-

grünen Bundesregierung leichtfertig in den Wind geschlagen. Ich habe dies sehr bedauert. Bayern hat an der Seite Nordrhein-Westfalens gekämpft, wenn ich das anmerken darf. Dies ist also nicht unbedingt aus parteipolitischen Gründen zu sehen, sondern meine nordrhein-westfälische Kollegin Bärbel Höhn war der gleichen Auffassung wie wir in Bayern, dass nämlich die Aufhebung des Importverbotes verfrüht ist und dass sie falsch gewesen ist.

(Beifall bei der CSU)

Ich meine, heute darf angemerkt werden, dass die Bedenken in den Wind geschlagen wurden. Die Bundesregierung hat das Importverbot entgegen aller Warnungen aufgehoben. Sie hat dies mit der leeren Zusage an die Verbraucher getan, britisches Rindfleisch komme nur gekennzeichnet auf den Markt und auf die Ladentheke. Heute ist es bittere Wahrheit, dass die Mitgliedstaaten in Europa die Kennzeichnungspflicht nicht ernst nehmen. Die gleichen Bedenken haben wir aber schon in der damaligen Debatte im Bundesrat zum Ausdruck gebracht.

Ein bestätigter Fall von BSE in Deutschland ist schlimm, und wir müssen uns Gedanken darüber machen, was weiter zu tun ist. Wir sollten uns aber auch darüber im Klaren sein, dass wir uns alle einig sein müssen, nicht nur mit der Bundesregierung, sondern auch innerhalb Europas.

Was also können und was müssen wir tun? Zunächst müssen wir schnellstmöglich und flächendeckend BSE-Tests einführen. Der Ministerrat hat sich in seiner heutigen Sitzung für die Einführung der Tests bei allen geschlachteten Rindern von über 24 Monaten Alter ausgesprochen. Das heißt, wir gehen ein Stück weiter; wir testen also mehr Tiere; nicht nur jene Tiere, die 30 Monate und älter sind, sondern auch Tiere, die 24 Monate und älter sind. Wir haben dies am Wochenende mit unseren zuständigen Behörden abgeklärt. Wir wollen im Übrigen auch nicht das Datum 1. Juli 2001 abwarten und dann mit den Schnelltests beginnen – so ist dies zumindest bis zum heutigen Tag von der Europäischen Union vorgesehen –, sondern wir wollen damit zum 1. Januar des Jahres 2001 beginnen – so, wie jetzt die Weichen gestellt sind, können wir dies auch mit Sicherheit. Wir ziehen den Schnelltest also zeitlich vor.

Da eine BSE-Infektion in Einzelfällen auch schon bei einem Schlachttier von 24 Monaten festgestellt werden kann, wäre es gegenüber dem Verbraucher nicht zu verantworten, wenn wir, wie es die Bundesregierung plant, nur Schlachttiere von über 30 Monaten testeten. Deshalb werden wir zusammen mit Baden-Württemberg am Freitag im Bundesrat einen entsprechenden Antrag stellen. Natürlich ist es wichtig und notwendig, dass die Bundesregierung für diese Tests sehr schnell die notwendige fleischhygienerechtliche Grundlage schafft.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit den Schnelltests können wir das Risiko infizierten Rindfleisches deutlich reduzieren. Deshalb ist die flächendeckende Einführung ein wichtiger Schritt. Fatal wäre es allerdings – hier stehen wir alle in der Verantwortung –, wenn wir den

Schnelltest als Allheilmittel verkauft. Die derzeitigen Verfahren können keinen absoluten Schutz bieten, vor allen Dingen nicht bei den jungen Tieren. Dies möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Die Tests zeigen uns erst Ergebnisse, wenn die Tiere einen klinischen Befund aufweisen oder die Tiere kurz vor dem Ausbruch der Krankheit stehen. Aus diesem Grund ist ein negatives Testergebnis nicht gleichbedeutend mit der BSE-Freiheit des Tieres.

Damit in Zukunft auch Untersuchungen in Vorstadien möglich sind, müssen die Anstrengungen in der Forschung verstärkt und die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel aufgestockt werden. Die Staatsregierung verstärkt dazu den Ansatz bayerischer Forschungskapazitäten um 2 Millionen DM. BSE ist aber ein nationales und vor allem ein europäisches Problem. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich schnellstmöglich für ein Forschungsprojekt BSE auf europäischer Ebene einzusetzen und dann auch die entsprechenden Mittel bereitzustellen. Ich denke, dass es eine Aufgabe für uns alle ist, auch die Forschung voranzutreiben und zu unterstützen. Wir sind heute durch den Beschluss der Staatsregierung mit gutem Beispiel vorangegangen. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Bundesregierung und für die europäische Ebene.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Gesundheitsministerium und damit unser Haus arbeitet mit Hochdruck daran, die personellen, technisch-organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für die Einführung der Schnelltests zu schaffen. Für diese Problematik konnten bereits gestern in einer kurzfristig anberaumten Besprechung in unserem Hause mit den betroffenen Verbänden der Schlacht- und Fleischwirtschaft, dem Bayerischen Bauernverband, der Tierärztekammer sowie dem Landkreis- und Städtetag im Zusammenwirken mit dem Landwirtschaftsministerium erfreuliche, von allen mitgetragene Lösungen gefunden werden. Die Lösungen, die gestern angesprochen worden sind und die wir gemeinsam auf den Weg bringen, lauten:

Die Verantwortung für die Durchführung der Schnelltests bei den Schlachtrindern obliegt den Landkreisen und kreisfreien Städten als Aufgabenträger der Fleischhygiene. Zur Durchführung der sachgerechten Probenziehung können von den Schlachtstätten auch Fleischkontrolleure und andere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Schlachthöfe unter Aufsicht amtlicher Tierärzte herangezogen werden. Eine kurzfristige Anleitung des Personals wird von den Landesuntersuchungsämtern sichergestellt. Auch der Fleischprüfring hat seine Unterstützung zugesagt. Nach Auffassung aller Besprechungsteilnehmer sind diese Voraussetzungen in kürzester Zeit erfüllbar.

Der Transport der Proben zu den Untersuchungslabors wird von den Schlachtstätten sach- und zeitgerecht organisiert.

Die zur Durchführung der an Probeanalysen erforderlichen sachlichen und personellen Voraussetzungen können bei den beiden Landesuntersuchungsämtern und dem Tiergesundheitsdienst kurzfristig geschaffen werden. Die beiden Landesuntersuchungsämter müssen

dazu jeweils mindestens zehn medizinisch-technische Assistenten und Assistentinnen zusätzlich beschäftigen; weitere Testausstattungen müssen angeschafft werden. Der Tiergesundheitsdienst bedarf hierzu Sachinvestitionen in Höhe von 250000 DM. Der Anfall der Proben soll in Absprache zwischen den Landesuntersuchungsämtern und dem Tiergesundheitsdienst in der Weise aufgeteilt werden, dass jedes Labor jeweils 150000 Proben erhält. Sollte die Kapazität nicht ausreichen, müssten weitere Privatlabors eingeschaltet werden.

Wir gehen natürlich davon aus, dass in die Testung auch jene Tiere einbezogen werden, die 24 Monate und älter sind. Dies bedeutet, dass wir im Jahr etwa 450000 bis 500000 Tests vornehmen müssen und werden.

Das heißt, dass wir auch private Labors einschalten. Dies wird sicher möglich sein.

Die flächendeckende Einführung der BSE-Tests wird zu einer Verbesserung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes führen. Letztendlich werden also die Konsumenten von diesen Maßnahmen profitieren. Aus der Sicht der Bayerischen Staatsregierung wäre es deshalb nicht gerechtfertigt, wenn wir die Kosten der Untersuchungen gleichmäßig auf die gesamte Bevölkerung verteilen.

Als weiteren Schritt müssen wir umgehend die Verfütterung von Tiermehl an alle landwirtschaftlichen Nutztiere verbieten. Bund und Länder sind am vergangenen Samstag darin übereingekommen, die Verfütterung von Tiermehl zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu verbieten. Parallel zum Verfütterungsverbot soll die Einfuhr und die Ausfuhr von Tiermehlen untersagt werden. Der Bund muss nun unverzüglich die notwendigen gesetzlichen Regelungen schaffen. Bayern wird das Vorhaben im Bundesrat unterstützen. Der Bundeslandwirtschaftsminister hat heute bekannt gegeben, dass dies auf dem Verordnungsweg nicht möglich sei. Nötig sei ein Gesetz, da das Justizministerium Bedenken angemeldet habe. Wir gehen deshalb davon aus, dass dieses Gesetz bis zum Freitag im Bundesrat vorliegt. Selbstverständlich werden wir diesem Gesetzentwurf dann auch zustimmen, damit dieses Verbot schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden kann.

Außerdem fordern wir von der Bundesregierung, die zwingende thermische Verwertung von Tiermehl vorzuschreiben, damit es nicht auf andere Weise in den Nahrungskreislauf gelangen kann. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns jedoch auch darüber im Klaren sein, dass sich Deutschland auf Dauer nicht vollkommen abschotten kann. Es kann nicht angehen, dass wir hier die größten – auch finanziellen – Anstrengungen zum Schutz unserer Bevölkerung unternehmen, während in anderen Mitgliedstaaten weiter Tiermehl verfüttert wird. Das Verfütterungsverbot für Tiermehl muss europaweit gelten und europäeinheitlich durchgesetzt werden. Ich gehe davon aus, dass dies auch ein Thema beim Gipfel in Nizza sein wird. Auf diesem Gipfel muss erreicht werden, dass das Verbot von Tiermehl europaweit eingeführt wird.

Nur so können die Verbraucher sicher sein, dass kein Tierfutter in die Nahrungsmittelkette gelangt. Die Bayerische Staatsregierung fordert daher die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene umgehend und mit größtem Nachdruck für ein Verbot der Verfütterung von Tiermehl an landwirtschaftliche Nutztiere einzusetzen.

Angesichts der nach wie vor höchst unterschiedlichen Risikolage in Deutschland und in anderen Mitgliedstaaten bedeutet eine umfassende Aufklärung der Bevölkerung auch, den Verbraucher zuverlässig über die Herkunft von Rindfleisch zu informieren. Eine europaweite Kennzeichnungspflicht von Rindfleisch hinsichtlich des Geburts-, Aufzucht- und Schlachtortes sieht das europäische Recht erst ab Januar 2002 vor. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass Sie, ebenso wie die Bayerische Staatsregierung, der Meinung sind, dass dies viel zu spät ist. Die vollständige Etikettierung muss im Interesse eines wirksamen und möglichst umfassenden Verbraucherschutzes sehr viel früher eingeführt werden. Die europaweit verpflichtende Kennzeichnung von Rindfleisch muss vorgezogen werden. Die Etikettierungsvorschriften müssen schnellstmöglich und lückenlos von allen Mitgliedstaaten angewandt werden.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass mit Deutschland nur wenige andere Mitgliedstaaten rechtlich verbindliche Regelungen zur Kennzeichnung britischen Rindfleisches und daraus hergestellter Erzeugnisse getroffen haben. Der Bundesrat hat im März dieses Jahres – entgegen allen Warnungen aus Bayern – einer Lockerung des Exportverbots für britisches Rindfleisch zugestimmt. Diese Zustimmung erfolgte in der Annahme, dass alle Mitgliedstaaten und Drittländer eine Kennzeichnungspflicht für britisches Rindfleisch vorschreiben. Die Europäische Kommission hat damals zugesagt, eine entsprechende Verpflichtung europaweit durchzusetzen. Bislang ist nichts geschehen. Dieses Versprechen ist nicht eingelöst worden.

Die Bayerische Staatsregierung fordert von der Bundesregierung ein sofortiges Importverbot für Rindfleisch aus Großbritannien, Irland, Frankreich und der Schweiz. Darüber hinaus fordern wir ein Importverbot für Schaf- und Ziegenfleisch aus Großbritannien. Außerdem fordern wir von der Bundesregierung, ein Verbringungsverbot für lebende Rinder aus Frankreich und Irland zu erlassen und ein Verbringungsverbot für lebende Schafe und Ziegen aus Großbritannien.

Ich denke, es gibt nach wie vor gute Gründe, an dieser Forderung festzuhalten. Auch wenn wir in Deutschland seit dem Wochenende einen BSE-Fall haben, ist die Ausgangslage bei uns immer noch eine andere als in Großbritannien, Irland, Portugal, Frankreich und der Schweiz. Bis einschließlich Oktober 2000 sind in Großbritannien insgesamt zirka 180 000 BSE-Fälle aufgetreten. Seit 1989 hatte die Republik Irland 487, Portugal 446, Frankreich 150 und die Schweiz 361 bestätigte BSE-Fälle. Das BSE-Risiko bei Rindfleisch aus den genannten Ländern ist immer noch ungleich höher als bei Rindfleisch aus Deutschland. Hier soll nichts schön-geredet werden – aber man muss diese Zahlen auch nennen dürfen. Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, unverzüglich die Lockerungsvorschriften

zugunsten des Vereinigten Königreichs aufzuheben und auf die genannten Länder auszudehnen. Ich erwarte, dass die Bundesregierung im Interesse des vorbeugenden Gesundheitsschutzes im nationalen Alleingang tätig wird.

Es darf keine Tabus geben. Alle Möglichkeiten müssen geprüft werden, dass die Risiken auf das nur denkbar mögliche Maß zurückgeführt werden können. Es wird darüber nachzudenken sein, ob der Katalog der bisherigen Risikomaterialien ausgedehnt bzw. erweitert werden muss. Selbstverständlich müssen wir auf die Aussagen der wissenschaftlichen Sachverständigen vertrauen. Wir müssen aber auch so ehrlich sein zu sagen: Es gibt keine absolute Sicherheit für den Verbraucher. Ich betone das hier noch einmal.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung machen. Die Bevölkerung, die Menschen in unserem Land, sind durch die Ereignisse der letzten Monate, verstärkt durch die Vorkommnisse des Wochenendes, zutiefst verunsichert. Gerade wir Politiker und Politikerinnen müssen hier sensibel handeln und die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen. Veranstaltungen, wie sie am vergangenen Freitag im Landtag stattgefunden haben, sind sicherlich nicht geeignet, auch nur ein Problem zu lösen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sehr dankbar, dass sie sich klar von dem distanziert hat, was hier passiert ist. Frau Paulig hat sich dafür auch entschuldigt. Wir sollten jedoch übereinstimmend der Auffassung sein, dass so etwas nie mehr passieren darf. Wir würden damit nur neue Probleme schaffen und der Politik ein weiteres Stück an Glaubwürdigkeit nehmen. Das sollten wir auf keinen Fall tun.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Ich erteile jetzt Herrn Staatsminister Miller zur Abgabe einer Erklärung das Wort.

Staatsminister Miller (Landwirtschaftsministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! BSE hat seinen Ausgangspunkt in England. Dort wurde wider die Natur dem pflanzenfressenden Rind Tiermehl zum Futter beige-mengt. Wer Tiere als Geschöpfe betrachtet, muss sie nicht nur artgerecht und tiergerecht halten, sondern er muss sie auch art- und tiergerecht füttern.

(Beifall bei der CSU)

Hinzu kommt, dass dieses Tiermehl unzureichend erhitzt war. Die Auswirkungen kennen wir. Die aktuellen Entwicklungen im BSE-Geschehen in Deutschland und in Europa betrachten wir mit großer Sorge. Die Verunsicherung der Verbraucher hat durch die beiden Fälle in Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt ein kaum vorstellbares Ausmaß angenommen. Die Auswirkungen auf den Rindfleischmarkt in Bayern sind massiv. Dabei ist, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Rin-

derhaltung das Rückgrat der bayerischen Landwirtschaft. Rund 53% des Produktionswertes entfallen auf die Milch-, Rind- und Kalbfleischerzeugung. Im Jahre 1999 hat die bayerische Landwirtschaft rund 29% des deutschen Rind- und Kalbfleisches erzeugt. Deshalb trifft die jetzige Situation der Land- und Fleischwirtschaft unsere Bauern ganz besonders hart. Um unseren Verbrauchern eine größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten und um unsere Landwirtschaft zu unterstützen, müssen umgehend national und EU-weit alle vorsorgenden Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Auf EU-Ebene sind die Handelsrestriktionen einzuführen, auf die meine Kollegin, Frau Staatsministerin Stamm, gerade hingewiesen hat. Ich brauche das nicht mehr zu wiederholen.

Da nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen BSE durch die Verfütterung von BSE-kontaminiertem Tiermehl auf das Rind übertragen wird, fordern wir ein generelles EU-weites Verbot der Verfütterung von Tiermehl an landwirtschaftliche Nutztiere, die thermische Verwertung sowie ein Import- und Exportverbot. Der Einsatz von Tiermehl in der Rinderfütterung ist seit 1994 EU-weit verboten. Er war bei uns vorher nicht üblich. Die Einhaltung des Verbots wird im Rahmen der amtlichen Futtermittelüberwachung kontrolliert. Dazu werden regelmäßig Proben aus Mischfuttermitteln für Rinder beim Hersteller, beim Handel und in landwirtschaftlichen Betrieben gezogen und untersucht. Bis heute wurde in keinem einzigen Fall eine Beimischung von Tiermehl festgestellt. Sobald die Verfütterung generell verboten ist, werden wir die Einhaltung des Verbotes flächendeckend überwachen.

Im Jahr 1999 wurden in den sieben bayerischen Tierkörperbeseitigungsanstalten etwa 230 000 Tonnen Tiermehl hergestellt. Das ist rund ein Drittel der Tiermehlproduktion in Deutschland. Im Jahre 1999 wurden zirka 35 000 Tonnen Tiermehl zur Herstellung von Mischfutter für Schweine und Geflügel eingesetzt. Die restlichen Mengen gingen in andere Bundesländer, in Mitgliedstaaten und in Drittländer. Um die Eiweißversorgung bei der Fütterung der Tiere sicherzustellen – es handelt sich nicht um Rauhfutterfresser, sondern um Schweine und Geflügel –, müssen stattdessen in Zukunft andere Eiweißträger, zum Beispiel Soja, Raps-Schrot und Ackerbohnen eingesetzt werden. Nach vorläufigen Berechnungen werden dafür europaweit rund 2,5 Millionen Tonnen benötigt. Darüber hinaus werden wir von Bayern aus einen Vorstoß unternehmen, im Futtermittelsektor die offene Deklaration der Inhaltsstoffe, wie wir sie früher schon einmal hatten, wieder einzuführen.

Mit der umgehenden Einführung der BSE-Schnelltests in Bayern für alle über 24 Monate alten Schlachtrinder, werden wir die Situation in Bayern erfassen. Wir fordern vom Bund, dafür die erforderlichen fleischhygienerechtlichen Grundlagen zu schaffen. Die Staatsregierung wird, wie Frau Staatsministerin Stamm bereits gesagt hat, die erforderlichen Personal- und Sachmittel für die Untersuchungsämter bereitstellen. In der Zeit vom 26.09.1999 bis zum 27.11.2000 wurden insgesamt 1.354.653 Rinder als geschlachtet an die zentrale Datenbank der Staatsregierung gemeldet. Es ist erforderlich, die Forschung in Richtung frühzeitige Erkennung der BSE-Erkrankung zu verstärken. Deshalb fordern wir von der EU einen Forschungsschwerpunkt BSE im EU-Forschungspro-

gramm. Bayern wird, nachdem auch beim Bundesministerium für Gesundheit im Jahr 2000 keine eigene BSE-Forschung finanziert wurde, eigenständig die notwendige BSE-Forschung anstoßen und dazu die bayerischen Forschungskapazitäten um 2 Millionen DM verstärken. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen – was ich stets gesagt habe: In Bayern wurde bisher – ich füge hinzu: Gott sei Dank – kein BSE-Fall festgestellt. Dennoch: Absolute Sicherheit gibt es nicht. Dies gilt auch nach Einführung und Ausdehnung der bisher vorhandenen Testverfahren.

(Maget (SPD): Auch in Bayern!)

– Auch in Bayern.

In Bayern haben wir 1994 für Rindfleisch das Programm „Qualität aus Bayern – Garantierte Herkunft“, aufbauend auf dem Programm „Offene Stalltür“ des Bayerischen Bauernverbandes eingeführt, um unseren Verbrauchern vor allem Sicherheit über die Herkunft beim Fleischaufkauf zu geben. In diesem Programm werden nur in Bayern geborene Rinder mit einem lückenlosen Herkunftsnachweis aufgenommen. Strenge Kontrollen von der Geburt des Kalbes bis zum Verkauf des Rindfleisches an der Ladentheke geben deshalb ein Höchstmaß an Sicherheit über die Herkunft der Tiere. Voraussetzung ist die artgerechte Tierhaltung in den beteiligten landwirtschaftlichen Betrieben. Darüber hinaus werden laufend stichprobenartig unter anderem auch die eingesetzten Futtermittel auf verbotene Stoffe hin überprüft. Auch muss regelmäßig aufgeschrieben werden, welche Tiere mit welchen Arzneimitteln behandelt wurden und wie lange die Wartezeit dauert. Mit den tierärztlichen Kontrollen auf den landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen des Programms „Offene Stalltür“ wird die Viehhaltung auch auf den Gesundheitszustand der Tiere, zum Beispiel Verhaltensauffälligkeiten bzw. Verdacht auf anzeigepflichtige Krankheiten und auf die Einhaltung des Verbotes der Tiermehlverfütterung an Rinder überprüft. Wir fordern, dass die Kosten für die BSE-Untersuchungen, die Entsorgung des Tiermehls und für sonstige Maßnahmen im Wesentlichen vom Bund und der EU übernommen werden. Auch der Verbraucher wird mit zusätzlichen Ausgaben rechnen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich betone immer wieder: Gute und sichere Nahrungsmittel aus artgerechter Tierhaltung haben ihren Preis. Die allgemeine Entwicklung in der Vergangenheit, Nahrungsmittel immer noch billiger produzieren zu wollen, die Tiere in Tierfabriken zu halten, ist falsch. Während der Verbraucher vor Jahrzehnten noch 60% seines Einkommens für Lebensmittel ausgegeben hat, sind das heute nur noch etwa 12%.

Zur notwendigen Anpassung bei der Bewältigung der BSE-Problematik sind entsprechende Hilfen für die tierhaltenden Landwirte, für die Betreiber der Tierkörperbeseitigungsanlagen und von Vermarktungseinrichtungen notwendig. Sie können nämlich diese Belastungen, die jetzt auf sie zukommen und für die sie die Verantwortung nicht tragen, selbst nicht schultern.

Aufgrund der existenzbedrohenden Absatz- und Preisbrüche am Markt muss vor allem den Rinderhaltern wirksam geholfen werden. Zur Marktentlastung sind von Brüssel die Konditionen für die Intervention anzupassen und finanziell entsprechend auszustatten. Ergänzend dazu sollten die Tierprämien aufgestockt werden. Bei allen nationalen Maßnahmen und Programmen muss jedoch eine entsprechende Kofinanzierung durch die EU eingefordert werden. Ich betone noch einmal: Unsere Bauern können den Schaden, den sie selbst nicht verursacht haben, nicht alleine tragen. Ich fordere deshalb insbesondere die EU auf, ihren Verpflichtungen, die sie im Rahmen der Markt- und Preispolitik übernommen hat, nachzukommen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Ich eröffne die Aussprache. Die Fraktionen hatten sich auf eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion verständigt, wobei davon ausgegangen wurde, dass beide Erklärungen der Vertreter der Staatsregierung zusammen circa 30 Minuten dauern werden. Jetzt sind 36 Minuten gesprochen worden. Das heißt, jede Fraktion hat 36 Minuten Redezeit. Als erste Rednerin hat Frau Abgeordnete Biedefeld das Wort.

Frau Biedefeld (SPD): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Landtagsfraktion nimmt die Sorgen der Verbraucher ernst. Der Schutz und die Gesundheit der Verbraucher müssen Vorrang vor allen wirtschaftlichen Interessen haben.

(Beifall bei der SPD)

Von daher begrüßen wir es auf das Äußerste, dass dem Hohen Haus ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen zur Beschlussfassung vorliegt, so dass wir mit einem wohl einmütigen Votum zeigen können, dass wir gemeinsam gegen BSE kämpfen. Wir freuen uns umso mehr über diesen Umstand, weil dies auch einen ganz klaren Rückzug des Herrn Ministerpräsidenten Stoiber von seiner gestern noch vertretenen Position und seinen gestern gemachten Äußerungen bedeutet.

(Beifall bei der SPD)

Er schwenkt damit auf die Linie der SPD-Landtagsfraktion ein und distanziert sich selbst von seinen nach unserer Meinung völlig unsachlichen und der Sache auch nicht dienlichen sowie inhaltlich absolut falschen und überzogenen Äußerungen. In Anbetracht dieser massiven unsachlichen Vorwürfe war es für uns nicht ganz leicht, sich einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag anzuschließen. Aufgrund der Kehrtwende des Herrn Ministerpräsidenten Stoiber und anderer Mitglieder der Staatsregierung und im Interesse der Sache, nämlich des Schutzes der Verbraucher, haben wir uns aber entschlossen, diesen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag mit auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Den zu Recht verunsicherten Verbrauchern nützen die gegenseitigen Schuldzuweisungen gar nichts. Es ist

unserer Meinung nach absolut unseriös, wenn man die BSE-Krise mit falschen Schuldzuweisungen, wie sie Ministerpräsident Stoiber dieser Tage geäußert hat, dazu missbraucht, sich auf Kosten der Verbraucher und Konsumenten politisch zu profilieren.

(Beifall bei der SPD)

Ebenso unseriös ist es, wenn man populäre Forderungen in den Raum stellt, wie es teilweise Sozialministerin Stamm, Ex-Gesundheitsminister Seehofer oder Alois Glück und andere gemacht haben, die mit manchen Forderungen nur den Anschein einer Sicherheit und eines Schutzes der Gesundheit für den Verbraucher vortäuschen.

Erforderlich ist ein gemeinsamer Kraftakt, um das Vertrauen der Verbraucher wirklich wieder zurückzugewinnen und um schnellstmöglich einen höchstmöglichen Schutz für den Verbraucher zu gewährleisten. Jeder, der diese Diskussion ernst nimmt, weiß, dass es einen hundertprozentigen Schutz nicht gibt. Herr Minister Miller, es gibt keine absolute Sicherheit. Es gibt nur die Chance, möglichst viele Risiken auszuräumen und den Verbraucher umfassend und transparent zu beraten und zu informieren. Er trifft letztlich die Kaufentscheidung. Von daher sind Information und Verbraucherberatung sehr wichtig.

Wir alle – die Länder, der Bund und die EU-Kommission – sind dazu aufgefordert, so viel Schutz wie möglich zu bieten. Zu lange hat eine mächtige Agrarlobby die BSE-Politik auf den verschiedensten politischen Ebenen bestimmt. Sie versucht das jetzt schon wieder, und zwar zum Schaden der Verbraucher und zum Schaden unserer Landwirtschaft. Der Kampf gegen die drohende Seuche ist nach unserer Meinung eine europaweite und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Härte der Maßnahme muss sich daran ausrichten, dass wir eine sich hoffentlich doch nicht abzeichnende BSE-Epidemie verhindern können. Wer es mit dem Verbraucherschutz ernst meint und die Menschen wirklich vor einer echten Gefährdung schützen will, muss es spätestens jetzt tun. Er muss mehr tun als nur versuchen, Kompromisse abzuschließen und auf irgendwelche wirtschaftlichen Interessen Rücksicht zu nehmen. Das darf nicht länger so weitergehen. Verharmlosen und Schönrederei müssen auch in Bayern ein Ende haben, auch wenn Bayern bislang wirklich noch als BSE-frei gilt.

Vielleicht liegt es nur an unseren Kontrollen, dass Bayern bislang noch BSE-frei ist. Ich hoffe auch, dass dem so ist. Dennoch verweise ich auf die festgestellten Mängel. Frau Ministerin Stamm, Sie haben es selber angesprochen. Ich meine damit die vom Veterinärkontrollamt der Europäischen Union festgestellten Mängel. Es tut mir Leid, wenn Sie den Kontrolleuren dieser Behörde die Fachkompetenz absprechen. Ich gehe davon aus, dass es sich bei diesen Leuten nicht um Kontrolleure handelt, die nur Telefonzellen überwachen, sondern um wirkliche Fachleute, die eine Ahnung haben und solche Tests beurteilen können. In den Notizen der Kontrolleure ist unter anderem auch Bayern namentlich erwähnt. So war es heute in der „Süddeutschen Zeitung“ zu lesen.

Beanstandet wird, dass in den beiden zuständigen Landesuntersuchungsanstalten für das Gesundheitswesen in Oberschleißheim und in Erlangen nicht alle eingesandten Gehirnproben verendeter oder notgeschlachteter Rinder auf BSE untersucht worden seien. Auf diesen Vorwurf sind Sie, Frau Ministerin, kurz eingegangen. Bemängelt wurde ferner, dass in beiden Untersuchungsanstalten teilweise mit veralteten oder überholten Tests gearbeitet werde. Sie sehen das anders als die Fachleute und Kontrolleure dieser Behörde. Schließlich wurde kritisiert – so schreibt auch die „Süddeutsche Zeitung“ heute –, dass in Bayern entgegen bestehenden EU-Verordnungen weit weniger Rinder haltende Betriebe stichprobenartig kontrolliert würden als vorgeschrieben. Statt 10% seien nur 2% regelmäßig geprüft worden. In den Notizen der Kontrolleure findet sich des Weiteren der für Bayern vernichtende Satz:

Bisher fehlen die notwendigen Anwendungen, um Nachkommen von BSE-Fällen und Tiere, die mit BSE-infizierten Tiere in derselben Herde waren, ausfindig zu machen.

Interessant ist auch die Aussage, dass die Mängel schwerwiegende Fragen zur Effektivität des Überwachungssystems aufwerfen würden. Das sagen Fachleute und Kontrolleure der EU-Kontrollbehörde.

Die lapidare Antwort darauf lautet – wir haben es heute wieder gehört –: Zahlreiche Gehirnproben seien aufgrund sommerlicher Temperaturen schon so schlecht gewesen, dass kein BSE-Test mehr möglich gewesen sei. Wenn die Vorwürfe, die wir heute in der „Süddeutschen Zeitung“ gelesen haben, zutreffen, kann ich mir jede weitere Bewertung, welchen Stellenwert die Staatsregierung dem Verbraucherschutz im Sinne von Vorrang der Gesundheit einräumt, wirklich ersparen.

(Beifall bei der SPD)

Was muss nun gemeinsam auf den Weg gebracht werden? Tiermehl muss generell und europaweit aus der Futtermittelkette verschwinden. Das Kannibalenfutter muss endlich aus dem Verkehr gezogen werden, und dies, wenn nötig, im nationalen Alleingang. Verbunden sein muss damit ein Verbot der Ein- und Ausfuhr von Tiermehl. Es bedarf ferner flächendeckender Tests in den Schlachthöfen. Die Untersuchungen dürfen sich nicht nur auf Stichproben beschränken. Wir müssen dazu sichere und praxistaugliche Tests entwickeln. Wir brauchen rasch eine lückenlose Kennzeichnungspflicht für Rinder, und dies noch vor dem Jahr 2002. Wir brauchen eine starke Qualitätssicherung. Unerlässlich ist auch eine verstärkte wissenschaftliche Forschung. Von daher begrüßen wir den bayerischen Ansatz, entsprechende Mittel einzustellen, wenn es um Forschung und Entwicklung geht.

Wir brauchen ein Konzept für eine künftig sichere Entsorgung von Tier- und Schlachtabfällen bzw. von Tiermehl. Wir brauchen mehr Verbraucherberatung und -information. Wir brauchen vor allem auch stärkere Kontrollen.

Weniger zielführend – dennoch haben wir uns dem angeschlossen – ist nach unserer Meinung die Forderung nach einem Importverbot. Unserer Meinung nach wird damit nur suggeriert, unser Land sei BSE-frei. Wir tun so, als hätten wir in der Bundesrepublik Deutschland keinen BSE-Fall. Wir tun so, als wenn wir uns abschotten könnten. Dem ist nicht so. Das ist vorbei. Deutschland ist nicht mehr BSE-frei. Wir leben nicht mehr auf der Insel der Glückseligen. Wer von der Bayerischen Staatsregierung kann dem Verbraucher wirklich hundertprozentig versichern, dass Bayern BSE-frei ist und BSE-frei bleibt?

Diese Aussage von Ihnen, Herr Minister Miller, stand seit vielen Tagen im Raum. Das kam immer wieder und ist in allen Medien nachzulesen. Sie haben nicht nur behauptet, dass wir BSE-frei seien, sondern auch, dass wir BSE-Sicherheit hätten. Ich weiß nicht, wie Sie dies versprechen können. Doch Sie rudern jetzt ebenso wie Ministerpräsident Stoiber zurück. Das ist erfreulich, vor allem im Interesse der Verbraucher, denen nichts weiter vorgemacht werden darf.

(Beifall bei der SPD – Maget (SPD): Importverbot heißt auch Exportverbot!)

Ministerpräsident Stoiber distanziert sich heute von den erst gestern von ihm gemachten Äußerungen; das habe ich bereits festgestellt. So sagte er erst gestern: „Es ist eine Schande, wie die rot-grüne Bundesregierung, einzelne Regierungen in Europa und die EU-Behörden Geld und Kommerz Vorrang vor der Sicherheit und der Gesundheit gegeben haben.“ Das sagt der Richtige. Sie, Herr Ministerpräsident, hätten vielleicht erst einmal bei der CSU-Landtagsfraktion nachfragen sollen, bevor Sie zu diesem polemischen Rundumschlag angesetzt haben. Wenn Sie das getan hätten, müssten Sie heute nämlich nicht zurückrudern, Sie hätten sich das ersparen können.

(Beifall bei der SPD)

Ein Zitat von Landwirtschaftsminister Miller: „Wir haben bei der BSE-Seuche bisher die konsequenteste Haltung eingenommen.“ Ich halte Ihnen die Anträge der SPD-Landtagsfraktion zum Herstellungsverbot für Tiermehl, zum Verfütterungsverbot für Tiermehl, zum Importstopp für britisches Rindfleisch und zur Einführung von BSE-Schnelltests entgegen. Alle diese Anträge wurden stets und eindeutig abgelehnt. Herr Staatsminister Miller, Sie waren konsequent, und zwar konsequent in der Ablehnung.

(Beifall bei der SPD)

Auch ich nehme mir das Recht heraus, Frau Ministerin Stamm, Auszüge aus verschiedenen Anträgen vorzutragen. Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 12/15992 der SPD-Landtagsfraktion vom 14. Juni 1994 – Eindämmung der Rinderseuche BSE –:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ... dafür zu sorgen, dass Tiermehl nicht mehr hergestellt bzw. zur Fütterung eingesetzt wird. Ein absolutes Produktionsverbot ist zu erlassen.

Dieser Antrag ist von 1994. Der Antrag wurde von der Mehrheit des Hohen Hauses am 14. Juli 1994 abgelehnt. Ich verweise auf die Drucksache 12/16840.

(Maget (SPD): Warum eigentlich?)

– Ja, warum eigentlich? Ein weiterer Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 13/402. Dieser Antrag der SPD-Landtagsfraktion ist vom 2. Februar 1995. Ich wiederhole: 1995. Dort heißt es unter der Überschrift „Schutz vor BSE-Fleisch“:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung wird aufgefordert, zum Schutz der Verbraucher vor BSE-Fleisch beim Bund –

damals gab es eine CDU/CSU- und FDP-Regierung –

darauf hinzuwirken, dass die Tiermehlerzeugung und -verfütterung europaweit verboten wird.

(Dr. Kaiser (SPD): Europaweit!)

Auch dieser Antrag wurde von der CSU abgelehnt, und zwar am 9. Februar 1995. Ich verweise auf Drucksache 13/439.

(Dr. Kaiser (SPD): Warum wurde er abgelehnt?)

– Warum haben Sie diesen Antrag abgelehnt? Das ist Ihre konsequente Haltung gegen BSE.

Mit Antrag 13/5345 vom 4. Juli 1996 forderte die SPD-Fraktion das Verbot des Einsatzes von Tiermehl als Futtermittel zur Fütterung von Nutztieren, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind.

Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird aufgefordert, ...EU-weit darauf hinzuwirken, generell den Einsatz von Tiermehl als Futtermittel zu verbieten.

In der Begründung heißt es unter anderem:

Gerade im Zusammenhang mit der BSE-Debatte zeigt sich, dass die Verfütterung von Tiermehl sehr problematisch ist. Seit 1984 besteht das Verbot, Tiermehl an Rinder zu verfüttern. Dieses Verbot ist nicht ausreichend und muss auf alle anderen Schlachttiere ausgedehnt werden.

Auch dieser Antrag wurde von der CSU abgelehnt, am 18. Dezember 1996. Ich verweise auf Drucksache 13/6894. Warum, bitte sehr? Ich mache hier noch weiter: Dringlichkeitsantrag 13/7311. Ein Antrag der SPD-Landtagsfraktion vom 19. Februar 1997. Unter der Überschrift „BSE-Vorsorge und Verbraucherschutz“ heißt es:

Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag verurteilt die nachlässige Haltung der EU-Kommission im Umgang mit dem Ursprungsland von BSE sowie dem fahrlässigen Handeln mit britischem Tiermehl, das von der EU-Kommission nicht unterbunden wurde. Die Staatsregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen: Verfütterung von

Tiermehl soll ausgesetzt werden, bis zweifelsfrei geklärt wird, welche Gefahren von Tiermehlen ausgehen...

Auch dieser Antrag wurde von der CSU abgelehnt. Abgelehnt am 11. April 1997 mit Drucksache 13/7857. Warum wurde auch dieser Antrag abgelehnt?

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie persönlich ebenso wie die Mehrheit in diesem Hohen Hause: Was hat Sie eigentlich bewogen, all diese Anträge abzulehnen? Standen Geld und Kommerz vor der Sicherheit und der Gesundheit der Verbraucher?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wo waren Sie, Herr Stoiber, als diese Anträge zum Verbot von Tiermehl gestellt wurden? Sie hätten solche Maßnahmen in Bayern seit Jahren oder damals unter Ihrem Gesundheitsminister Seehofer bundesweit in die Wege leiten können.

Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, erinnern Sie sich noch an eine Anhörung des Landwirtschaftsausschusses im Oktober des vergangenen Jahres? Es war doch die CSU-Landtagsfraktion, die beispielsweise schärfere Maßnahmen der EU massiv abgelehnt hat. Ich erspare mir, Zitate aus dem Protokoll der Anhörung vorzutragen. Aber Brüssel hat bereits 1997 – 1997! – Risikomaterialien wie Hirn etc. aus der Futterkette verbannen wollen. Wie gesagt, bereits 1997. Aber aufgrund des deutschen und insbesondere des bayerischen Widerstands konnte dieses Verbot erst zum 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten. Herr Minister Miller, ich frage Sie noch einmal, ist das Ihre konsequente Haltung gegen BSE? Haben Sie das alles vergessen? Das war doch Verhinderungstaktik, ohne die Sie viel Schaden von den Verbrauchern, den Konsumenten und den Landwirten hätten abhalten können. Bitte vergessen Sie das nicht.

Wie hieß es dieser Tage doch in einem Kommentar?

Wir stehen erst am Anfang eines langen Weges, der wahrscheinlich etwas kürzer gewesen wäre, wenn schon Anfang der neunziger Jahre wirklich drastische und konsequente Maßnahmen zur Eindämmung von BSE ergriffen worden wären.

Ich kann nur sagen: Recht hat er, der Kommentator. Zu viel Fehler und Versäumnisse wurden zu lange begangen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher fordern zu Recht ein, dass jetzt endlich gehandelt werden muss, im Interesse von Schutz und Gesundheit der Verbraucher und unserer Landwirtschaft. Ich hoffe, es bilden sich auf Länder- und auf Bundesebene, aber auch auf EU-Ebene große Allianzen gegen BSE. Der Schutz der Verbraucher muss endlich Priorität haben. Verbraucherschutz muss vor Klientelpolitik stehen. Wir freuen uns, dass Sie unseren Kurs eingeschlagen haben.

(Beifall bei der SPD)

Auf Bundesebene steht ein erster Schlachtplan, Sie haben das bereits angesprochen. Ich brauche es deshalb nicht zu wiederholen. Tiermehl wird aus der Futter-

mittelkette verschwinden. Die Vorbereitungen sind soweit abgeschlossen. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat entsprechende Vorgaben in Zusammenarbeit mit dem Bundesjustizministerium auf den Weg gebracht. Diese Vorgaben werden dem Bundesrat rechtzeitig für seine Sitzung Anfang Dezember zugeleitet. Bund und Länder wollen sich an den Kosten beteiligen und diese Fragen umgehend besprechen. Was Sie hinsichtlich der BSE-Schnelltests sagten, trifft zu. Bund und Länder machen in all diesen Fragen endlich gemeinsame Sache. Das ist auch notwendig. Ich denke, die Verbraucherinnen und Verbraucher werden dies auch entsprechend anerkennen.

Zum Abschluss möchte ich noch einmal feststellen, dass wir wirklich am Anfang eines langen Weges stehen. Ziehen wir innerhalb Bayerns gemeinsam an einem Strang, ziehen wir auch zwischen den Bundesländern und gemeinsam mit dem Bund an einem Strang. Setzen wir uns im Interesse des Schutzes und der Gesundheit der Verbraucher und im Interesse unserer bayerischen Landwirtschaft auch EU-weit durch. Möge der Verbraucherschutz wirklich einmal als Sieger vorgehen. Das würden wir uns wünschen, daran haben wir gemeinsam zu arbeiten.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Als nächster hat Herr Kollege Dr. Gröber das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Heckel (CSU))

Dann Herr Kollege Heckel. Bitte sehr.

Heckel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde nicht auf die Verdächtigungen, Unterstellungen und Übertreibungen der Kollegin Biedefeld eingehen.

(Unruhe bei der SPD – Frau Radermacher (SPD): Sind das Übertreibungen, wenn Sie die Anträge abgelehnt haben? Sie haben doch selbst abgestimmt!)

Ich möchte nur eines zur Klarstellung anführen: Wir haben damals im Einklang mit den anderen Bundesländern, also auch im Einklang mit den SPD-Bundesländern, entschieden. Das war zur damaligen Zeit die jeweils richtige Entscheidung.

Der Verbraucher, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist zweifelsohne durch den einen bisher bekannt gewordenen BSE-Fall in Schleswig-Holstein verunsichert. Er ist auf Grund der sehr komplizierten Sachverhalte verunsichert. Uns wurde heute in der Fraktion von verschiedenen Wissenschaftlern bestätigt, dass diese Sachverhalte in der Tat sehr kompliziert sind. Der Verbraucher ist auch dadurch verunsichert, dass in der Europäischen Union in den vergangenen Wochen und Monaten nur zögerlich gehandelt wurde.

Gestatten Sie mir einige Anmerkungen aus veterinärmedizinischer Sicht – der gemeinsame Antrag ist bereits

durch Frau Staatsministerin Stamm und Herrn Staatsminister Miller begründet worden –, wobei ich mich auf jüngste Veröffentlichungen der Bundesanstalt für Fleischforschung in Kulmbach, auf Veröffentlichungen der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Tübingen und des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin stütze. Zunächst möchte ich einige erläuternde Vorbemerkungen machen, weil ich immer wieder feststelle, dass schon bei einfachsten Begriffsbestimmungen bisweilen die Meinungen sehr weit auseinandergehen. Die Frage nach dem Erreger von BSE scheint geklärt. Es handelt sich um Prione, um krankhaft veränderte Eiweißkörper. Das macht die Bekämpfung dieser Seuche so schwer. Das bedeutet, dass sich die Bekämpfung auf Keulung kranker Tiere bzw. auf die unschädliche Beseitigung der Tiere, die im Rahmen von Schnelltests als positiv erkannt worden sind, einengt.

Die Angaben zur Inkubationszeit schwanken zwischen dreißig Monaten bis hin zu sechzig Monaten. Die Infektion scheint in erster Linie per os zu erfolgen, also durch die Verfütterung nicht ausreichend hygienisierter Abfälle bzw. nicht ausreichend hygienisierten Risikomaterials.

Die Wissenschaftler sind sich nicht ganz einig, ob die bisherigen Verfahrensweisen unserer Tierkörperverwertungsanstalten – eine Temperatur von 133 Grad Celsius, eine Erhitzungszeit von zwanzig Minuten und drei Bar Druck im Kernbereich – Prione in der Tat abtöten. Unabhängig davon sind wir der Meinung, dass das seit 1994 geltende Verfütterungsverbot von Tiermehl an Wiederkäuer generell auf alle landwirtschaftlichen Nutztiere ausgeweitet werden sollte und vor allem auch europaweit ausgedehnt werden sollte. Sonst macht das keinen Sinn.

Zu dem ersten Spiegelstrich des Dringlichkeitsantrags 14/5085: Bezüglich der Übertragungswege ist anzunehmen, dass die Infektion auch intrauterin erfolgen kann, also von der Mutter auf die Frucht – den Fötus, den Embryo –. Offensichtlich funktioniert bei BSE die sonst wirksame Plazenta-Barriere nicht.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass auch eine horizontale Infektion stattfinden kann. Wir möchten deshalb mit unserem Antrag abgeklärt wissen, ob es andere Übertragungsmöglichkeiten gibt und wie man diese effektiv unterbinden kann.

Zu den Spiegelstrichen 5 und 6, in denen die Staatsregierung aufgefordert wird, sich im Bundesrat für die schnellstmögliche Einführung von BSE-Schnelltests in der EU und in Drittländern für alle über 24 Monate alten Schlachtrinder einzusetzen, und darauf hinzuwirken, dass die frühzeitige Erkennung der BSE-Krankheit und die Entwicklung von sicheren praxistauglichen BSE-Tests verstärkt erforscht und bundes- und EU-weit koordiniert wird, möchte ich anmerken, dass ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der BSE-Überwachung, der Rinderbestände und der Ermittlung des tatsächlichen Status der BSE-Infektion in den EU-Mitgliedstaaten zweifelsohne Schnelltests an Schlachtieren sind. Für die amtliche Zulassung dieser Tests nach dem deutschen Tierseuchengesetz ist das nationale Referenzzentrum

für BSE- und Scrapie-Diagnostik an der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Tübingen zuständig.

Zur Zeit stehen zwei Testverfahren zur Zulassung an. Frau Staatsministerin Stamm hat dies bereits ausgeführt. Beide Tests wurden von der EU evaluiert, d.h. in einem EU-weiten Versuch mit 1400 Gehirnproben von Schlachttieren vorgeprüft. Beide Verfahren beruhen auf dem immuno-chemischen Nachweis des krankhaft veränderten Prions und sind innerhalb von sechs bis acht Stunden durchführbar. Damit können Gewebeproben aus dem Gehirn von Schlachttieren getestet werden, nicht aber Muskelfleisch oder Blut. Entsprechende Presseveröffentlichungen von vor einigen Tagen sind falsch. Es liegen keine wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse vor, ab welchem Zeitpunkt innerhalb der durchschnittlich fünfjährigen Inkubationszeit infizierte Tiere mit Sicherheit erkannt werden können. Das bedeutet, dass mit dem Vorliegen eines negativen Testergebnisses nicht unbedingt die BSE-Freiheit garantiert werden kann, sondern allenfalls, dass die Menge der Erreger unter der Nachweisgrenze liegt.

Unabhängig davon sind die Tests sinnvoll und notwendig bei allen Schlachttieren, die älter als fünf Jahre sind, denn gerade diese Gruppe stellt das größte Infektionspotential dar.

Es ist interessant, dass bei den sehr vielen BSE-Fällen in Großbritannien die Gruppe der jüngeren erkrankten Tiere nur 0,25 Prozent ausgemacht hat. Die Risikogruppe sind also in der Tat die älteren Schlachttiere. Ergänzt werden müssen die bisherigen Testverfahren, wenn sie offiziell zugelassen sind, durch Testmöglichkeiten an jüngeren Schlachttieren und jüngeren lebenden Tieren. Diese Möglichkeiten scheinen nach Aussagen der Bundesanstalt für Fleischforschung in Kulmbach über Biopsie oder Blutproben zur Erkennung von Plasminogenen, die das Prion binden, gegeben zu sein. Deshalb fordern wir in unserem Antrag, entsprechende Möglichkeiten zu erforschen und möglichst schnell auszuarbeiten, die von den bisherigen und zur Zulassung anstehenden Schnelltests zu anderen und besseren Testverfahren an jüngeren und lebenden Tieren hinführen.

In Bayern gibt es bis dato keinen einzigen originären BSE-Fall. Bayern hat konsequent im Interesse des Verbraucherschutzes gehandelt, der in unserer Gesundheitspolitik einen hohen Stellenwert genießt, Bayern hat im Interesse der heimischen Landwirtschaft, des verarbeitenden Gewerbes und im Interesse der notwendigen Seuchenhygiene gehandelt.

(Beifall bei der CSU)

Die verschiedenen Aktivitäten Bayerns wurden bereits dargestellt.

Gestatten Sie mir zum Abschluss meiner Ausführungen auch einige Empfehlungen aus veterinärmedizinischer Sicht, die sich in etwa auch mit dem Antragsbegehren decken. Wir brauchen eine schnelle offizielle Zulassung der beantragten Schnelltests durch die Bundesforschungsanstalt in Tübingen, und wir brauchen deren

europaweite Einführung. Wir brauchen eine Schnellentwicklung von Testverfahren für junge Schlachttiere und junge lebende Tiere. Diese müssen europaweit eingeführt werden. Dafür ist seitens des Bundes eine finanzielle und personelle Verstärkung der zuständigen Bundesforschungsanstalten notwendig. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Bundesforschungsanstalt in Tübingen, besonders aber um die Bundesanstalt für Fleischforschung in Kulmbach, die mit Recht als ein national und international hoch angesehenes Kompetenz- und Informationszentrum gerade auch für den Problembereich BSE gilt.

Frau Staatsministerin Stamm hat es angeführt: Wir brauchen die Verstärkungen unserer Landesuntersuchungsämter in Nord- und Südbayern.

Wir haben in unserem Antrag einen Passus, der auf eine dauerhafte Kennzeichnung der Rinder abzielt. Wir haben uns oft über diese Thematik unterhalten. Die Ohrmarke ist sicher antiquiert. Auch die elektronische Kennzeichnung mit Chips und Scanner sollte so bald wie möglich durch eine so genannte Biomarkierung abgelöst werden.

(Zuruf des Abgeordneten Schammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich weiß, wir haben aus Kostengründen eine entsprechende Entscheidung immer vor uns hergeschoben.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben mit Recht so argumentiert, Herr Kollege Schammann. Was hilft es uns, wenn Bayern den Vorreiter spielt und diese biologische Ohrmarke – die ist sehr teuer – einführt, und die anderen Bundesländer ziehen nicht mit? Wir sollten von Bayern aus darauf bestehen, dass sich die anderen EU-Mitgliedsstaaten möglichst schnell an einer modernen und manipulationssicheren Kennzeichnung der Rinder beteiligen. Ich wiederhole mich gerne: Das beste Verfahren ist die biologische Ohrmarke. Dieses Verfahren ist an der Bundesforschungsanstalt in Kulmbach entwickelt worden und macht feinste Unterscheidungen möglich.

Gestatten Sie mir noch eine letzte Anmerkung. Für den einzelnen Erzeugerbetrieb wird es wohl notwendig werden, dass er eine lückenlose Bestandsdokumentation durch regelmäßige Überprüfung der geschlachteten Alttiere und durch eine biologische Markierung der Jungtiere aufbaut. Ich meine, dies wäre eine sinnvolle Ergänzung, eine sinnvolle Abrundung des bayerischen „Qualität aus Bayern“-Programmes, das per se schon ein hohes Maß an Verbrauchersicherheit bietet. Dies alles – und das wurde heute auch schon gesagt –, was in diesem Antrag gefordert wird, kann Bayern nicht im Alleingang leisten. Hier müssen wir bundesweit und europaweit tätig werden. Das heißt, wir brauchen die enge Kooperation mit der Bundesregierung und der Europäischen Union. Wir brauchen vor allem das finanzielle Engagement der Bundesregierung und der Europäischen Union in diesen für die Landwirtschaft sehr schwierigen Zeiten.

Lassen Sie mich mit einigen Worten des Leiters der Abteilung für Mikrobiologie und Toxikologie an der Bundesforschungsanstalt in Kulmbach, Herrn Prof. Gareis, schließen. Er stellt fest, dass die derzeitige BSE-Hysterie in jedem Fall eine übertriebene Reaktion darstellt. Der Verbraucher sollte sich nicht verrückt machen. Ein hoher Selbstversorgungsgrad in der Fleischproduktion und Programme mit Qualitätsgarantie geben zusätzlich Sicherheit. Die Situation in Bayern und in Deutschland, so Herr Prof. Gareis, sei auf keinen Fall mit der in Großbritannien vergleichbar. Das kann man nicht oft genug sagen.

Ich bitte um Zustimmung zu diesen Antragspunkten, die, wie ich meine, alle durchaus zustimmungsfähig sind. Sie bringen uns gemeinsam ein Stück weiter in der Bekämpfung dieser furchtbaren Rinderkrankheit. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Um das Wort hat Frau Kollegin Schopper gebeten.

Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Devise „Alles ist gut“ hat keinen Bestand mehr. Aber auch die Devise „Alles wird gut“, wie wir sie kennen, gilt nicht. Deutschland wird momentan von der BSE-Krise überrollt. Das wissen wir nicht erst seit dem letzten Wochenende, an dem in Schleswig-Holstein ein an BSE erkranktes Rind gefunden wurde, auf einem Hof, der sich freiwillig diesem Test unterzogen hat, um einen entsprechenden Qualitätsnachweis zu erbringen.

Jetzt dürfte auch dem Letzten klar sein: BSE-frei – ein Wunschdenken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Verbraucherschutz hat jetzt oberste Priorität. Das ist der Tenor unisono. Die Forderung nach Verbraucherschutz, die jetzt eilig erhoben wird, darf nicht zur Beruhigungsspielle für die aufgeschreckten Verbraucher verkommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wirksame Methoden und Maßnahmen müssen jetzt konsequent umgesetzt werden.

Wir beraten heute über einen gemeinsamen Antrag. Ich denke, das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ich denke, man muss aber auch noch etwas in die Historie blicken. Angesichts der heutigen Beratungen kann man dieses Thema nicht unter den viel zitierten Teppich kehren.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Rahmen der BSE-Debatte hatten wir, zumindest bis letzten Montag, den Eindruck, dass der alte Reflex der

Bayerischen Staatsregierung wieder ans Licht kommt und Ministerpräsident Stoiber wie ein Klassenprimaner an erster Stelle verkündet: Wir sind die Besten, wir haben immer schon alles gewusst, und wir haben immer schon alles richtig gemacht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während die Menschen im Land verunsichert sind, geht Ministerpräsident Stoiber der Schuldfrage nach.

Eines muss ich noch sagen: Auch wenn wir heute über einen gemeinsamen Antrag beraten, ein Anlass für die Schulterklopferei ist nicht gegeben. Auf ein Verbot für die Verfütterung von Tiermehl sind Sie – zumindest Herr Kollege Miller – erst gekommen, als der Zug schon am Abfahren war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Debatte heute habe ich mir noch einmal ein Ausschussprotokoll vom 10. Oktober 2000 angeschaut. Darin ist der Tenor unisono: keine Gefahr, wir sind BSE-frei. Die in der damaligen Ausschussberatung vorgebrachte und von uns immer wieder erhobene Forderung, die Tiermehlfütterung generell zu verbieten, wurde als grüne Ideenduselei abgetan. Die Entfernung der Risikomaterialien, die SRMBeseitigung, stieß bei Ihnen, Herr Staatsminister Miller, nicht gerade auf Gegenliebe. Es gab sogar Stimmen in der CSU-Fraktion, die dreist forderten, das zu verhindern. Die Bundesgesundheitsministerin vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die von Ihrer Seite immer wieder heftig gescholten wurde, wurde immer wieder mit dem Argument konfrontiert, diese Maßnahme sei unsinnig, sei zu teuer und sei nicht notwendig. Stattdessen haben Sie gebetsmühlenartig wiederholt: Deutschland und Bayern sind BSE-frei. Sie haben das gesagt, obwohl der Wissenschaftliche Lenkungsausschuss der Europäischen Union bescheinigt hat, das Auftreten von BSE ist wahrscheinlich, aber aufgrund mangelnder Tests noch nicht nachgewiesen. Im Juli 1999 haben wir einen Antrag eingebracht, der Tests forderte. Dieser Antrag wurde von der CSU-Fraktion mit der Begründung abgelehnt, wir sollen die Verbraucher nicht verunsichern.

Nachdem wir immer über die Zahlen diskutieren, inwieweit Rinder untersucht wurden, hätte ich schon noch eine Frage an das Sozialministerium oder an das Landwirtschaftsministerium. Aus dem Jahresbericht 1999 der Landesuntersuchungsämter Nord- und Südbayern geht hervor, dass dort noch kein einziges in Bayern geborenes Rind getestet wurde. Wenn das stimmt, dann stellt sich die Frage, wie wir mit den unterschiedlichen Zahlen umgehen.

Ich kann es Frau Staatsministerin Stamm nicht ersparen, obwohl sie versucht hat darzustellen, dass es sich um einen vorläufigen Bericht mit Hauptschlussfolgerungen der Mission des Lebensmittel- und Veterinärarnamtes in Dublin handelt: Ich empfinde es als eine Ohrfeige für den Freistaat Bayern, wie dort die epidemiologische Überwachung von BSE betrieben wurde.

Ich möchte noch einmal etwas in Erinnerung rufen, nachdem der Kenntnisstand nicht überall der gleiche zu sein scheint. In Bayern wird die Untersuchung von Proben aus BSE-Verdachtsfällen durch eine Verordnung von 1997 sichergestellt, die an die beiden mit den BSE-Untersuchungen befassten Labors geschickt wurde. Diese Verordnung besagt, dass alle Proben von Tieren mit einer Störung des zentralen Nervensystems auch auf BSE getestet werden müssen.

Im Widerspruch zu dieser Anordnung beschloss das Personal, alle Gehirne nicht zu untersuchen, die sich aufgrund von Autolysen – das ist ein Abbau von Körperprotein ohne Mitwirkung von Bakterien und macht etwa 50% aller Proben aus – nicht für die histologische Pathologie eignen. Diese Proben wurden zur immunzytochemischen Untersuchung an das andere Labor in Bayern weitergeleitet.

Die Konsequenz, die sich daraus aufdrängt, ist: Was ich nicht untersuche, kann auch kein Ergebnis bringen und kann mich mithin nicht beunruhigen. Das gibt dann weiterhin die Illusion, dass BSE kein Thema ist.

Seien wir ehrlich. Wir sehen hier den Widerstreit zwischen der Gesundheit und Landwirtschaft. Bisher war die Landwirtschaftspolitik mit ihrer Agrarlobby im Hintergrund immer der Sieger. Eines ist klar. BSE ist auch eine „Ernte“ der auf die Spitze getriebenen Industrialisierung der Landwirtschaft. Heute haben wir aufgrund der Verunsicherung eine Abstimmung über die Ladentheke. Aber – und das muss man dem Verbraucher klar mit auf den Weg geben – wir brauchen auch ein Umdenken beim Verbraucher. Einen möglichst billigen Einkauf bei maximaler Sicherheit wird es nicht geben. Tests sind notwendig. Und wir setzen uns, wie gesagt, nicht zum ersten Mal dafür ein. Wir wissen auch, dass der Verbraucher diese Tests ein Stück weit über den Preis mitbezahlen muss und sagen ganz klar, dass es keine hundertprozentige Garantie geben kann.

Was wir außerdem brauchen und was Sie nicht überraschen wird – mein Kollege Schammann wird darüber noch weiteres ausführen –, ist Folgendes: Wir brauchen mehr ökologische Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung, und auch diese Qualität aus dem Kuhstall muss teurer bezahlt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines möchte ich auch noch sagen, weil die Qualitätssiegel hier immer so hochgelobt werden. „Qualität aus Bayern“ allein ist noch keine Gütesiegel. Die Tatsache, dass das Tier in bayerischen Ställen steht, sagt noch nichts darüber aus, ob es nicht vielleicht doch BSE hat. Wir dürfen dabei den Blick nicht nur auf das Rindfleisch richten und darauf, dass uns der Sonntagsbraten vielleicht nicht mehr so gut schmeckt, denn Rindfleisch allein ist nicht das Problem, sondern wir haben auch – das ist überall nachzulesen – die Gummibärchen, die Kosmetik, die Medikamente, das Rinderinsulin und die Gelatine. Wir brauchen dringend Forschungsmittel, um zu klären, inwieweit sich vielleicht hinter anderen Demenzkrankheiten eine Creutzfeldt-Jakob-Krankheit verbirgt. Es ist erfreulich, dass wir heute einen Beschluss fassen wer-

den, entsprechende Gelder in die Forschung zu geben, um dieser Problematik vertieft nachzugehen.

Darüber hinaus muss ganz klar das Signal nach draußen gegeben werden, dass sich die Ernährungsgewohnheiten im Sinne der Prävention ändern müssen. Ich will niemandem seinen Sonntagsbraten vermiesen, aber wir müssen uns trotzdem über den Fleischkonsum unterhalten.

Wir haben heute einen gemeinsamen Antrag aller drei Fraktionen eingebracht. Das ist ein wichtiges Signal, das zeigt – auch wenn bei einzelnen Spiegelstrichen parziell unterschiedliche Auffassungen vertreten werden –, dass wir nach gemeinsamen Lösungen suchen wollen, und dass wir versuchen wollen, nicht über Schuldzuweisungen entsprechende Debatten zu bestreiten, sondern effektive Lösungsmöglichkeiten zu finden. Wir fordern ein europaweites Tiermehlverbot, und dies gilt umso mehr, wenn ich mir ansehe, dass zum Beispiel in Niedersachsen eben erst aufgedeckt wurde, dass eine Beimischung von Tiermehl ins Rinderfutter stattgefunden hat, obwohl die Fütterung von Tiermehl an Wiederkäuer bereits seit 1994 verboten ist. Da drängt sich die Forderung auf, das Tiermehl nicht nur generell zu verbieten, sondern auch effektivere Kontrollen einzuführen, die lückenlos bis zum Futtertrog gehen.

BSE ist seit zehn Jahren Thema. Wir vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren oft einsame Rufer in der Wüste. Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen wurden oft als Panikmache oder Verunsicherung der Verbraucher verspottet. Wir wissen, welche schrecklichen Folgen die Verharmlosung in England hatte und wir kennen die Schätzungen aus Frankreich, dass bei zwei von tausend Tieren BSE nachgewiesen werden kann. Dies könnte auch bei uns traurige Wirklichkeit sein werden, und um dies zu verhindern, kämpfen wir heute alle gemeinsam. Ich hoffe, dass dies auch für die Zukunft trägt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Als nächster Redner hat das Wort Herr Kollege Starzmann.

Starzmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir heute zu einer gemeinsamen EntschlieÙung gefunden haben, weil eine solche gemeinsame EntschlieÙung auf der einen Seite etwas wegnimmt von der doch etwas böartigen Art, wie gestern von Regierungsseite argumentiert wurde und Schuldzuweisungen versucht wurden, die absolut nicht berechtigt waren. Auf der anderen Seite macht sie deutlich, dass in dieser Frage eine Verunsicherung der Bevölkerung durch ein rhetorisches Heraufspielen des Problems, ohne zur Lösung des Problems etwas beizutragen, nicht sachgerecht ist. Wir müssen uns vielmehr alle zusammen an der Nase fassen und sagen: Wir wollen eine Lösung, die die Kette der Ursachen irgendwann einmal zu unterbrechen in der Lage ist. Diese Kette der Ursachen kennen wir leider nicht in einem solchen Ausmaß, um zu wissen, wo wir ansetzen müssen, um die Kette garantiert zu unterbrechen. Da werden sehr viele Wege vermutet.

Lassen Sie mich bitte noch eines sagen. Schuldzuweisungen an die SPD sind völlig deplaziert.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Sie daran erinnern, dass wir im Jahre 1994 in einem ausführlichen Antrag Dinge gefordert haben, die unter Ihrer Regierung nur unter Weh und Ach zum Teil anerkannt, in Europa aber insgesamt abgelehnt wurden – auch von anderen, die gegenüber diesem Problem im Jahre 1994 ein völlig anderes Empfinden hatten als wir. Deshalb sollten Sie sich diesen heutigen Antrag einmal Spiegelstrich für Spiegelstrich ansehen und überlegen, dass wir bereits im Jahre 1994 ein Exportverbot für Rindfleisch aus Großbritannien gefordert haben. Heute liest man in der Zeitung, dass man vor Jahren hätte handeln müssen. Ja, vor Jahren haben wir einschlägige Anträge gestellt. Wir haben im Jahre 1994 beantragt, Tiermehl nicht mehr zur Fütterung aller Tiere zu verwenden und deshalb auch nicht mehr zu produzieren. Wir wussten damals, dass unser Vorschlag, im nationalen Alleingang Fleisch und Tiere aus Großbritannien nicht mehr hereinzulassen, rechtlich nicht möglich war, und das war dann auch Ihre Ausrede. Wir haben dann versucht – da wir das eingesehen haben –, einen freiwilligen Importverzicht, der uns wirtschaftlich nicht getroffen hätte – es handelt sich um rund ein bis zwei Prozent des Gesamtbedarfes –, mit den Metzgern zu erreichen.

Frau Stamm, ich halte es nicht für richtig, dass Sie jetzt behaupten, irgendjemand habe die Aufrechterhaltung des Importverbotes aus England in den Wind gewischt. Wie war es denn wirklich? Der von Rot-Grün Landwirtschaftminister Deutschlands hat zunächst gegen die Aufhebung des Importverbotes gestimmt und dann ist ihm wie damals Seehofer entgegengehalten worden, das sei ein Verstoß gegen das EU-Recht und man werde die Aufhebung des Importverbotes erzwingen. Da muss ich schon sagen, dass in diesem Zusammenhang Minister Funke eine Verhandlungsleistung erbracht hat, die beachtlich war; er hat sich der Stimme enthalten und damit erreicht, dass wenigstens die Kennzeichnungsregelung, die es bis dahin nicht gegeben hat, in der EU eingeführt wurde. Sie ist zwar noch unbefriedigend und muss verbessert werden. Aber auch hier haben sich die Länder zunächst dagegen gewehrt, die Kosten für eine durchgreifende Kennzeichnung zu übernehmen. Und daran scheiterte letzten Endes auch die durchgreifende Kennzeichnung, wie wir sie eigentlich haben wollten.

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen noch ein Stück weiter, meine Damen und Herren. Das sollte uns zu überlegen geben. Wir wissen nämlich letzten Endes über diese Probleme gar nichts, wenn Wissen richtig Bescheid wissen bedeutet.

Es gibt auch die Vermutung, dass die Krankheit über Tierfutter für Haustiere übertragen wird; wir reden hier immer nur von Nutztieren. So rate ich allen Tierliebhabern, Tierfutter nicht mehr aus BSE-verdächtigem Rindfleisch herzustellen.

Wir hatten es damals schon schwer. Heute erklären wir alle mit fester Stimme, Tiermehlverfütterung an Wieder-

käuer finde überhaupt nicht statt. In dem Zusammenhang möchte ich zitieren, was ein „Fachmann“ aus der Regierung- ich nenne seinen Namen nicht; falls er sich jetzt nicht dazu bekennt, können Sie seinen Namen aber in dem entsprechenden Landtagsprotokoll nachlesen – im Jahr 1994 zu unserem einschlägigen Antrag erklärt hat:

In der Bundesrepublik wäre das Verbot der Tiermehlverfütterung 1994 an Wiederkäuer nicht nötig gewesen. Es wurde gegen den Rat und die Warnung der Fachleute durchgesetzt. Dieser Forderung wurde nachgegeben, obwohl die Hypothese durch nichts belegt sei, dass sich die Menschen anstecken könnten. In dem vorliegenden Antrag der SPD wäre ein weiterer Schritt gefordert, nämlich die Tiermehlverfütterung von Schweinen zu verbieten. Da es absolut keine Hinweise gebe, dass sich Menschen oder Schweine anstecken könnten, sei es nicht nötig, das gut funktionierende Verfahren kaputtzumachen. Beim geringsten Verdacht einer Gefahr würden die Tierärzte die ersten sein, die den Kreislauf unterbrechen.

Das war 1994 die selbstgerechte Position Ihres Hauses, Frau Staatsministerin Stamm.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Dass wir dorthin gekommen sind, wo wir heute stehen, liegt daran, dass man 1994 so unsensibel reagiert und unsere einschlägigen Anträge abgelehnt hat. Ich kann weitere Beispiele aufzählen. So haben wir bereits damals ein durchgreifendes Kennzeichnungsgebot gefordert. Doch haben wir uns nicht durchsetzen können. Ich meine, es ist gut, dass wir heute mit dem vorliegenden umfangreichen Dringlichkeitsantrag der drei Landtagsfraktionen das Thema sozusagen abhaken. Ich hoffe, dass wir es damit abhaken, dass wir das fordern und gemeinsam durchzusetzen versuchen, was wir bereits 1994 gefordert haben und was mittlerweile Allgemeinut ist. Wir werden also gemeinsam versuchen, einiges durchzusetzen, und zwar gegenüber der Europäischen Union und entgegen dem, was so manche völlig anders denkenden Interessenvertreter wollen.

Meine Damen und Herren, ich bin auch froh darüber, dass der Landwirtschaftsminister heute klipp und klar erklärt hat, eine absolute Sicherheit vor BSE bestehe auch in Bayern nicht.

(Zurufe von der SPD: Das ist neu!)

– Ja, das ist absolut neu. Doch sage ich meinen eigenen Kollegen: Wir haben es hier mit einer Sprachregelung zu tun. Ich habe die bisherige Sprachregelung für nicht gut gehalten. Da wurde so getan, als wäre BSE-Freiheit garantiert. Das war nicht gut. Jetzt bitte ich darum, nicht in Hysterie zu verfallen, wenn heute jemand sagt: Wir können nicht garantieren, dass es nicht auch in Bayern einen BSE-Fall geben könnte. Bitte verfallen Sie angesichts dessen nicht in Hysterie. Was die Risikoabschätzung für den einzelnen Menschen angeht, komme ich mir vor wie in der Zeit nach der Katastrophe von Tschernobyl. Damals hat sich gezeigt: Die Gefahr, durch Angst

krank zu werden, kann größer sein, als die Gefahr, aufgrund eines schädlichen Einflusses von außen zu erkranken. Das gilt auch für BSE. Zu dieser Aussage stehe ich.

Trotz alledem dürfen wir keine Nachlässigkeiten hinnehmen. So bitte ich das Sozialministerium darum, bald mit der EU Kontakt aufzunehmen und den von Frau Kollegin Schopper eben zitierten Satz zu analysieren. Ich verstehe ihn nicht so ganz. In den angesprochenen Notizen ist davon die Rede, dass in Bayern Gehirne nicht mehr untersucht worden seien, die offensichtlich wegen Autolyse nicht mehr für eine histologische Untersuchung geeignet gewesen seien. Ich möchte keinen Vorwurf daraus ableiten, dass etwas nicht untersucht wird, was nicht für eine Untersuchung geeignet ist. Doch bitte ich darum, einmal nachzuprüfen, wie es dazu gekommen ist, dass die betreffenden Gehirne nicht mehr für eine Untersuchung geeignet waren,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

obwohl diese doch von Tieren stammten, bei denen ein Verdacht auf BSE angezeigt erschien.

Wir wussten es schon 1994: Der EU-weite Verzicht auf die Verfütterung von Tiermehl kostet die Europäische Union rund 6 Milliarden DM jährlich. Diese Summe muss aufgebracht werden. Wenn man hört, dass die Lebensmittel immer billiger werden, sodass die Bauern kaum noch über die Runden kommen und Probleme haben, die Erzeugungskosten zu decken und noch etwas zu verdienen, muss man zu der Feststellung kommen: Wenn auch noch die eben genannten Kosten den Bauern aufgehalst werden, bedeutet dies das Ende der hiesigen Fleischproduktion. So muss selbstverständlich sein: Wenn die Tiermehlverfütterung nun abgeschafft werden muss, etwas, was nicht notwendig geworden wäre, wenn BSE nicht aufgetreten wäre, müssen die sich daraus ergebenden Kosten von all denen getragen werden, die zur Verursachung des Problems beigetragen haben, und zwar EU-weit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dazu muss sich die EU bekennen. – Meine Damen und Herren von der CSU, ich bin froh darüber, dass Sie mit uns dafür stimmen werden, dass ein Verbot der Tiermehlverfütterung schnellstmöglich per Bundesgesetz eingeführt wird. Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, ich bin froh, in der Presseerklärung über die heutige Kabinettsitzung lesen zu können, dass Sie den einschlägigen Gesetzentwurf der rot-grünen Bundesregierung unterstützen. Das zeigt Einsicht. Das ist etwas Gutes. Die Staatsregierung wird diesem Gesetzentwurf also zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch notwendig, für die Entsorgung des noch vorhandenen Tiermehls zu sorgen. So enthält der vorliegende Dringlichkeitsantrag folgenden Passus – dazu stehen wir; da werden wir mitarbeiten –:

die Bundesregierung soll gemeinsam mit den Ländern eine Regelung für eine unschädliche Entsorgung für Tiermehl schaffen und dabei einen Nachweis für die Entsorgung vorsehen.

Wir sollten uns über noch etwas klar sein: Wenn wir ein Verbot der Verfütterung von Tiermehl in unserem Land fordern, besteht der vernünftige und logische nächste Schritt darin, derlei auch für alle anderen Staaten der EU zu verlangen. So fordern wir in unserem vorliegenden Antrag, den Import von Fleisch aus Ländern zu verbieten, die sich nicht an das absolute Verbot der Verfütterung von Tiermehl an landwirtschaftliche Nutztiere halten, worunter nicht nur Wiederkäuer zu verstehen sind. Im Gegenzug werden die betroffenen Länder wahrscheinlich ein Importverbot für Fleisch aus Deutschland verlangen. Doch sage ich Ihnen: Angesichts der Gefahr, die BSE, sollte sich diese Erkrankung weiter ausbreiten, für die Menschheit bedeutet, ist der wirtschaftliche Schaden, der durch die Einstellung des Rindfleischhandels innerhalb der EU und mit Drittländern entstehen könnte, in jedem Falle hinzunehmen. Denn die Gefahr, dass sich BSE ausbreitet, ist für die Bevölkerung schlimmer – 1994 hätte man das in kleineren Dimensionen beheben können – als mit der Einschränkung des Handels mit Rindfleisch. So müssen wir verlangen – das werden wir nachher gemeinsam beschließen –, dass künftig grundsätzlich auch kein Fleisch aus EU-Staaten zu uns kommt, die sich dem Tiermehlverfütterungsverbot nicht angeschlossen haben.

Ich finde es auch richtig, dass wir nun mehr Schnelltests verlangen. Wichtig ist auch, Testverfahren zu entwickeln, die wirklich zuverlässig sind, sodass man anschließend weiß, ob man es mit BSE zu tun hat oder nicht. Ich muss in diesem Zusammenhang wieder sagen: Bitte keine Schuldzuweisungen in unsere Richtung. Meine Damen und Herren von der CSU, ich glaube, es ist keine zwei Monate her, dass Sie unseren Antrag auf mehr Schnelltests an Rindern in Bayern abgelehnt haben.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Sie brachten damals Argumente vor, die nicht ganz von der Hand zu weisen sind. Ich gebe zu: Diese Tests bringen keine 100-prozentige Sicherheit. Damals haben Sie jedenfalls den angesprochenen Antrag abgelehnt. Mittlerweile haben Sie offensichtlich dazugelernt. Dann sollten Sie auch einräumen: Wir haben dazugelernt. Die Situation hat uns dazu gebracht, heute anders zu stimmen als vor zwei Monaten. – Das ist ein Wort. Aber bitte keine Schuldzuweisungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In der Presseerklärung zur heutigen Kabinettsitzung wird ein Verbot des Imports von Rindfleisch aus Großbritannien und anderen Hochrisikoländern nach Deutschland gefordert. Das reicht nicht aus. Ich meine, das Kabinett sollte sich mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag befassen, den wir heute verabschieden werden. Es sollte seine Forderung, ein Importverbot für Rindfleisch aus Hochrisikoländern auszusprechen, so erweitern, wie wir es jetzt gemeinsam fordern. So wollen wir ein Importverbot für Rindfleisch aus allen Ländern, in denen der

derzeit vermutete Hauptweg zur Übertragung von BSE noch besteht. Das ist die Verfütterung von Tiermehl. Gegen diese Länder muss vorgegangen werden, koste es, was es wolle. Das muss uns der Schutz unserer Bevölkerung wert sein. Wir wissen um die wirtschaftlichen Auswirkungen. Aber die genannte Forderung müssen wir durchsetzen, auch gegen die geltenden EU-Bestimmungen, wenn es sein muss, bis zum Europäischen Gerichtshof.

Es wäre doch einmal – das waren meine Worte von vor mehr als sechs Jahren – interessant, zu erfahren, ob die Europäische Union Vorschriften, die den freien Handel unterstützen sollen, nicht zurücknehmen kann, wenn es darum geht, die europäische Bevölkerung vor Krankheiten zu schützen. Gesundheit ist schließlich ein weitaus höheres Gut als der freie Handel.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Dr. Gröber. Bitte schön.

Dr. Gröber (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Im Zusammenhang mit der Diskussion und dem erfreulicherweise gemeinsam gestellten Dringlichkeitsantrag ist bereits eine umfangreiche politische Nabelschau betrieben worden. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir es heute nicht dabei belassen, uns gegenseitig Vorwürfe zu machen. Aus meiner Sicht ist jetzt entscheidend, dass wir auch an die denken, die heute absolut zu kurz gekommen sind. Aus medizinischer Sicht sage ich, die Krankheitsfälle bei Menschen sind uns zwar nicht bekannt, aber wir wissen, dass diejenigen, die riesige psychische und wirtschaftliche Probleme haben, die Landwirte sind.

(Beifall bei der CSU)

Die Landwirte standen unter den wechselhaften Einwirkungen von – zugegebenermaßen gut gemeinten – politischen Entscheidungen, die immer in der Abwägung standen, nicht noch mehr Schaden anzurichten und gleichzeitig das Richtige zu tun. Sie haben die wechselhaften Aussagen der Wissenschaft und die Tatsache, dass die Wissenschaft laufend Fortschritte gemacht hat, hinnehmen müssen. Sie sind diejenigen, die im Feuer stehen. Deshalb darf eines heute nicht passieren, nämlich dass wir noch mehr Unsicherheit verbreiten, als ohnehin leider durch die Medien vorhanden ist.

(Beifall bei der CSU)

Die Aussage von Herrn Starzmann ging dabei in die richtige Richtung. Man kann es nicht oft genug betonen. Bevor ich ein paar medizinische Ausführungen mache, sage ich: Ich lasse mir mein Steak in Bayern nicht versalzen und nicht verschmecken. Ich vergewissere mich, dass das Fleisch aus Bayern kommt, und freue mich, wenn ich es esse. Es ist zehnmal gefährlicher, mit dem Flugzeug zu fliegen oder sonst etwas zu machen, als in Bayern ein Steak zu essen. Ein gesundes Steak trägt auch dazu bei, dass man gesund bleibt. Das will ich deutlich sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten uns aber doch Gedanken darüber machen, dass wir als Menschen einen Weg gegangen sind, der äußerst risikoreich ist. Nachdem schon sehr viel zu dem Thema gesagt worden ist, möchte ich als Arzt aus medizinischer Sicht Rückschau halten und auf Punkte aufmerksam machen, an denen wir erkennen müssen, wo die Risiken unseres Handelns liegen.

Es ist bekannt, dass bereits 1986 Scrapie als BSE-auslösende Ursache in England erkannt worden ist. BSE zählt zu der Gruppe der so genannten spongiformen Enzephalopathien, die bei Mensch und Tier bislang als äußerst selten galten. 1985 waren sechs verschiedene Krankheitsbilder der übertragbaren spongiformen Enzephalopathien bekannt. Es handelt sich um drei Formen beim Menschen, nämlich Creutzfeldt-Jakob, Gerstmann-Sträussler und Kuru – darauf komme ich noch –, und drei Formen bei Tieren. Die bekannteste tierpathogene Erkrankungsform ist Scrapie, eine Erkrankung bei Schafen und Ziegen, die bereits 1730 beschrieben wurde. Wir müssen uns überlegen, warum kommt das alles jetzt auf uns zu. Da die Tiere durch ihren trabenden Gang auffielen und sich häufig kratzten, wurde die Krankheit in Deutschland Traberkrankheit genannt, in England Scrapie. Histologisch fand man eine langsam voranschreitende schwammartige Veränderung des Gehirns der betroffenen Tiere. 1985 traten neben BSE bei neun weiteren Spezies Tiererkrankungen auf, und zwar im Wesentlichen bei in Gefangenschaft gehaltenen Tieren.

Ich komme zurück auf Kuru. Wir merken, wie problematisch es ist, die normale biologische Kette in einem bestimmten Umfang zu durchbrechen. Kuru – „der lachende Tod“, wie die Krankheit genannt wurde – war eine neurologische Erkrankung bei einem Volk der Fore auf Papua Neuguinea in den Fünfzigerjahren des letzten Jahrhunderts, also um 1950. Von der Krankheit waren jene befallen, die in einem makaber anmutenden Bestattungsritual die Hirne der Verstorbenen verspeist hatten. Das ist noch nicht lang her. Die Übertragbarkeit der Erkrankung konnte tierexperimentell nachgewiesen werden. Der Forscher Gajdusek, der für seine Untersuchungen mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, infizierte Affenhirne mit Hirngewebe von den an Kuru verstorbenen Menschen. Sechs Monate später waren alle Affen tot. Es wurde eine Infektion vermutet, obwohl die Krankheit degenerativ – das ist das Problem – und nicht wie eine Infektion oder Entzündung ablief. Nach Unterbindung des Übertragungswegs, also des Kannibalismus, verschwand die Erkrankung.

Wir kommen dem Ergebnis näher. Die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit ist eine seit langem bekannte Krankheit, die mit schleichenden Wesensveränderungen, Depression, sozialem Rückzug bis hin zu Lähmungen, Muskelzucken und Halluzinationen einhergeht. Fast alle der Patienten waren über 60 Jahre, und die Krankheitsdauer war kurz. Was müssen wir daraus lernen? – Auch wenn die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit sehr selten ist – eine Erkrankung pro Jahr unter einer Million Menschen –, sind doch, auch wenn man das nie geglaubt hat, plötzlich so genannte iatrogene, also durch Werkzeuge bei Operationen verursachte, Übertragungen bekannt geworden. Insbesondere wenn man Wachstumshor-

mone von infizierten Menschen anderen gegeben hat, hat man Creutzfeldt-Jakob übertragen können. In einigen Fällen wurde auch geäußert, dass dies bei Hirnoperationen passiert sein könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir lernen also, in der Forschung mit einem völlig neuen Krankheitsbild laufend verantwortungsbewusst umzugehen. Wir sind äußerst bestürzt, wenn wir erkennen, dass wir etwas gemacht haben, was wir gar nicht wussten. Ich komme jetzt zu der anderen Problematik. Es ist letztlich auch eine Art von Kannibalismus, dass man damit begonnen hat, Schafen Schafe in verarbeiteter Form zu füttern. Es gilt als sicher, dass BSE durch die Verfütterung von ungenügend sterilisiertem Tierkörpermehl aus Resten geschlachteter Schafe und Ziegen, unter denen sich Scrapie-infizierte Tiere befunden hatten, ausgelöst wurde. Rinder und Kälber, die üblicherweise bereits in frühem Alter mit Futterkonzentraten ernährt wurden, erhielten das so produzierte proteinreiche Futter nicht.

Als Mitte der Achtzigerjahre die ersten BSE-Fälle auftraten, galten zirka 30% der englischen Schafherden als Scrapie-infiziert. Vermutlich setzten 1981 in Großbritannien – hören Sie gut zu – eingeleitete Energiesparmaßnahmen die BSE-Seuche in Gang. Warum? – Zu einem frühen Zeitpunkt hatte man erkannt, dass Tiermehl, wenn es streng behandelt wird, keine Probleme bereitet. In erster Linie ging es um die Inkubation des Materials bei 130 Grad und organische Lösungsmittel bei hohen Temperaturen – acht Stunden bei 70 Grad –, die zur Eluierung von Fett aus Gewebe beitrugen. Anschließend erfolgte die teilweise Entfernung von Restbeständen des Lösungsmittels durch die Behandlung mit heißem Dampf über 15 bis 30 Minuten. Es gibt statistische Beweise, dass es faktisch keinen Ausbruch gab, solange das so gemacht wurde, obwohl die Tiere das gefressen haben und der Kannibalismus an sich schon das Problem war. Erst durch einen weiteren Fehler, nämlich durch die Sparmaßnahmen und die Unvorsichtigkeit, kam es zu der verheerenden Folge. Man hat die Temperatur auf 110 Grad reduziert und vieles andere.

Das heißt, wir haben überhaupt keine andere Wahl, als dieses Tiermehl – wo auch immer – zu entsorgen. Aber es ist falsch, Panik zu machen und zu sagen, dass wesentlich mehr passiert, wenn ein Bauer noch einen Sack Tiermehl verfüttert, weil es noch kein Gesetz gibt. Wir müssen in die Zukunft denken. Ich glaube, das Wichtigste ist, dass wir erkennen, dass nur durch den Verzicht auf Tiermehl die speziesübergreifende Infektion von Rindern – man spricht hier vom vertikalen Infektionsweg – ausgeschlossen werden kann. Die plötzlich ansteigende Inzidenz der BSE-Seuche zwischen 1988 und 1992 auf das Siebzehnfache war vermutlich bedingt durch das Recycling von BSE-infizierten Rindern in Tierkörperbeseitigungsanstalten und durch den hieraus resultierenden Wegfall der Speziesbarriere. Es war also wieder der Kannibalismus, der horizontale Infektionsweg.

Ich sage das ganz bewusst, denn nur die Rückführung auf wissenschaftliche Erkenntnisse und nicht die Schuldzuweisungen können uns weiterbringen. Obwohl wir immer vom jetzigen Stand der Technik und der Wissen-

schaft reden, müssen wir sehen, dass die Wissenschaft morgen schon auf einem anderen Weg ist.

Wir können sagen, dass nach jetziger Erkenntnis letzten Endes beim Rindfleisch nur wenige infektiöse Gewebe, wie Gehirn und Ähnliches, jedoch nicht Muskelfleisch die Krankheit übertragen können, dass es aber letztlich dennoch einen Rest an Unsicherheit gibt. Wenn ich also mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen kann, dass eine Herde nicht BSE-infiziert ist, ist die Wahrscheinlichkeit, sich durch Muskelfleisch zu infizieren, sehr gering. Aber der jetzige Wissensstand bedeutet, dass Rinderprionen offensichtlich im Verhältnis zu den Prionen anderer Spezies in der Übertragung auf andere Spezies ein enorm gesteigertes Virulenzpotenzial aufweisen. Außerdem spielen Rindfleischprodukte in der Ernährung des Menschen eine wichtige Rolle und es findet bovines Material in der Arznei- und Kosmetikindustrie eine ubiquitäre Verwendung.

Frau Schopper, Sie haben auch gesagt, wir müssten uns noch über den Fleischkonsum unterhalten. Aber dies ist der falsche Weg. Qualifiziertes, wirklich gut und in einer Linie verfolgt produziertes Fleisch ist ein hervorragendes Nahrungsmittel. Wenn Frau Schopper noch da wäre, würde ich sie am liebsten fragen, ob sie das Risiko eingeht, irgendein genverändertes Pflanzenprodukt aus dem Ausland anstelle des Rindfleisches zu bevorzugen. Man darf nichts verteufeln, sondern wir müssen offen in die Zukunft gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir versichern mit diesem gemeinsamen Antrag, dass wir gemeinsam einen Weg beschreiten, der die Qualität aus Bayern hervorhebt, dass wir diesen Weg mit hervorragenden Wissenschaftlern begleiten und in Zukunft der Bevölkerung noch offener sagen werden, wie sich die Dinge verhalten; denn niemand kann für den anderen die Garantie übernehmen: kein Arzt für den Patienten, kein Politiker für das Volk, aber gemeinsam können wir diese schwierige Situation meistern.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Schammann.

Schammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, wer hat die Kuh zur Sau gemacht? Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Wiederkäuer zu Kannibalismus gezwungen!“, „Wie kommt die Laborratte in das Schnitzel?“ usw. So lauten nicht erst seit vorgestern, seit wir den ersten Fall von BSE bei einem hier geborenen Rind haben, die Schlagzeilen in der Presse, sondern so lauten die Überschriften schon seit Mitte der Neunzigerjahre.

(Zuruf von der CSU)

Ich will einige neue Aspekte nennen. Dass es so weit kommen konnte, liegt nicht zuletzt an der Industrialisierung der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie. Es liegt an Schandpreisen für Agrarprodukte und Lebensmittel. Das gesamte konventionelle Lebensmittelge-

werbe ist gezwungen, auch noch den letzten Dreck in die Nahrungskette zu bringen, um etwas zu verdienen. Diese Industrialisierung haben gerade Sie von der CSU und die alte Bundesregierung seit Jahren unterstützt und vorangetrieben. Aber eines wird dabei übersehen: Lebensmittel sind nicht mit Industrieprodukten, wie etwa Schrauben und Autos, vergleichbar, sondern Lebensmittel sind mehr als die Ansammlung einer Menge chemischer Bestandteile.

(Zuruf von der CSU)

Aber genau Sie von der rechten Seite und Ihre Freunde in der Agrarlobby und -industrie reduzieren Lebensmittel und Ernährung auf diese chemischen Formeln. Dadurch gelangen jede Menge Materialien in die Nahrung, die dort nichts zu suchen haben. Auch heute noch finden sich massenhaft Antibiotika, Leistungsförderer, Aromen und Zusatzstoffe ohne ausreichende Kennzeichnung in den Lebensmitteln. Die Entwicklung hin zu billigen Lebensmitteln hat einen hohen Preis. Überschüsse werden mit Milliarden-Aufwand verramscht, Schweinepestzüge und BSE-aufwändige Kontrollen kosten Milliarden-Beträge. Weitere Kosten entstehen für die Vernichtung von Überschüssen, von Risikomaterialien und jetzt wohl auch von Tiermehl. Wer jetzt nicht begreift, dass dies der falsche Weg ist, wird es wohl nie begreifen. Wir brauchen eine andere Art der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion. Dies wäre für die Volkswirtschaften der EU weitaus billiger, als der bisherige Weg der Überschuss- und Massenproduktion sowie der Schandpreise.

Zur Entwicklung im Bund und in Bayern. Seit Mitte der Achtzigerjahre wird nicht nur in England verharmlöst, gelogen, betrogen und verschleiert. Die alte Bundesregierung mit Minister Seehofer hat jahrelang versagt und nicht gehandelt. Noch auf dem Höhepunkt der Krise in Großbritannien 1991 bis 1994 wurden jährlich über 10000 Rinder zur Weitermast nach Deutschland gebracht und über 1000 Tonnen Fleisch zu uns exportiert. Bis heute gibt es keine ausreichenden Kontrollen für importiertes Fleisch usw. Besonders erwähnen möchte ich den Umweg englischer Tiere über Ostländer.

Wenn Ministerpräsident Dr. Stoiber – er ist nicht mehr da – in der letzten Woche das Verhalten der Bundesregierung als Schande bezeichnet hat, muss man das Verhalten der Bayerischen Staatsregierung genauer anschauen. Auch da kommt man nur auf den Nenner – das müssen wir, wenn man die jüngsten Kontrollberichte der EU anschaut, als Schande bezeichnen –; denn von Seiten der EU wurde nachgewiesen, dass 30% der Tiermehlproben in Bayern nicht ausreichend erhitzt waren, sodass für den Verbraucher keine ausreichende Sicherheit gegeben war. 30% der Proben von Tiermehl in bayerischen DBAs wurden beanstandet. Wir haben bereits vor Jahren versucht, Ihnen dies rüberzubringen, indem wir den Energieeinsatz mit den tatsächlich durchgesetzten Mengen verglichen haben. Auch da wurde nachgewiesen, dass weniger Energie verbraucht wurde, als eigentlich hätte verbraucht werden müssen.

Des Weiteren wurde von Seiten der EU festgestellt, dass die hoch gelobten Testreihen für Risikotiere in Bayern

klimmheimlich auf die Hälfte reduziert wurden. Dem Bericht der EU zufolge hat dies das Laborpersonal selbst entschieden, Herren Minister.

(Zuruf von der CSU: Eine Ministerin!)

Wo waren Sie da mit Ihrer Kontrolle und Ihrer Aufsicht? Dass hier jahrelang Verbraucherrechte hinter den Interessen der Lobby der Agrar- und Lebensmittelindustrie zurückstehen mussten, ist eine Schande. Meine Vorredner haben bereits einiges aufgezählt. Wir haben Dutzende von Anträgen für eine vollständige Kennzeichnung von Lebensmitteln abgelehnt bekommen. Ich erinnere an die Diskussion über gentechnikfreie Lebensmittel, welche mit Kennzeichnung sehr viel zu tun hat. Herr Fraktionsvorsitzender Glück, in dieser Diskussion haben Sie gesagt, die Verbraucher hätten kein Recht auf gentechnikfreie Nahrungsmittel. Dies heißt nichts anderes, als dass die CSU bestimmt, was die Bayern essen.

(Widerspruch bei der CSU)

– Dies ist überliefert und kann ich Ihnen auf den Tisch legen. Umso erfreulicher ist es, dass es heute zu einem gemeinsamen Antrag kommt. Dies ist ein erster Schritt. Sie rudern kräftig zurück und dies ist gut so. Sie hätten alles dies schon früher haben können. Jetzt gibt es diesen gemeinsamen Antrag und das Versprechen, mehr Kennzeichnung zu fordern. Ich bin gespannt, wie das Ganze zustande kommt. Vielleicht muss das Thema in den Ausschüssen noch näher erörtert werden. Ich werde genau beobachten, wie weit Sie sich tatsächlich herablassen, den Verbrauchern endlich die ganze Wahrheit über das zu sagen, was sie essen, und den Bauern endlich auf die Packungen schreiben zu lassen, etwa auf die Butter, was tatsächlich drinnen ist.

Wir müssen jetzt weitere Schäden von den Verbrauchern abwenden. Dabei ist es ganz wichtig, dass die gebeutelte Landwirtschaft nicht auf den Kosten für die Beseitigung von Risikomaterial sitzen bleibt. Es ist genauso wichtig, dass im Zusammenhang mit der Tiermehlbeseitigung oder -verwertung der Landwirtschaft keine weiteren Kosten entstehen. Das muss in Bayern, in Berlin und natürlich auch bei der EU durchgesetzt werden. Darüber sind wir uns heute offenbar einig.

Wir brauchen den Ersatz von Tiermehl durch ein Ersatzfuttermittel. Dazu müssen wir verstärkt auf Leguminosen zurückgreifen, aber auch auf Presskuchen, auf Reste der Ölgewinnung, auch auf den Anbau von Raps und Sonnenblumen auf Stilllegungsflächen.

Wir brauchen eine radikale Umkehr in der Agrarpolitik ebenso wie in der Verbraucherpolitik.

(Beifall der Frau Abg. Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir müssen wieder zu einer bodengebundenen Produktion und möglichst weitgehend zum ökologischen Landbau kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Morgen Vormittag haben wir eine Haushaltsdebatte. Dabei steht eine Reihe von Anträgen von uns zur Abstimmung, in denen wir eine stärkere Förderung des

ökologischen Landbaues und mehr Forschung in dieser Richtung beantragt haben. Der Haushaltsausschuss hat das bisher abgelehnt. Vielleicht geben Sie nach der heutigen Debatte Ihrem Herzen einen Stoß und entscheiden sich doch noch dafür, diesen Anträgen zuzustimmen. Das ist der Weg, den die Landwirtschaft braucht. Das ist der Weg, um Ruhe in die Diskussion zu bekommen und den Verbrauchern weitgehende Sicherheit zu bieten mit besten Produkten aus bayerischen Landen. Helfen Sie uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, den ökologischen Landbau voranzubringen; das dient uns allen und besonders den Verbrauchern. – Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Vielen Dank, Herr Kollege Schammann. Der nächste Redner ist Herr Staatsminister Miller. Bitte schön.

Staatsminister Miller (Landwirtschaftsministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit benutzen, noch einmal darauf hinzuweisen, dass ich gestern in meinem Interview im dritten Teil gesagt habe: Der Satz von mir ist so nicht gefallen. In der Presse war geschrieben worden, der Staatsminister könne eine hundertprozentige Sicherheit auf BSE-Freiheit auch für die Zukunft nicht geben. – Ich möchte das klarstellen. Diese Meldung ist sofort korrigiert worden. Ich habe immer darauf hingewiesen, dass wir in Bayern Gott sei Dank keinen Fall von BSE haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben jetzt viel gehört von Anträgen aus dem Jahre 1994, aus dem Jahre 1995, aus dem Jahre 1996 und aus dem Jahre 1997. Ich bin froh darüber, dass man die Diskussion so abgeklärt und auf hohem Niveau führen kann, aber es muss uns doch auffallen, dass es im Jahre 1997 mit Ihren Anträgen zu Ende geht.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das stimmt nicht!)

In dieser Zeit hat die Problematik BSE nicht abgenommen, sondern sie hat sogar zugenommen. Es stellt sich doch die Frage, warum das, was in den Jahren zuvor gefordert wurde, in den Jahren 1998 bis 2000 nicht umgesetzt worden ist.

Ich darf ein Beispiel aus der letzten Woche nennen. Am Dienstag hat das bayerische Kabinett beschlossen, dass Tiermehl EU-weit in der Fütterung verboten werden muss. Am Mittwoch hat Seehofer dies aufgegriffen und dasselbe namens der Bundestagsfraktion gefordert. In dieser Zeit hat sich die Bundesregierung immer noch so verhalten wie zwei Zugtiere, die in die entgegengesetzte Richtung laufen. Der eine hüh, der andere hott. Der Bundeslandwirtschaftsminister hat gesagt, die Tiermehlverfütterung müsse beibehalten werden; die Gesundheitsministerin hat gesagt, sie müsse verboten werden. Ich sage Ihnen ganz offen, ich bin fest davon überzeugt: Wenn das bayerische Kabinett nicht am Dienstag diesen Beschluss gefasst hätte und die Diskussion dadurch in Gang gebracht worden wäre, wäre diese Einflussnahme,

ja diese Koordination nicht eingetreten. Der Kanzler musste in diesem Zwiespalt einmal eingreifen, er musste in dem Laden einmal für Ordnung sorgen.

(Zuruf von der SPD: Das ist sehr wichtig, aber so wichtig nicht!)

Lassen Sie mich noch Stellung nehmen zu dem Vorwurf, dass wir im Zusammenhang mit dem Risikomaterial blockiert hätten. Ich darf Ihnen aus dem Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 17. September 1998 in Jena vorlesen:

Die Agrarministerinnen, Agrarminister und Senatoren der Länder nehmen den Bericht des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Kenntnis.

Jetzt kommt es:

Sie bitten den Bund, weiterhin mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass Deutschland als BSE-freies Land von einer etwaigen EU-Regelung über ungerechte Sonderbehandlung von spezifiziertem Risikomaterial befreit bleibt.

Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen, also mit den Stimmen der SPD-Minister Nordrhein-Westfalens, Schleswig-Holsteins, Niedersachsens, Sachsen-Anhalts, Brandenburgs, Hessens damals, des Saarlandes und Mecklenburg-Vorpommerns. Der Vorwurf, Bayern habe hier blockiert, geht ins Leere, denn die Mehrheit lag damals eindeutig bei den A-Ländern.

Ich möchte zu einem weiteren Punkt Stellung nehmen, weil die Bundesgesundheitsministerin schreibt, ich hätte in einem Brief Druck auf sie ausgeübt. Vor 14 Tagen hat ihr Referent angerufen und gefragt, ob es einen entsprechenden Brief in unserem Haus gebe. Wir haben nachgeschaut. Wir finden keinen Brief. Es gibt ein Ergebnisprotokoll der Agrarministerkonferenz vom 22. September in Regensburg. In dem erwähnten Protokoll heißt es:

Die Agrarministerkonferenz ist der Auffassung, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, damit Deutschland in die Kategorie ‚BSE-frei, eingestuft wird.

Alle Agrarminister waren dieser Auffassung. Danach kam der Zusatz:

Sie sind insbesondere bereit, kurzfristig zu prüfen, ob in Deutschland die BSE-Untersuchungen über die von der EU vorgeschlagene Mindestzahl hinaus deutlich zu erhöhen sind.

An dieser Stelle habe ich folgende Protokollnotiz gemacht:

In der Sache ja, aber formal nicht zuständig, da der Agrarminister in Bayern für Veterinärfragen nicht zuständig ist.

Abschließend noch zu dem, was heute diskutiert wird: Die Bundesgesundheitsministerin hat selbst blockiert

und die A-Länder genötigt, im Bundesrat am 17. März für die Lockerung des Verbots der Einfuhr von britischem Rindfleisch zu stimmen. Wissen Sie, wer nachweislich in Deutschland hierbei an vorderster Front gekämpft hat? Das war unsere Gesundheitsministerin Frau Stamm.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

– Das können Sie überall nachlesen, das ist unbestritten. Auch die Verhandlungen der Bundesgesundheitsministerin mit der Kommission, an der restriktiven Regelung festzuhalten und eine Lockerung des Einfuhrverbots zu verhindern, sind erfolglos geblieben. Nicht wir haben die Einfuhrbestimmungen gelockert, sondern das waren Sie. Wir wollen hier nach vorn diskutieren, aber der Wahrheit zuliebe muss ich die Verdienste von Frau Stamm in diesem Zusammenhang würdigen. Sie können das überall nachlesen. Niemand hat so gekämpft wie sie. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Hartenstein.

Hartenstein (fraktionslos): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, womit wir heute konfrontiert sind, ist das Ergebnis des Versagens auf den verschiedensten Ebenen in den letzten Jahren. Da ist zunächst die Politik zu nennen, insbesondere die Landwirtschaftspolitik, die es nicht fertig gebracht hat, einen Trend zu stoppen, der da lautet, in immer kürzeren Zeiten immer mehr und immer günstiger zu produzieren. Dass das nicht gut gehen kann, wird selbst einem Laien klar werden müssen. Die Ergebnisse liegen heute vor und wir müssen uns permanent mit ihnen beschäftigen.

Nicht nachvollziehbar ist für mich aber auch das Verhalten einiger Wissenschaftler, die es insbesondere in Großbritannien nicht geschafft haben, ihre Erkenntnisse in die Öffentlichkeit zu bringen,

(Beifall der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

deren Erkenntnisse zurückgehalten wurden, möglicherweise manipuliert werden konnten, wenn das, was man heute in der Presse liest, tatsächlich richtig ist.

Enttäuschend ist für mich aber auch das Verhalten vieler Verbraucherinnen und Verbraucher, die zwar bereit sind, jährlich immer größere Beträge für Auto, für Urlaub und für Freizeit auszugeben, aber nicht in gleicher Weise bereit sind, ein paar Pfennig mehr für Produkte auszugeben, die nach Verfahren hergestellt werden, die man wirklich als umweltfreundlich bezeichnen kann.

Versagen gibt es aus meiner Sicht aber auch in Bayern. Da sind zunächst einmal die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion, die gemeinsam immer dann, wenn es nötig ist, ihre Hand schützend über die Landwirtschaft und natürlich auch über den Fleischhandel halten nach dem Motto: Ja keine negativen Schlagzeilen

und ja keine Einbrüche bei den Konsumentinnen- und Konsumentenzahlen.

(Zuruf des Abgeordneten Freiherr von Rotenhan (CSU))

Dass die Kontrollen, die bislang, also in den letzten Jahren, durchgeführt worden sind, absolut nicht ausreichen machen doch Zahlen deutlich, die wieder einmal ins Bewusstsein gerückt werden müssen: 4000 Tiere wurden in Bayern im Verlauf mehrerer Jahre getestet; 1,2 Millionen Rinder werden bei uns pro Jahr geschlachtet – so die Information, die ich vorhin erhalten habe. Wer das weiß und vor die Bürgerinnen und Bürger tritt und behauptet, Bayern sei BSE-frei, so wie das vor wenigen Tagen noch geschehen ist, der handelt wider besseres Wissen oder, um es krasser auszudrücken, der täuscht die Bevölkerung.

Aber auch die Kennzeichnung, die vorhin wiederholt angesprochen worden ist, ist so mangelhaft, dass man sie eigentlich nur als lächerlich bezeichnen kann. Sie alle wissen doch, dass zum Beispiel in Gastronomiebetrieben keine Kennzeichnungspflicht besteht. Sie wissen, dass für die Folgeprodukte des Rindfleisches, beispielsweise für Wurst, im Augenblick keine Kennzeichnungspflicht besteht. Sie wissen, dass über Drittstaaten Produkte auf unserem Tisch landen können, die keiner Kennzeichnungspflicht unterliegen. Dennoch haben Sie es nicht fertiggebracht, gemeinsam mit den anderen Bundesländern dafür Sorge zu tragen, dass dieser Missstand schnellstmöglich abgestellt wird.

Aber auch – und da muss ich Herrn Miller durchaus Recht geben – das, was von Seiten der SPD und der GRÜNEN gekommen ist, bedarf einer kritischen Würdigung. Frau Biedefeld hat Beispiele aus der 12. und 13. Legislaturperiode aufgezählt, Herr Starzmann ebenfalls. Dann ist es still geworden – von einer Ausnahme abgesehen, nämlich der Ausweitung der Tests und vielleicht auch noch der Kennzeichnung –, als es um die 14. Legislaturperiode ging. Warum wohl, muss man in diesem Zusammenhang fragen. Ganz einfach: Falsch verstandene Rücksichtnahme gegenüber den Freundinnen und Freunden in Berlin, die sich in ihren Handlungen um keinen Deut davon unterschieden haben und auch unterscheiden, was vorher von der schwarz-gelben Regierung gemacht worden ist. Das ist Faktum.

Was aus meiner Sicht gefordert werden muss, ist: erstens absolute Transparenz und keine falsche Rücksichtnahme mehr; zweitens sicherlich eine Ausweitung der Testverfahren. Dabei sollte man korrekterweise immer hinzufügen, dass ein solches Verfahren nur das feststellen kann, was das Verfahren selbst hergibt. Im Moment gibt es nicht mehr her als dass man beim Vorliegen eines negativen Befundes sagen kann: Mit den heutigen Mitteln konnten wir kein BSE nachweisen – nicht mehr und nicht weniger. Was wir brauchen, ist eine verstärkte Forschung, um gerade diese Testverfahren zu verbessern, aber natürlich auch, um bei der Prionen-Hypothese weiterzukommen, um Möglichkeiten zu eruieren, wie wir Sorge tragen können, dass Menschen, die mit solch gefährlichem Material in Kontakt kamen, nicht erkranken, beziehungsweise wie künftig Erkrankte therapiert

werden können. Was wir brauchen, ist ein Umdenken in der Landwirtschaft: Mehr ökologische Landwirtschaft, das heißt eine Landwirtschaft, die Natur, Umwelt und Gesundheit in den Vordergrund stellt und nicht das Geld, das Wirtschaften. Ich füge ausdrücklich dazu, dass ich die Zwänge, unter denen die Landwirtschaft steht, durchaus sehe.

(Freiherr von Rotenhan (CSU): Das ist das Allerneueste!)

– Ich habe nie etwas anderes gesagt; aber Sie hören meist nicht zu; deshalb können Sie das sicherlich auch nicht wissen.

Ein letzter Gesichtspunkt: Selbstverständlich bedarf es auch eines Umdenkens der Verbraucherinnen und Verbraucher. Dies kann nicht oft genug betont werden. Wir müssen bereit sein, mehr Geld für Nahrungsmittel auszugeben, die nach Gesichtspunkten erzeugt worden sind, die man als umweltverträglich bezeichnen kann.

Ich war schon ein bisschen enttäuscht, als ich vor einigen Wochen den Landtags-Server nach Initiativen der drei Fraktionen zu BSE in dieser Legislaturperiode abgefragt habe. Es gab fast nichts. Ich haben dann selbst mehrere Anträge – Drucksachennummern, wenn ich sie richtig in Erinnerung habe, 14/4335 bis 14/4340 – eingereicht, die bis heute nicht behandelt sind. Dabei ging es um ein Verbot der Verfütterung des Tiermehls, um ein Exportverbot für Rinder und Schafe, um die Verbesserung der Kennzeichnung, aber auch um Berichte der Staatsregierung, welche Produkte eigentlich gefährlich sein können und welche Übertragungswege bestehen. Ich hoffe, dass Sie all diese Anträge unterstützen – ich werde Ihrer Initiative heute ebenfalls zustimmen, weil zumindest erkennbar ist, dass man jetzt gemeinsam versucht, in der Sache doch weiterzukommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die Aussprache ist damit geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nunmehr Frau Staatsministerin Stamm das Wort. Bitte schön.

Frau Staatsministerin Stamm (Sozialministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erfreulicherweise haben sich die Fraktionen im Bayerischen Landtag auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt. Auch in der Debatte ist deutlich gemacht worden, dass dies im Interesse der Verbraucher ist und mit Sicherheit einen Hinweis nach außen gibt, dass wir uns in so wichtigen Fragen einig sind. Sie haben auch festgestellt, dass Ihre Auffassungen mit dem übereinstimmen, was in der heutigen und in der letzten Kabinettsitzung beschlossen worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren und Kolleginnen und Kollegen der Opposition, nachdem Sie es aber trotz der Gemeinsamkeit nicht lassen konnten – natürlich ist es Aufgabe der Opposition, auf Dinge hinzuweisen, die in der Vergangenheit stattfanden; das sehe ich auch ein und nehme ich auch hin –, wieder Schuldzuweisun-

gen vorzunehmen, kann auch ich Ihnen einige Bonbons aus der Vergangenheit leider nicht ersparen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

– Frau Kollegin Biedefeld, Sie sprechen jetzt vom Protokoll; ich weiß nicht, ob Sie meine heutige Rede oder die Kritik der Umweltministerin Nordrhein-Westfalens, Bärbel Höhn, verwechselt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Strasser (SPD))

– Ich habe Ihnen auch in Ruhe zugehört; dies müssen Sie dann aus Gründen der Fairness bitte auch tun.

Frau Kollegin Biedefeld hat mir vorgeworfen, ich hätte die EU oder diejenigen, die kontrolliert haben, kritisiert. Ich habe das in keiner Weise getan. Ich habe ganz nüchtern festgestellt, dass es keinen Bericht gibt, dass es keinen Zwischenbericht gibt, dass wir noch nicht zur Stellungnahme aufgefordert worden sind. Ich habe Ihnen gesagt: Es gibt ein internes Protokoll, das im Besitz einer Zeitung ist, aber uns nicht zur Verfügung gestellt wurde, obwohl wir darum gebeten haben.

Frau Kollegin, ich habe dann ganz sachlich festgestellt, was aus meiner Sicht aufgrund des Kontrollbesuchs festzustellen ist. Ich habe daran keine Kritik geäußert. Lesen Sie einmal die Stelle des Bundesratsprotokolls nach, wo die Umweltministerin von Nordrhein-Westfalen zum Besuch der Kommission Stellung genommen hat. Hier können Sie von einer Kritik sprechen. Nach dem Bundesratsprotokoll vom 10. November sagte Bärbel Höhn:

Ich finde es sehr interessant, was in einem Artikel in der „Welt“ von heute über den Besuch der Bundesgesundheitsministerin bei Kommissar Byrne festgestellt wird. Es würde mich wundern, wenn Herr Byrne das gesagt hat; denn ich habe ihn als einen Menschen erlebt, der zwar manchmal eine andere Meinung hat als ich, aber trotzdem seriös handelt. Nach dem Artikel in der „Welt“ soll Herr Byrne gesagt haben, dass das, was in Deutschland getan werde, eigentlich nur ein Saubermann-Image suggeriere, das wir aber gar nicht hätten. Er bezieht sich auf die knapp 5000 Tests, die in Nordrhein-Westfalen durchgeführt worden sind und erhebt zwei Vorwürfe: Erstens. Die meisten der 5000 BSE-Tests seien an zu jungen Rindern vorgenommen worden. Zweitens. Mehr als ein Drittel der Proben sei verrotten in den Prüflabors angekommen.

Dazu muss ich sagen: Wenn jemand derart unsinnige Vorwürfe erhebt, dann muss er ganz schön in der Breddouille sein.

Wenn also Bärbel Höhn den Kontrollbesuch in dieser harschen Art und Weise anzweifelt und als nordrhein-westfälische Umweltministerin zu diesem Besuch in dieser Weise Stellung nimmt, muss es doch zumindest möglich sein, heute in diesem Parlament darzustellen, wie wir die Dinge gehandhabt haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte Ihnen sagen, wie sich die Situation aus unserer Sicht darstellt: Die Europäische Union hat uns vorgegeben, dass wir bestimmte Risikogruppen zu untersuchen haben. Uns wurde heute vorgeworfen, dass wir keine Untersuchungen gemacht hätten. Wir haben keine Untersuchungen an gesunden Tieren vorgenommen. Solche Untersuchungen hat noch niemand gemacht.

(Frau Biedefeld (SPD): Woher wissen Sie, was gesund und was nicht gesund ist?)

Diese Risikogruppen sind zum Beispiel Tiere mit zentral nervösen Störungen. Man geht davon aus, dass diese Tiere klinisch BSE-verdächtig sind. Die zweite Risikogruppe sind krank geschlachtete Tiere. Außerdem sollten Tiere getestet werden, die aus Staaten mit erhöhtem BSE-Risiko stammten. Eine weitere Gruppe sind Tiere mit verzögertem Krankheitsverlauf. Außerdem müssen Rinder getestet werden, denen Tiermehl gefüttert wurde. Die letzte Gruppe sind die Nachkommen von BSE-kranken Tieren. In Bayern ist noch kein derartiger Fall aufgetreten.

Die EU hat diese sechs Gruppen definiert und gesagt, dass wir aus diesen sechs Gruppen Stichproben zur Testung nehmen sollen. Uns wurde vorgegeben, dass wir aus diesen sechs Testgruppen 195 Rinder zu testen haben. Die EU hat nicht gesagt, dass wir bei den Tests Schwerpunkte setzen sollen oder aus dieser oder jener Gruppe eine bestimmte Anzahl von Tieren zu testen hätten. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, daraufhin haben wir uns entschlossen, dass wir schwerpunktmäßig Tiere mit zentral nervösen Störungen testen, also Tiere, die klinisch BSE-verdächtig sind. Von diesen Tieren haben wir 190 getestet, was zirka 90 % entspricht. Ich glaube, dass es richtig war, dass wir diesen Schwerpunkt gesetzt haben, nachdem uns die EU keine entsprechenden Vorgaben gemacht hat. Die übrigen 10 % entfielen auf die krank geschlachteten Tiere. Insgesamt haben wir im Jahre 1999 211 Tiere untersucht, obwohl wir nur 195 Tiere hätten untersuchen sollen. Das darf ich heute doch wohl sagen.

Sie behaupten, wir hätten nach veralteten Methoden getestet.

(Frau Biedefeld (SPD): Das hat die Behörde festgestellt!)

Ich weiß nicht, wie man zu einer solchen Meinung kommen kann. Ich möchte dazu sachlich feststellen: Die EU hat zwei Referenzmethoden, nach denen getestet werden soll. Die eine ist die histologische Untersuchung und die andere ist die Untersuchung nach Western-Blot. Die Untersuchung nach Western-Blot wird allerdings nur in Tübingen durchgeführt. Deshalb haben wir bisher eine histologische Untersuchung vorgenommen. Frau Kollegin Biedefeld, dieser Test ist nach wie vor aktuell. Er ist nicht überholt.

Jetzt sollen die Schnelltests eingeführt werden. Der Schnelltest der Firma BioRad ist überhaupt noch nicht zugelassen, sondern er steht in Deutschland erst kurz vor der Zulassung. Im Jahre 1999 bis heute haben wir also Untersuchungen mit einem Test durchgeführt, der

aktuell gewesen ist. Von den Schnelltests, die jetzt eingeführt werden sollen, ist der eine erst vor wenigen Monaten zugelassen worden und der andere steht vor der Zulassung. Somit kann ich das Argument, dass wir nach veralteten Methoden getestet hätten, mit den Tatsachen entkräften. Diese Information habe ich heute dem Parlament gegeben. Ich denke, dass das Parlament einen Anspruch darauf hat.

Sie haben heute massive Vorwürfe gegen den Ministerpräsidenten erhoben. Herr Staatsminister Miller hat bereits darauf hingewiesen. Sie können doch nicht die Bayerische Staatsregierung oder den Ministerpräsidenten kritisieren, wenn er der Bundesregierung vorwirft, dass sie, was die Lockerung des Importverbots angeht, leichtfertig gehandelt habe. Die Bundesregierung hat leichtfertig gehandelt. Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN des Deutschen Bundestages hat eine grüne Abgeordnete aus dem Ausschuss zurückgezogen, weil sie mit der Unionsfraktion gestimmt hat, dass das Importverbot nicht gelockert werden sollte. Sie hat die Auffassung vertreten, dass Deutschland zusammen mit Frankreich eine Klage gegen die EU erheben sollte. Die Koalition hat eine Kollegin aus dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages zurückgezogen und durch eine andere Kollegin ersetzt, damit die Mehrheit der Koalition gewahrt blieb. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es tut gut, dass wir heute einen gemeinsamen Antrag haben.

(Beifall bei der CSU)

So, wie Sie sich in dieser Debatte verhalten haben, muss es uns möglich sein, dazu Stellung zu nehmen. Ich möchte noch einmal Frau Höhn zitieren. Frau Höhn plädierte in der „Welt am Sonntag“ ebenfalls für Importverbote, notfalls im Alleingang der Bundesregierung. Bei der Aufhebung des Verbots gegenüber Großbritannien sei diese nicht konsequent gewesen, kritisierte die grüne Politikerin. Vor nötigen Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Union scheue sie nicht zurück und verstehe in diesem Punkt auch nicht die Bundesregierung. Die Tatsache, dass diese in anderen Bereichen bereit sei, Vertragsverletzungen zu akzeptieren, zeige, dass dem Verbraucherschutz immer noch eine geringere Priorität zugemessen werde als anderen Wirtschaftsbereichen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat nichts anderes gesagt. Er hat in dieser Frage zu dieser Bundesregierung inhaltlich das Gleiche wie die nordrhein-westfälische Umweltministerin gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte am Schluss meiner Rede noch ein Bonbon draufsetzen, damit Sie sehen, wie es mit der Bundesgesundheitsministerin gewesen ist.

Die Bundesgesundheitsministerin hat sich überlegt – das ist interessant –, was sie machen soll, wenn die Bundesländer der Aufhebung des Einfuhrverbotes für britisches Rindfleisch nicht zustimmen. Sie hat gemeint, wenn das passiert, schaden die Länder letztendlich den Verbrauchern. In den Verhandlungen mit Brüssel sei nämlich die Kennzeichnung des britischen Rindfleisches

durchgesetzt worden. Bis zum heutigen Tag haben wir davon noch nichts erlebt und gesehen. Jetzt kommt es: Fischer warnte die Länder auch vor finanziellen Folgen. Bei einem Nein im Bundesrat drohe uns ein Verfahren wegen Vertragsverletzung. Sie lasse zur Zeit prüfen, in welchem Umfang – es sind immerhin bis zu 1,5 Millionen DM pro Tag – die Länder an Strafe zahlen müssten. Meine Damen und Herren, wenn eine Bundesgesundheitsministerin solche Überlegungen anstellt, wie sie mit den Ländern umgehen wird, wenn im Bundesrat keine Mehrheit für die Lockerung des Importverbotes zustande kommt, sollten sie still im Glashaus sitzen bleiben.

(Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

Ich bin froh, dass wir heute diesen Antrag gemeinsam verabschieden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Ich lasse jetzt über den interfraktionellen und mitberatenden Dringlichkeitsantrag, betreffend Bekämpfung der Rinderseuche BSE, auf der Drucksache 14/5085 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Abgeordneter Hartenstein (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthalten? – Keine. Einstimmig so beschlossen.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1

Haushaltsplan 2001/2002;

Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit

Das Wort hat die Frau Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Frau Staatsministerin Stamm (Sozialministerium): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein wirtschaftlich erfolgreiches und soziales Land, das seinen Bewohnern günstige Zukunftsperspektiven bietet. Die Menschen, die bei uns in Bayern leben, wissen dies zu schätzen und haben Vertrauen in unsere Sozialpolitik. Unser Sozialhaushalt, der Ihnen heute zur Beschlussfassung vorliegt, steht für Fortschritt, für Integration und für soziale Gerechtigkeit.

Dagegen steht die Sozialpolitik des Bundes für Stagnation in der Beschäftigungspolitik, Ausgrenzung durch Zwei-Klassen-Medizin und soziale Schieflage in der Familien- und Rentenpolitik. Wir treten ein für Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Unsere Sorgen gelten Menschen ohne Arbeit, Menschen mit

Behinderung, Familien, Frauen sowie älteren, kranken und pflegebedürftigen Personen. Unser Ziel ist es, Menschen bei der Bewältigung von schwierigen Lebenssituationen zu unterstützen und allen Zugang zu beruflicher Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung zu gewähren. Dafür wenden wir in den nächsten beiden Jahren rund 7,6 Milliarden DM auf. Bewährtes unserer Sozialpolitik können wir damit fortführen und Neues auf den Weg bringen. Den dazu notwendigen Gestaltungsspielraum haben wir vor allem durch die beträchtliche Ausweitung der freiwilligen Leistungen um jährlich rund 46 Millionen DM auf insgesamt fast 800 Millionen DM im vorliegenden Doppelhaushalt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich weiß, dass Sie gerne den Sozialbericht zitieren, um Ihrer Behauptung von der angeblich mangelhaften Sozialpolitik der Staatsregierung Nachdruck zu verleihen. Doch nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass auch dieser Doppelhaushalt Ausdruck unserer sozialpolitischen Verantwortung gegenüber all den Menschen ist, die unserer Solidarität bedürfen. Wir reduzieren die Arbeitslosigkeit, bekämpfen Armut und verbessern die Situation der Familien.

Arbeit ist für die Menschen die Quelle für Wohlstand und Garant für gesellschaftliche Teilhabe. Bayerns Arbeitslosenquote ist im Oktober mit 4,7% bundesweit am niedrigsten. Wir haben außerdem bundes- und sogar europaweit die niedrigste Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen, bundesweit die niedrigste Arbeitslosenquote bei den Ausländern sowie den geringsten Anteil an Langzeitarbeitslosen. Mehr als die Hälfte der Arbeitsamtsbezirke sind von faktischer Vollbeschäftigung nicht mehr weit entfernt. Bayern ist die Beschäftigungsmotivkraft in Deutschland. Fast ein Viertel des Beschäftigungszuwachses und rund ein Fünftel des Abbaus der Arbeitslosigkeit in den alten Ländern gegenüber dem Vorjahr entfallen auf Bayern.

Diese hervorragende Arbeitsmarktbilanz ist nicht das Verdienst der Bundesregierung. Bayern hat die Trendwende vielmehr aus eigener Kraft geschafft.

(Werner (SPD): Durch die Trendwende in Deutschland!)

Schon Mitte 1998 gelang uns ein Zuwachs bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, während im Bundesdurchschnitt die Zahl der Beschäftigten immer noch sank.

(Dr. Kaiser (SPD): Wer hat 1998 denn noch regiert?)

Der Beschäftigungsaufbau des Bundes resultiert im Übrigen vor allem auf der besseren Erfassung der 630-Mark-Beschäftigungsverhältnisse.

(Wahnschaffe (SPD): Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Die Dynamik beim Abbau der Arbeitslosigkeit ist in Bayern im Durchschnitt wesentlich stärker ausgeprägt als im Bundesgebiet. Dieser Erfolg basiert auf der Investitionstätigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen,

auf der Bereitschaft von Mittelstand und Handwerk, Lehrstellen und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, und nicht zuletzt auf der langjährigen konsequenten Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Staatsregierung. Wir investieren in die Schlüsseltechnologien der Zukunft, kooperieren erfolgreich mit den Sozialpartnern im Beschäftigungspakt Bayern und flankieren unsere Beschäftigungspolitik gezielt mit arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen aus Mitteln des Haushalts, des Arbeitsmarktsfonds und des Europäischen Sozialfonds. Insgesamt können wir damit in den nächsten Jahren rund 370 Millionen DM für die Arbeitsmarktpolitik einsetzen. Wenn Sie von der Opposition dem bayerischen Arbeitsmarkt zusätzlich etwas Gutes tun wollen, dann wirken Sie auf die Bundesregierung ein, dass sie die steuerliche Benachteiligung des Mittelstands und des Handwerks beseitigt, den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung senkt,

(Zuruf des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD))

statt Ihren Bundeshaushalt auf Kosten der Beitragszahler zu entlasten, und den Arbeitsmarkt flexibilisiert, statt noch stärker zu regulieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, ich weiß natürlich, mit welchem Einwand Sie jetzt noch kommen. Aber da halte ich Ihnen entgegen, dass sich das Nord-Süd-Gefälle in den letzten Jahren kontinuierlich verringert hat. 1980 schwankten die Arbeitslosenquoten der Regierungsbezirke zwischen 57 % über und 26 % unter dem Landesdurchschnitt. 1999 bewegen sich die Quoten nur noch innerhalb einer Spanne von plus 28 % und minus 19 %. Wir kennen die noch verbliebenen Schwachstellen des Arbeitsmarktes in Bayern und wissen genau, wo wir ansetzen müssen. Wir richten unsere Arbeitsmarktprogramme gezielt auf die Problemregionen aus und steuern einem künftigen Fachkräftemangel entgegen. Angesichts des demographischen Wandels haben wir im Rahmen des Arbeitsmarkts Strategien entwickelt, um die älteren Arbeitnehmer stärker als bisher in das Erwerbsleben einzubinden. Fachkräftemangel, Weiterbildung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sind die zentralen Themen im Beschäftigungspakt Bayern. Dieser Pakt ist nach wie vor einzigartig, und es wäre viel gewonnen, wenn das Bündnis für Arbeit auf Bundesebene nur annähernd so konkrete Ergebnisse zeitigen würde.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine Familie mit Kindern ist das Lebensziel der allermeisten jungen Menschen. Doch in der Realität bleibt der mehrfache Kinderwunsch oftmals hinter den ursprünglichen Erwartungen an die persönliche Lebensgestaltung zurück. Junge Frauen und Männer wollen heute beispielsweise Beruf und Familie miteinander verbinden. Unser Ziel ist es deshalb, eine größtmögliche Wahlfreiheit zwischen Erwerbstätigkeit und Familienarbeit herzustellen. Wir betreiben eine verantwortungsbewusste Familienpolitik, die gesellschaftliche Veränderungen aufgreift und an die tatsächlichen Bedürfnisse der Familien Schritt für Schritt anpasst.

Auch in diesem Doppelhaushalt machen wir unser Versprechen wahr und nehmen im Gegensatz zu anderen Ländern die Familien von Einsparungen aus. Für die Förderung der Familien stehen jährlich mehr als 1,2 Mil-

liarden DM zur Verfügung. Das ist fast jede dritte Mark des Sozialhaushalts.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Gegenüber 1990 haben wir damit die familienpolitischen Leistungen sogar verdreifacht – eine gewaltige Leistung, die zeigt, dass wir unsere politische Verantwortung für die Familien sehr ernst nehmen.

Ein zentraler Baustein ist für uns die Kinderbetreuung. Hier haben wir schon gute Fortschritte gemacht. Ich sage bewusst, hier haben wir gute Fortschritte gemacht, das heißt nicht, dass wir nicht noch weitere gute Fortschritte machen wollen. Wir haben eine nahezu flächendeckende Versorgung mit Kindergartenplätzen. Die Öffnungszeiten sind flexibilisiert und dort, wo die Zahl der Kinder zurückgeht, können jüngere und ältere Kinder mitbetreut werden. Wir werden in den nächsten beiden Jahren die Kinderbetreuung weiter ausbauen. Allein für die Horte stehen 10 Millionen DM mehr zur Verfügung.

(Frau Berg (SPD): Das war auch längst Zeit!)

Konkurrenzlos in der bundesdeutschen Landschaft ist unser Landeserziehungsgeld. Wir werden es in wesentlichen Punkten verbessern und dadurch den Eltern die Entscheidung für die familiäre Erziehung erleichtern. Wir haben beschlossen, die Einkommensgrenzen im gleichen Umfang zu erhöhen, wie der Bund dies beim Bundeserziehungsgeld getan hat. Ab dem dritten Kind legen wir 100 DM drauf und öffnen das Landeserziehungsgeld auch für ausländische Familien. Das ist ein eindrucksvoller Betrag zur Ausländerintegration. Dafür sind wir zwar nicht von der Opposition in diesem Hause gelobt worden – vielleicht werden wir es heute –, zumindest aber der DGB Bayern hat uns gelobt. Und das ist auch etwas.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie täten gut daran, sich mit Ihrer überzogenen Kritik an unserer Familienpolitik etwas zurückzunehmen. Ich verlange schon gar nicht, dass Sie Ihre Kritik ganz zurücknehmen, aber vielleicht nehmen Sie sie etwas zurück. Schon das wäre ein Fortschritt. Ich bin sehr gespannt darauf, Herr Kollege Wahnschaffe. Ich hoffe, Sie enttäuschen mich nicht.

Wenn Sie behaupten, dass in Bayern immer noch zu wenig für die Familien geschieht, dann schauen Sie sich doch einmal in den anderen Ländern um, wie es dort aussieht. Kein SPD-geführtes Bundesland bietet seinen Familien ein Landeserziehungsgeld an. Andere Bundesländer mussten in der Vergangenheit Abstriche bei den Qualitätsstandards und Personalkostenzuschüssen für die Kindergärten machen. In welchem Land gibt es denn eine höhere Förderung der Mütterzentren als bei uns in Bayern?

Die Familienpolitik der Bundesregierung, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ist keineswegs so vorbildlich, wie Sie uns immer glauben machen wollen. Kenner der Materie halten die Politik der Bundesregierung für „familienblind“ und attestieren ihr

eine gewaltige „familienpolitische Schlagseite“. Ich spreche bewusst von Kennern der Materie und nicht von der Bayerischen Staatsregierung. Die Anhebung der Einkommensgrenzen beim Bundeserziehungsgeld und die Erhöhung des Kindergeldes um 50 DM machen alleine noch keine familien- und kinderfreundliche Politik aus. Den Vergünstigungen für die Familien sind nämlich alle Belastungen gegenzurechnen, die die Bundesregierung durch ihre Politik verursacht hat. Die Steuerreform entlastet Single-Haushalte durchschnittlich doppelt so stark wie Verheiratete mit zwei Kindern. Die Verteuerung der Energiepreise durch die Ökosteuern schlägt voll auf die Familien durch. Die geplante Rentenreform bleibt weit hinter den gesteckten Erwartungen zurück. Schlimm genug ist das dauernde Hin und Her in den eigenen Reihen der Regierungskoalition. Schon in der seriösen Presse ist von der „Rentenchaos-Truppe“ die Rede – dieser Ausspruch stammt nicht von der Bayerischen Staatsregierung. Schwerer wiegt jedoch noch, dass ein Zuschuss von 7,50 DM pro Kind für die private Altersvorsorge zu gering ist. Wie soll sich damit eine Familie die Privatvorsorge leisten können?

Und obendrein relativiert das Lebenspartnerschaftsgesetz den besonderen Schutz von Ehe und Familie und gibt sie der Beliebigkeit preis. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, sorgen Sie in Berlin dafür, dass endlich eine Politik für die Familien in unserem Lande gemacht wird. Erst dann können Sie sich mit dem Freistaat Bayern und mit der Bayerischen Staatsregierung auseinandersetzen.

(Beifall bei der CSU)

Die werteorientierte Erziehung junger Menschen ist das Recht und zugleich die vornehmste Pflicht der Eltern. Wir wollen dazu beitragen, dass junge Menschen dazu befähigt werden, ihr Leben selbständig und eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen. Mit der Aufstockung des Etats um insgesamt 2 Millionen DM können wir die Jugendhilfe nicht nur auf einem hohen Niveau fortführen, sondern auch neue Projekte anstoßen. Einen wichtigen Schwerpunkt setzen wir bei der Gewaltprävention. Wir werden insbesondere die Medienkompetenz von jungen Menschen und ihren Eltern stärken. Dazu werden wir beispielsweise die Personalkostenförderung bei der Aktion Jugendschutz Bayern erhöhen und die Zahl der geförderten Projekte der Jugendsozialarbeit an den Schulen verdoppeln.

Mehr Chancengleichheit in Alltag und Beruf wollen wir auch für Frauen in Bayern erreichen. Dabei setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation, auf Bewusstseinswandel statt Quoten und auf Einsicht und partnerschaftliches Verhalten statt auf Sanktionen. Unser Ansatz hat sich bewährt. Eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung ist für junge Frauen heute eine Selbstverständlichkeit. Die Arbeitslosenquote bei den Frauen liegt weit unter dem Bundesdurchschnitt West. Gleichzeitig ist die Erwerbsquote in Bayern im Vergleich zu den anderen Flächenländern am höchsten. Unser Gleichstellungsgesetz haben wir erfolgreich umgesetzt. Dass es positiv auf die Privatwirtschaft ausstrahlt, hat sich auf dem diesjährigen Frauenkongress gezeigt. Immer mehr Unternehmen entdecken für sich die Gleichstellung als einen Vor-

teil im globalen Wettbewerb. Beeindruckend ist die Vielfalt der Konzepte und Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit im Betrieb, die kleinere, mittlere und große Unternehmen aus den verschiedensten Branchen auf dem Kongress präsentiert haben. Als ein Bremsklotz wird sich dagegen das geplante Gleichstellungsgesetz der Bundesregierung für die Privatwirtschaft mit seinen rigiden Vorgaben erweisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einen großen Sprung nach vorne machen wir in der Verbesserung der sozialen Infrastruktur für Menschen mit Behinderung. An dieser Stelle möchte ich ganz herzlich den Mitgliedern der CSU-Landtagsfraktion – allen voran dem Fraktionsvorsitzenden und den Mitgliedern des Haushaltsausschusses – dafür danken, dass sie dieses beispiellose Investitionsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 75 Millionen DM aufgelegt haben. Dadurch können wir circa 700 qualifizierte Heimplätze schaffen, die eine angemessene Unterbringung, Pflege und Betreuung bieten. Mit diesem Sonderinvestitionsprogramm können 700 zusätzliche Heimplätze geschaffen werden. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, weil wir damit für Behinderte und ältere Menschen ein Zeichen setzen, dass wir uns auch dann um sie kümmern, wenn sie nicht mehr bei ihren Familien leben können. Unabhängig davon bestehen wir aber darauf, dass sich auch der Bund zu seiner Verantwortung für Menschen mit Behinderung bekennt und sich nicht aus der Förderung von Werkstätten und Wohnheimen für Behinderte zurückzieht. Ich hoffe, dass er insofern sein Versprechen einhält.

Dank der Initiative der CSU-Landtagsfraktion können wir nicht nur die Investitionsförderung, sondern auch die offene Behindertenhilfe stärker unterstützen. Wir heben die Förderpauschale für die Personalkosten an und bauen die Dienste der offenen Behindertenarbeit dort weiter aus, wo vereinzelt noch regionale Lücken bestehen.

Außerdem werden wir zur Verbesserung der Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung die Integrationsfachdienste flächendeckend ausbauen und im öffentlichen Dienst die Stellen, die für die Beschäftigung Schwerbehinderter reserviert sind, nochmals erhöhen. Diese Maßnahmen haben sich bewährt.

Herzlich danken möchte ich an dieser Stelle auch der Behindertenbeauftragten der Staatsregierung, Frau Ina Stein, für ihre hervorragende Arbeit und ihren unermüdeten Einsatz zugunsten der Anliegen von Menschen mit Behinderung.

(Beifall des Abgeordneten Herbert Fischer (CSU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Menschen, die nicht mehr für sich selbst sorgen können, vertrauen darauf, in einem Heim in Würde wohnen und leben zu können. Leider gibt es hier immer noch Defizite. Deshalb haben wir die Einrichtung „Bayerische Netzwerk Pflege“ weiter ausgebaut und ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Pflegesituation in den Heimen erarbeitet, das die Finanzierung von 6000 zusätzlichen Pflegekräften in Bayern möglich macht.

Nun wird vonseiten der Opposition immer wieder reklamiert, dass nur sie allein Anwalt der Pflegebedürftigen wäre. Dahinter steckt jedoch nicht mehr als heiße Luft. Statt Ursachenforschung zu betreiben, muss der Bund jetzt handeln. Die Bundesregierung hat zwar einen Gesetzentwurf zur Qualitätssicherung vorgelegt, sie ignoriert aber weiterhin das Problem, dass entscheidende Verbesserungen in der Pflege erst dann möglich sind, wenn die Pflegeversicherung entsprechend geändert und mehr Geld zur Verfügung gestellt wird.

(Wahnschaffe (SPD): Wann wurde das denn eingeführt!)

– Herr Kollege Wahnschaffe, statt die Finanzierungsgrundlagen der Pflegeversicherung zu erweitern, werden hier jährlich mindestens 400 Millionen DM entzogen und der Sparpolitik des Bundesfinanzministers geopfert. Das ist Geld, das wir dringend für die Verbesserung der Pflegesituation bräuchten! Wenn Sie wenigstens dafür sorgen würden, dass wir das Geld zurückbekommen, das der Pflegeversicherung zusteht.

(Beifall bei der CSU)

Nicht nur in der Pflegeversicherung, sondern auch in der gesetzlichen Krankenversicherung besteht akuter Handlungsbedarf. Unser oberstes gesundheitspolitisches Ziel ist es, jedem – unabhängig von seiner sozialen Stellung und seiner finanziellen Leistungsfähigkeit – Zugang zu einer optimalen medizinischen Versorgung zu verschaffen. Damit wir das hohe Niveau unserer Gesundheitsversorgung aufrechterhalten können, geben wir für die Krankenhausförderung mit 1,2 Milliarden DM bundesweit am meisten aus. Unser Versorgungsniveau für Schlaganfallpatienten und für Schädel-Hirn-Verletzte beispielsweise ist vorbildlich. Mit Hilfe der Privatisierungserlöse bringen wir die Entwicklung und Anwendung der Telemedizin zum Nutzen der Patienten weiter voran. Der ungehinderte Zugang zur Gesundheitsversorgung auf höchstem Niveau wird jedoch massiv durch die Budgetierungspolitik der Bundesregierung gefährdet. Die Leidtragenden sind Patienten und Leistungserbringer gleichermaßen. Die einen bekommen die ersten Anzeichen einer schleichenden Rationierung vor allem bei den Arzneimitteln zu spüren, den anderen wird zugemutet, ihre Patienten kostenlos zu behandeln.

Damit aber nicht genug. Durch die falschen Weichenstellungen der Bundesregierung in der Gesundheitspolitik, die keine Rücksicht auf die Interessen der bayerischen Versicherten nimmt, stehen uns erhebliche Beitragssatzsteigerungen ins Haus. Das hat die Bundesregierung zu verantworten. So müssen die bayerischen Versicherten zusehen, wie enorme Summen an Beitragsgeldern durch die Ausweitung des Risikostrukturausgleichs abfließen, wie im Zuge der Rentenreform die Krankenversicherung zusätzlich belastet und wie der Krankenversicherung durch die Senkung des Bundeszuschusses für Arbeitslosenhilfeempfänger erhebliche Einnahmen verloren gehen. Für mich liegt die Lösung auf der Hand: Die Budgets müssen schleunigst weg.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

Der Risikostrukturausgleich muss wieder auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden. Ich sage nicht, dass er abgeschafft werden muss, aber er muss auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden. Schließlich muss Schluss sein mit den Verschiebebahnhöfen zu Lasten der Krankenversicherung. Was wir brauchen, ist ein sozialverträglicher Umbau im System. Ich will weder einen ungezügelter Wettbewerb noch eine völlige Wahlfreiheit. Notwendig ist vielmehr eine Gesundheitspolitik, die den Menschen zutraut, Verantwortung zu übernehmen und ihre Absicherung nach individuellen Plänen zu gestalten.

Unterschiedlicher Auffassung, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir nicht nur hinsichtlich des Gesundheitswesens, sondern auch in Bezug auf Sucht und Drogen. Wir halten an unserer bewährten Suchtpolitik fest, die auf Prävention, Hilfe für Suchtkranke und auf die Einschränkung verfügbarer Suchtmittel setzt. Es sollte auch Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, nachdenklich stimmen, wenn selbst Kenner der Drogenszene in Holland das Scheitern ihrer Drogenpolitik zugeben. Holland hat sich mittlerweile zum europäischen Drogenexportland Nummer 1 entwickelt. Eine Politik, die die Abhängigkeit fördert, ist zutiefst inhuman, wie nicht zuletzt die sozialdemokratische Regierung in Schweden betont. Gehen Sie doch einmal nach Schweden, dort will man von Coffee-Shops oder Heroinabgaben nichts wissen. In Schweden haben Sie ein weitaus strengeres Methadon-Programm, als wir es in Deutschland oder hier in Bayern haben. Dort könnten Sie einmal eine Anleihe nehmen, in einem Land, das nicht von einer christlich-demokratischen Regierung geführt wird.

(Wahnschaffe (SPD): Schon gar nicht von einer christlich-sozialen!)

Sie können sich einmal anschauen, wie man dort zu diesen Fragen steht. Wir wollen deshalb keine Fixerstuben, keine Heroinvergabe und auch keine Legalisierung weicher Drogen. Um dem Anstieg der Drogentoten in den Ballungsräumen entgegenzusteuern, werden wir die niedrigschwelligen Angebote weiter ausbauen und vor allem die Hilfsmöglichkeiten für Schwerstabhängige verbessern.

Wie human und sozial eine Gesellschaft tatsächlich ist, hängt, verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor allem davon ab, inwieweit die Menschen dazu bereit sind, sich selbst einzubringen und für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Eine solch aktive Bürgergesellschaft ist das gesellschaftliche Modell der Zukunft, weil nur sie die Kraft hat, unser Gemeinwesen lebenswert, transparent und menschlich zu erhalten.

Bürgerschaftliches Engagement gibt es bereits in vielen Bereichen. Außergewöhnlich ist beispielsweise das Engagement der Hospizbewegung. Wir fördern den Hospizgedanken mit Haushaltsmitteln und Privatisierungserlösen. Wir unterstützen die Arbeit der ehrenamtlichen Hospizhelfer, die Errichtung stationärer Hospize und Palliativstationen sowie die Fort- und Weiterbildung haupt- und ehrenamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Die Mittel dafür sind gut angelegt.

Außerdem wollen wir das Stiftungswesen weiter ausbauen. Im nächsten Jahr wird die neue Stiftung „Bündnis für Kinder – gegen Gewalt“ ihre Arbeit aufnehmen. Anliegen der Stiftung ist es, junge Menschen durch präventive Maßnahmen vor Gewalt zu schützen und für mehr Zivilcourage in der Bevölkerung zu werben. Von dieser Stiftung erwarte ich eine landesweite Signalwirkung im Kampf gegen Misshandlung und Missbrauch von Kindern.

Bürgerschaftliches Engagement muss von unten entstehen und darf nicht von oben behindert werden. Dazu ist beispielsweise die Freistellung ehrenamtlicher Tätigkeit von der Sozialversicherungspflicht notwendig. Bundeskanzler Schröder hat auf dem Deutschen Feuerwehrtag im Juni dieses Jahres und jetzt, vor wenigen Tagen, erneut eine Lösung des Problem versprochen. Auf einen konkreten Lösungsvorschlag, wie wir ihn schon vor Monaten auf den Tisch gelegt haben, warten die Ehrenamtlichen noch immer.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bundesregierung lässt die Ehrenamtlichen im Stich. Sie vernachlässigt pflegebedürftige Menschen und Familien und vertritt nicht die Interessen der Heimatvertriebenen. Wir in Bayern dagegen packen die Probleme an der Wurzel an und lassen unseren Worten auch Taten folgen. Wir sorgen dafür, dass breite Bevölkerungsschichten an der Wohlstandsentwicklung teilhaben. Der Ihnen vorliegende Sozialhaushalt bietet eine solide Grundlage dafür, dass auch die Schwächeren unserer Gesellschaft eine Chance haben, ihr Leben eigenverantwortlich und menschenwürdig zu gestalten. Wir vertrauen auch in Zukunft auf die tatkräftige Unterstützung all jener Organisationen und Verbände, die sich in Bayern sozial engagieren und denen ich an dieser Stelle auch im Namen von Herrn Staatssekretär Kollege Schmid meinen aufrichtigen Dank aussprechen möchte.

(Beifall bei der CSU)

Gerade die Freie Wohlfahrtspflege ist für die Staatsregierung bei der Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips ein wichtiger Partner.

Bedanken möchte ich mich auch bei den Medien für die überwiegend faire und differenzierte Berichterstattung. Mein besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses für ihre zahlreichen Impulse. Für die intensive Beratung des Sozialhaushalts und ihren unermüdlichen Einsatz in allen sozial- und gesundheitspolitischen Fragen danke ich insbesondere den Ausschüssen für Staatshaushalt und Sozialpolitik. Ich danke vor allem auch den Berichterstattern. Herzlichen Dank an diejenigen, vor allem im sozialpolitischen Ausschuss und im Haushaltsausschuss, aber auch an alle Mitglieder des Hauses, die der Sozialpolitik nahe stehen.

Ich bin stolz auf diesen Haushalt, den ich Ihnen heute vorlegen kann, und ich darf Sie um die Zustimmung zum Einzelplan 10 bitten und mich schon jetzt dafür bedanken.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Im Ältestenrat wurde für die allgemeine Aussprache eine Redezeit von einer Stunde und 30 Minuten festgesetzt. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 42 Minuten, auf die Fraktion der SPD 30 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 18 Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat Herr Kollege Wahnschaffe das Wort.

Wahnschaffe (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Staatsministerin, Sie haben behauptet, der Sozialhaushalt stehe für Fortschritt, Integration und soziale Gerechtigkeit. Ich habe allerdings den Eindruck, je länger Sie in Bayern regieren, desto weniger sind Sie offenbar imstande, die Realitäten in diesem Lande wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Haushalt zeigt keinerlei sozialpolitisches Profil, denn die drängenden Probleme – und davon haben wir wenig gehört –, wie der sich abzeichnende Pflegenotstand, die im bayerischen Armutsbericht aufgezeigte wachsende Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung, die mangelnde Integration von sozial Schwachen und die Benachteiligung von Familien werden ignoriert oder nur halbherzig angegangen. Der Staatsregierung fehlt es offenbar an Gestaltungskraft. Auch Sie, Frau Staatsministerin, haben heute wieder schöne und wohlklingende Worte gefunden, aber entgegen all diesen Sonntagsreden hat die Staatsregierung kein Herz für die sozial Schwachen in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben dem Haushalt der Staatsregierung und den Anträgen der CSU ein Programm entgegengestellt und Schwerpunkte gebildet, die ich kurz benennen will. Sonst könnten diese bei Ihnen wieder in Vergessenheit geraten.

Wir fordern 200 Millionen DM für eine verbesserte Pflege. Wir fordern die Erhöhung des Landeserziehungsgeldes vom ersten Kind an auf DM 600 und die Beteiligung aller Ausländer, die in Deutschland leben, so wie es auch das Bundeserziehungsgeldgesetz vorsieht. Wir verlangen mehr Geld für Kindertagesstätten, nicht nur für Kindergärten, sondern für Krippen und Kinderhorte. Wir verlangen Verbesserungen für Behinderte in den Punkten, in denen Sie sich bisher geweigert haben, Verbesserungen durchzusetzen. Wir verlangen weiterhin Verbesserungen für chronisch Kranke; und wir fordern eine bessere Ausstattung der Insolvenzberatungsstellen, über die Sie bezeichnenderweise heute kein Wort verloren haben.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich auf die einzelnen Punkte näher eingehen. Frau Staatsministerin, Sie haben im Februar dieses Jahres mit wohlklingenden Worten ein Sofortprogramm der Staatsregierung zur verbesserten Pflege in Bayern

vorgestellt. Bei näherem Hinsehen entpuppte es sich als ein Forderungskatalog an den Bund, an die Bezirke, an die Kommunen und an die Träger. Die Mitwirkung der Staatsregierung sucht man jedoch darin vergeblich.

So verging ein ganzes Jahr, ohne dass Nennenswertes von Ihrer Seite in Sachen Pflege geschehen wäre, obwohl sich der Landtag in vielen Sitzungen und mit vielen Anträgen damit auseinandergesetzt hat. Der Haushalt, den Sie jetzt vorgelegt haben, ist ein Spiegelbild dessen, denn im Jahr 2001 gibt es einzige keine Mark mehr aus dem bayerischen Staatshaushalt für Pflege, obwohl nach den jüngsten Steuerschätzungen die Steuereinnahmen auch des Freistaates Bayern kräftig sprudeln werden. Dies allein ist ein sozialpolitischer Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Statt Taten der Staatsregierung hören wir nur leere Worte. Als Reaktion auf den Pflegenotstand fällt Ihnen nichts Besseres als eine Änderung der Heimaufsicht ein. Es ist beschämend, dass im Freistaat Bayern derzeit nur zwölf Stellen bei den Regierungen dafür vorgesehen sind, die Heimaufsicht wahrzunehmen. Das Ergebnis kennen wir. Wie Sumpfbüden kommen immer wieder neue Pflegeskandale hoch. Es fällt Ihnen nichts Besseres ein, als die Heimaufsicht auf die Landkreise und kreisfreien Städte zu verlagern, wohl wissend, dass diese zum Teil selber Träger solcher Einrichtungen sind bzw. Landräte und Oberbürgermeister Kreisvorsitzende von Trägern gemeinnütziger Organisationen sind. Somit haben diese eine gewisse Nähe zu diesen Einrichtungen. Deswegen ist es geradezu kontraproduktiv, die Heimaufsicht auf diese Gebietskörperschaften zu verlagern, statt eine objektive Ferne zu gewährleisten und gleichzeitig die Qualität der Heimaufsicht bei den Regierungen zu fördern. Dies haben Sie bisher gründlich versäumt.

(Beifall bei der SPD)

Nach jahrzehntelangem Streit – ich kann mich erinnern, dass dies bereits ein Thema war, als ich in den Landtag kam – ist es nun endlich gelungen, auf Bundesebene ein Gesetz zur Altenpflegeausbildung nicht nur auf den Weg zu bringen, sondern Gott sei Dank im Bundestag und im Bundesrat zu verabschieden. Was tut die Staatsregierung? Statt sich darüber Gedanken zu machen, wie man angesichts der knapper werdenden Ausbildungsstellen und Pflegestellen mehr für die Ausbildung tun kann, konterkariert sie dieses Gesetz, indem sie nach Karlsruhe geht, um erneut eine Verfassungsklage auf den Weg zu bringen. Damit verunsichern Sie, Frau Staatsministerin, trotz der Warnungen aller Wohlfahrtsverbände die Pflege Landschaft und die Menschen, die diesen Ausbildungsberuf gewählt haben. Sie schrecken diejenigen ab, die diesen Beruf vielleicht noch wählen werden.

Frau Staatsministerin, Sie haben schöne Worte für das gefunden, was Bayern für die Familien tut. Wir wollen keineswegs in Abrede stellen, dass Bayern das einzige Land ist, in dem es schon seit längerer Zeit ein Landeserziehungsgeld gibt. Sie haben aber vergessen, dass Sie seit Einführung des Landeserziehungsgeldes auf der Stelle treten. Seither ist so gut wie nichts geschehen, um

die Familienförderung in Bayern in Gang zu bringen. Dies ist aber dringend notwendig, denn Sie wissen ganz genau, dass sich das Familienbild ändert, ob Sie das wollen oder nicht, ob Sie das ideologisch sehen oder nicht. Die Menschen hören nun einmal nicht immer auf die CSU, sondern sie formen ihre Familien nach ihren Vorstellungen. Es ist außerordentlich wichtig, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für diese Familien gewährleistet ist. Das ist in Bayern immer noch nicht der Fall. Das zeigt sich in vielen Bereichen, auf die ich nachher noch zu sprechen kommen werde.

Der Armutsbericht, den Sie selber vorgelegt haben, Frau Staatsministerin, zeigt dies in erschreckender Weise auf. Kinderreichtum ist in Bayern nach wie vor ein Armutsrisiko. Mit einem Anteil von 33% leben die Alleinerziehenden mit Kindern an oder unter der Armutsgrenze. Genauso beschämend ist es für das reichste Land der Bundesrepublik Deutschland, dass bei der Quote der Niedrigeinkommen Familien mit mehreren Kindern mit 21% unter der Armutsgrenze liegen. Frau Staatsministerin, ich habe von Ihnen wenig gehört, was Sie tun wollen, um diesen Missstand zu beseitigen. Sie haben bisher kaum Konsequenzen aus diesem Armutsbericht gezogen. Wenn man sich das konkreter anschaut, wenn man sieht, welche Möglichkeiten sich den Frauen, die berufstätig sein wollen oder sein müssen, bieten, ihre Kinder angemessen unterzubringen, dann erkennt man, dass es leider immer noch so ist, dass der Versorgungsgrad bei den Kinderkrippen bei 1,18% liegt.

Frau Staatsministerin, wir werden Sie beim Wort nehmen. Wir werden prüfen, wie es in den anderen Bundesländern in vergleichbaren Einrichtungen aussieht. Ich glaube, da ist Bayern das Schlusslicht. Ähnliches gilt auch für die Hortplätze. Hier liegt der Versorgungsgrad bei 2,52%. Was Sie im Haushalt dafür einstellen, ist viel zu wenig, um diesen Missständen abzuwehren.

Sie haben sich zugute gehalten, dass Sie das Landeserziehungsgeld in diesem Jahr erhöhen. Sie haben aber vergessen hinzuzufügen, seit wann es nicht mehr erhöht worden ist: nämlich seit 1989. Seit damals ist in Bayern das Landeserziehungsgeld nicht mehr erhöht worden.

(Dr. Bernhard (CSU): Besser nicht erhöhen als gar keins!)

Natürlich können Sie sagen, auf Bundesebene ist es noch schlechter. Das Bundeserziehungsgeld ist seit 1986 – –

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernhard (CSU))

– Hören Sie bitte zu. Seit 1986, also seit 14 Jahren, ist das Bundeserziehungsgeld nicht mehr erhöht worden. Das sind die Segnungen der bayerischen und der bundesdeutschen CDU/CSU-geführten Familienpolitik.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernhard (CSU))

Nun hat die neue Bundesregierung die Einkommensgrenzen erhöht. Jetzt haben Sie endlich nachgezogen. Es wäre ein fairer Akt gewesen, wenn Sie den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern gesagt hätten, dass so gut

wie Sie sie darstellen, diese Tat nun doch nicht ist. Statt einer Reform ist nur ein Reförmchen herausgekommen. Sie haben das Landeserziehungsgeld nur ab dem dritten Kind erhöht. Sie haben verschwiegen, dass das Landeserziehungsgeld nicht mit diesem Haushalt 2001/2002, über den wir heute beraten, sondern frühestens 2003 in Kraft tritt. Sie legen doch sonst immer so großen Wert darauf, vom Bund unabhängig zu agieren. Hier hätten Sie die Möglichkeit dazu gehabt. Warum haben Sie nicht diese Segnungen des Landeserziehungsgeldes, die Anhebung der Einkommensgrenzen, bereits zum 1. Januar 2001 in Kraft gesetzt? Damit wären auch diejenigen in den Genuss gekommen, die jetzt Landeserziehungsgeld bekommen. Das sind leider nicht sehr viele, weil die Einkommensgrenzen zu niedrig bemessen sind.

Frau Staatsministerin, Sie haben gesagt – jetzt muss ich das Zitat noch einmal heraussuchen: „Die Anhebung der Einkommensgrenzen beim Bundeserziehungsgeld und die Erhöhung des Kindergeldes um 50 DM machen noch keine kinderfreundliche Politik aus.“ Da haben Sie Recht. Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, was die Bundesregierung unter Helmut Kohl in 16 Jahren zustande gebracht hat, was die Bayerische Staatsregierung in den letzten zehn Jahren zustande gebracht hat und was die Bundesregierung in nur zwei Jahren entgegengesetzt hat. Zum ersten Mal seit 14 Jahren hat sie zum 1. Januar 2001 die Einkommensgrenzen für das Bundeserziehungsgeld erhöht. Das haben Sie 14 Jahre lang nicht zustande gebracht. Wir haben die Bestimmungen so verändert, dass bis zum sechsten Lebensmonat eines Kindes die Einkommensgrenzen bei 100 000 DM sind. Das heißt, praktisch alle Familien kommen in den Genuss des Bundeserziehungsgeldes. Wo bleibt da das Landeserziehungsgeld? Es bleibt weit darunter.

Wir haben darüber hinaus auch Erhöhungen zwischen 10 und 11 % bei den Einkommensgrenzen vorgenommen. Wir haben den Kinderzuschlag erhöht, und wir haben vor allen Dingen das Kindergeld – darauf haben Sie freundlicherweise schon hingewiesen – einmal um 20 DM und ein weiteres Mal um 30 DM erhöht. Können Sie sich daran erinnern, wann zu Zeiten der Bundesregierung unter Helmut Kohl die letzte Kindergelderhöhung stattfand?

(Zuruf von der CSU)

– Wann, bitte? Sagen Sie es mir. – Fehlanzeige. Das war die Kinderfreundlichkeit der früheren Bundesregierung.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit deutlichen Worten diese familienfeindliche Politik verurteilt. Es hat dem Bundesgesetzgeber aufgegeben, gerade bei der Familienentlastung deutlicher zuzulegen. Die Bundesregierung hat das beim Kindergeld in zwei Schritten getan. Sie wird es mit einem weiteren Schritt in dieser Legislaturperiode tun. Das ist mehr als das, was die letzte Bundesregierung in 16 Jahren zustande gebracht hat.

Sie haben die Steuerreform bekämpft. Wenn es nach Ihnen ginge, dann würden wir zum Beginn des nächsten Jahres überhaupt keine Steuerreform haben. Die neue Bundesregierung hat durchgesetzt, dass die Familien in besonderer Weise von der Herabsetzung der Tarife pro-

fitieren. Nicht nur die Einkommensgrenzen bzw. die Steuerfreibeträge werden angehoben. Wenn Sie alle Familienentlastungen bis zum Jahr 2005 zusammenzählen, dann wird eine Familie mit zwei Kindern und einem durchschnittlichen Einkommen von zirka 50 000 DM über 4000 DM Steuerentlastung im Jahr haben.

(Beifall bei der SPD)

Wann hat es das unter der früheren Bundesregierung gegeben? In den letzten zwölf Jahren hat es keine Veränderung des Wohngeldes gegeben. Wohngeld ist etwas, worauf Familien mit Kindern in besonderer Weise angewiesen sind. Keine Erhöhung des Wohngeldes, keine Anhebung der Einkommensgrenzen, das hat die neue Bundesregierung jetzt durchgesetzt, und das bedeutet, dass eine Familie mit vier Kindern in Zukunft durchschnittlich 105 DM im Monat zusätzlich an Wohngeld bekommen wird.

Wir haben die Ausbildungsförderung reformiert, und wir werden die Bedarfssätze und Freibeträge um durchschnittlich 6 % anheben. Das Kindergeld wird künftig nicht mehr darauf angerechnet werden. Wann hat es das bei Ihnen gegeben?

Frau Staatsministerin, Sie behaupten, die Ökosteuer würde die Familien in besonderer Weise belasten. Unter dem früheren Finanzminister Theo Waigel wurde die Mineralölsteuer innerhalb weniger Jahre um 50 Pfennige je Liter erhöht. Wo hat es einen Ausgleich für die Familien gegeben?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die neue Bundesregierung hat für Familien und für die Bezieher geringer Einkommen einen Heizkostenzuschuss und eine Entfernungspauschale beschlossen. Das wird auch Familien zugute kommen.

(Widerspruch bei der CSU)

Wenn Sie also bilanzieren, dann haben wir in zwei Jahren für die Familien mehr bewirkt, als Sie in 14 Jahren bzw. in 16 Jahren unter der Bundesregierung Helmut Kohl. Die Bayerische Staatsregierung hat leider außer vielen Ankündigungen sehr wenig dazu beigetragen.

Aber lassen Sie mich nach diesem bundespolitischen Ausflug, der notwendig war, weil Sie ja offenbar in Bayern so wenig darzustellen haben, dass Sie immer auf die Bundespolitik abheben, ein besonderes heikles und sensibles Thema ansprechen. Es ist die Frage der Schwangerenkonfliktberatung. Dazu möchte ich ein paar wenige Sätze sagen. Wir unterstützen ausdrücklich und nachdrücklich die Staatsregierung darin, dass sie anstelle an der bisherigen katholischen Beratungsstellen in Bayern nun ein neues System, das unter dem Namen *Donum vitae* läuft, unterstützt, weil die Mehrheit der Bevölkerung in Bayern katholisch ist und weil es hierfür eine Nachfrage gibt. Das halten wir für richtig und das unterstützen wir.

Voraussetzung dafür ist aber, dass alle Träger gleich behandelt und nicht mit zweierlei Maß gemessen wer-

den. Das geschieht leider immer noch. Ich erinnere nur an den Fall pro familia in Regensburg; dort versucht die Staatsregierung seit Jahren durch Gerichte zu hintertreiben, dass Pro Familia diese Schwangerenkonfliktberatung in Regensburg ausüben kann.

Wir begrüßen auch, dass die Staatsregierung im Hinblick darauf, dass der neue Träger was die finanzielle Ausstattung angeht weitgehend auf Spenden angewiesen ist, den Eigenanteil auf 5% herabsetzt. Das ist allerdings in gewisser Weise ein Präzedenzfall, Frau Staatsministerin. Wir werden uns natürlich schon überlegen müssen, ob wir in Bayern nicht künftig auch in anderen Fällen, in denen freie Träger der Wohlfahrtspflege wichtige Aufgaben übernehmen, einen zehnpromzentigen Eigenanteil fordern. Das muss dann von Fall zu Fall genauer geprüft werden. Aber Sie haben jetzt immerhin eine Marke durchbrochen und wir werden Sie daran messen.

Über die Schwerbehinderten haben Sie auch viel gesagt, Frau Staatsministerin. Ich will durchaus anerkennen, dass das, was die CSU-Fraktion mit ihrem Nachtrag gefordert hat, nämlich dieses Dreijahresprogramm mit 25 Millionen DM pro Jahr für die WFB und die Wohnplätze, ein Schritt in die richtige Richtung ist. Wir begrüßen und unterstützen diesen Schritt. Es ist allerdings auch ein Zeichen dafür, dass wir in Bayern in dieser Frage einen Nachfragestau haben. Viele dieser Einrichtungen konnten bisher nicht finanziell versorgt werden, und auch die Bund-Länder-Förderung hat bisher nur dazu gereicht, einen Teil des Bedarfes zu decken. Sie haben bisher auch immer nur einen Teil für das Förderprogramm angemeldet. Jetzt, wo wir eine neue Bundesregierung haben, breiten sie das ganze Füllhorn von Anträgen aus und sagen: Bundesregierung fördere das alles; wir wollen das alles gefördert haben. Dass dies nicht geht, wissen Sie genau.

Zum Glück ist die Arbeitslosenquote in unserem Land die niedrigste von allen Bundesländern. Darüber freuen wir uns. Aber wie passt das damit zusammen, dass wir gleichzeitig die geringste Quote bei der Beschäftigung von Schwerbehinderten haben? Bei der Beschäftigung Schwerbehinderter ist Bayern das Schlusslicht aller Bundesländer.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt sowohl für Freistaat Bayern, der weit unter der bisherigen Quote von 6% bei jetzt 5 beziehungsweise nicht einmal 4% liegt,

(Zuruf von der CSU: Das stimmt nicht!)

als auch für die privaten Anbieter, wo es fast noch schlimmer aussieht. Deshalb drängt es sich doch geradezu auf zu sagen, wir müssen etwas tun, um die Schwerbehinderten besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Und wenn nicht jetzt in der heute vergleichsweise günstigen Beschäftigungssituation, wann dann?

Deswegen haben wir gefordert, ein Programm zur Integration von Schwerbehinderten in den ersten Arbeitsmarkt aufzulegen. Leider haben Sie diesen unseren

Antrag wie alle anderen abgelehnt, ohne sich ernsthaft damit auseinandergesetzt zu haben.

Meine Damen und Herren, die CSU pöppelt ihr Lieblingskind, die Bürgerarbeit, entzieht aber gleichzeitig den Selbsthilfegruppen, in denen sich chronisch Kranke und Behinderte sowie deren Angehörige zusammenschließen, die ohnehin geringe Unterstützung. So gab der Freistaat Bayern im Jahre 1999 gerade einmal 13 Pfennig je Einwohner für die Förderung der Selbsthilfegruppen aus. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 30 Pfennig. Auch hier ist Bayern Schlusslicht. Dass Sie, Frau Stamm, hier großartig mit Ihrer Sozialpolitik operieren, können Sie angesichts dieser Zahlen nicht behaupten, ohne dabei rot zu werden.

Ich will für diese Selbsthilfegruppen ein Beispiel bringen. So hat noch im Jahre 1996 beispielsweise die Bayerische Krebsgesellschaft 100 DM je Beteiligten erhalten; im Jahre 2000 waren es gerade noch einmal 33 DM. Ich frage Sie, warum Sie auf der einen Seite etwas dazugeben, was ja erfreulich ist, auf der anderen Seite aber diesen Gruppen, die ganz wichtig sind und die eine Arbeit leisten, die sonst niemand in dieser Gesellschaft leisten könnte, ungerechtfertigt die Unterstützung entziehen. Wir werden das weiter anprangern und öffentlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Und es gibt noch eine Gruppe, die Sie schmähdlich im Stich lassen, Frau Staatsministerin. Der Bundestag hat nach jahrelangen Beratungen die neue Insolvenzordnung beschlossen. Die Länder sind aufgefordert, sie umzusetzen. Was ist das Ergebnis in Bayern? Die rund 250 000 überschuldeten Haushalte in Bayern haben derzeit nur eine geringe Chance, aus der Schuldenfalle herauszukommen.

Ich zitiere hier den Caritasverband Augsburg:

Die Situation in unseren Schuldnerberatungsstellen stellt sich so dar, dass anrufende Schuldner entweder abgewiesen, an Rechtsanwälte verwiesen

– kaum einer ist dazu bereit –

oder auf Wartelisten geparkt werden.

So der Caritasverband Augsburg. Und das Fazit einer Tagung von Insolvenzberatungsstellen, die vor kurzem in Augsburg stattfand, lautet schlicht und ergreifend: In Bayern wird die Insolvenzordnung nicht umgesetzt.

Das, meine Damen und Herren, grenzt an Missachtung eines Gesetzes.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme nun zu einem Kapitel, mit dem der Landtag schon des öfteren auseinandergesetzt hat und das ebenfalls außerordentlich sensibel ist. Nach dem Fall „Schmökel“ besteht Anlass, auch die Zustände in Bayern besonders unter die Lupe zu nehmen. Wie in allen Fällen gibt es auch dazu ein Zitat von Ministerpräsident Stoiber.

Er hat laut der „Welt“ vom 10. November nach dem Fall „Schmökel“ gefordert, sich an der bayerischen Position zu orientieren; der Straf- und Maßregelvollzug müsse in Brandenburg und anderen Ländern neu überdacht und anders geregelt werden.

Nur in anderen Ländern? Auch dazu haben Sie leider heute nichts gesagt. Am gleichen Tag zitierte die „Augsburger Allgemeine“ den schwäbischen Bezirkstagspräsidenten Georg Sinnacher folgendermaßen:

Die Kapazitäten

– gemeint sind die forensischen Abteilungen der bayerischen Bezirkskliniken –

in den Kliniken sind erschöpft. In Günzburg sind seit Januar in 16 Fällen Straftäter aus der Forensik entwichen. Auf die Mischstände der Bezirksklinik wird seit Jahren hingewiesen.

Und in einer anderen Zeitung war zu lesen, dass Sie, Frau Stamm, jetzt als Reaktion auf den Fall „Schmökel“ zugunsten eines neuen Forensiktraktes in Werneck plädieren. Im Haushalt 2001/2002 habe ich allerdings trotz heftiger Nachsuche dafür bisher keine Mittel gefunden. Auch aus diesem Bezirkskrankenhaus sind in diesem Jahr schon 37 Entweichungen gemeldet worden. Im Bezirkskrankenhaus Regensburg reicht der Platz nicht aus. Es sind 120 Plätze vorgesehen; das Klinikum ist im Augenblick aber mit 175 Patienten überbesetzt.

Bevor Sie oberlehrerhaft anderen Bundesländern Ratschläge erteilen, sollten Sie zunächst einmal Ihre eigenen Hausaufgaben machen. Der Bayerische Landtag – das scheinen Sie vergessen zu haben – hat am 8. Juli 1998 beschlossen, die Staatsregierung dazu aufzufordern, unverzüglich ein Konzept zur Unterbringung psychisch Kranker vorzulegen. Der sozialpolitische Ausschuss hat im Januar 1999 das Bezirkskrankenhaus Haar besucht, insbesondere die dortigen Abteilungen für Forensische Psychiatrie, und sich ein Bild von den dortigen Zuständen gemacht. Frau Staatsministerin Stamm, ein Mitarbeiter Ihres Hauses hat darauf hingewiesen, dass das erbetene Konzept im Frühjahr 1999 vorgelegt werden werde. Weitere Mitteilungen Ihres Hauses folgten. Die letzte datiert vom November vergangenen Jahres. Darin heißt es, das Konzept werde im Jahr 2000 vorgelegt werden. Nun haben wir Ende November. Es bleibt also nicht mehr viel Zeit. – So gehen Sie mit den Beschlüssen des Bayerischen Landtags um, meine Damen und Herren von der Staatsregierung.

Ich sehe mit Schrecken: Meine Redezeit ist fast erschöpft.

(Zurufe von der CSU)

Hier zeigt sich wieder einmal, dass die Waffengleichheit zwischen Staatsregierung und Opposition nicht gewahrt ist. Zur Gesundheitspolitik ließe sich viel sagen. Nur noch einige wenige Sätze dazu. Frau Staatsministerin Stamm, Sie haben vorhin die Gesundheitspolitik der Bundesregierung frontal angegriffen. Sie haben aber nicht auf Folgendes hingewiesen: Wenn Änderungen

vorgenommen werden – welche Sie wollen, haben Sie bisher nicht gesagt –, so sind Beitragserhöhungen unausweichlich.

(Dr. Zimmermann (CSU): Ganz falsch!)

Mit den von Ihnen gewünschten Änderungen wollen Sie vielleicht die Politik von Herrn Seehofer fortsetzen: Beitragserhöhung plus Leistungsausgrenzung. So etwas wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Noch eines zum Schluss. Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, Sie haben sich mit einigen Funktionären der Kassenzahnärztlichen Vereinigung und der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns – wohlgemerkt: dies sind öffentlich-rechtliche Einrichtungen – zu einem Bündnis für Gesundheit zusammengeschlossen und polemisieren dort gegen die Bundesregierung. Dieses ideologische Bündnis hat anscheinend zur Folge, dass Sie die Rechtsaufsicht genau über die genannten Einrichtungen bisher in sträflicher Weise vernachlässigt haben. Anders ist nicht zu erklären, dass das Sozialgericht München im vergangenen Jahr geurteilt hat, die Aufforderung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns an ihre Mitglieder, die Behandlung von Patienten einzustellen, sei als politisch motivierter Rechtsbruch zu werten. Wie war die Reaktion der Staatsregierung darauf? Es gab keine, ebenso wie im Fall Schottdorf. Auch hier, muss man sagen, hat die Staatsregierung nur auf die Staatsanwaltschaft verwiesen und erklärt: Die Staatsanwaltschaft übernimmt unsere Arbeit. Dabei hatte das zuständige Gericht in Augsburg deutlich darauf hingewiesen, dass im vorliegenden Falle ein maßgebliches Verschulden der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns gegeben sei. Doch die Reaktion Ihres Hauses war gleich null, Frau Staatsministerin Stamm. Angesichts des Schulterschlusses mit der genannten Organisation liegt es nahe, dass Sie nicht eingeschritten sind. Hier ist der Filz ganz offensichtlich. Diesem schwarzen Filz muss ein Ende gemacht werden. Ich hoffe, wir werden bald Gelegenheit dazu haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Den Rest meiner Rede gebe ich zu Protokoll.

(siehe Anlage 1)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Winter.

Winter (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Mit dem, was der vorliegende Entwurf für den Einzelplan 10 einschließlich der entsprechenden Nachschubliste und der von der CSU-Mehrheit beschlossenen Änderungen vorsieht, kann eine Reihe von Verbesserungen umgesetzt werden. Im Zusammenhang mit den Pflichtaufgaben nenne ich die enormen Steigerungen zugunsten der Forensischen Psychiatrie – Sie haben dieses Thema gerade angesprochen, Herr Wahnschaffe –, die Mehrung bei der Personalkostenförderung für Kindergärten und den Vollzug

des neuen Insolvenzrechts. Besonders erfreulich ist es für uns von der CSU-Fraktion, dass gerade bei den freiwilligen Leistungen wichtige Schwerpunkte gesetzt werden konnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Als Beispiele nenne ich nur das dreijährige Sonderprogramm zur Förderung von Investitionen zugunsten Behinderter, das mit 75 Millionen DM ausgestattet werden wird, die Erhöhung des Haushaltsansatzes zugunsten der offenen Behindertenarbeit um 1,5 Millionen DM im nächsten Jahr sowie 1 Million DM, die der kommende Doppelhaushalt zusätzlich für die Bekämpfung der Immunschwächeerkrankung Aids vorsehen wird, außerdem Verbesserungen beim Stellenschlüssel sowie Ausbildungsplätze für die Gewerbeaufsichtämter. So kann die CSU-Fraktion dem vorliegenden Entwurf guten Gewissens zustimmen. Frau Staatsministerin Stamm, wir danken Ihnen und Ihrem Team für die engagierte Arbeit.

Der heute zur Beschlussfassung vorliegende Etatentwurf für die Jahre 2001 und 2002 wird eine sehr gute Grundlage dafür bieten, die erfolgreiche Sozialpolitik der Bayerischen Staatsregierung fortzusetzen. Der kommende Doppelhaushalt des Freistaats wird 7,5 Milliarden DM an Ausgaben für den Sozialbereich vorsehen. Hinzu kommen werden die Leistungen, die die örtlichen Träger – sprich: die Landkreise und die kreisfreien Städte – sowie die überörtlichen Träger der Sozialhilfe, die Bezirke, tragen. Die Sozialhilfeleistungen einschließlich der Kriegsopferfürsorge werden in den nächsten Jahren ein Volumen von etwa 4,5 Milliarden DM haben. Über Einzelplan 10 und die Sozialhilfeträger in Bayern werden in den nächsten beiden Jahren also insgesamt 16,5 Milliarden DM – nämlich zwei mal 4,5 Milliarden DM bezogen auf zwei Jahre plus 7,5 Milliarden DM – für Sozialleistungen zur Verfügung gestellt werden. Damit wird deutlich, wie sehr wir unseren Leitspruch „menschlich, sozial, modern“ ernst nehmen.

Vergleicht man die bereinigten Zahlen des zu verabschiedenden Sozial Etats mit den entsprechenden Werten der Vorjahre, ergibt sich für das Jahr 2001 eine Steigerungsrate von 1,2% und für das Jahr 2002 eine von 1,7%. Besonders interessant und aussagekräftig hinsichtlich des vorliegenden Entwurfs und der Gestaltungsmöglichkeiten des vorgesehenen Etats ist die Tatsache, dass die Ansätze für freiwillige Leistungen unter Berücksichtigung der von meiner Fraktion eingebrachten Initiativen – stichwortartig nenne ich nur Familienbildung, offene Behindertenarbeit, Sonderprogramm zur Aids-Bekämpfung – um 13% steigen können. Die gesetzlichen Pflichtleistungen machen einen Zuwachs in Höhe von 0,6% für das Jahr 2001 erforderlich. Aufgrund des noch zu verabschiedenden Gesetzes zum Landeserziehungsgeld wird es in den künftigen Doppelhaushalten an entsprechender Stelle deutliche Mehrungen geben. Herr Kollege Wahnschaffe, der nun vorliegende einschlägige Gesetzentwurf verschweigt gar nichts. Darin ist aufgeführt, wann womit begonnen werden soll und was genau vorgesehen ist.

Schon lange hat die CSU die Familienpolitik zur Schwerpunktaufgabe einer zukunftsorientierten Gesellschaft erklärt. Die Diskussion um die Rentenformel, die Zuwanderung und die Integration verschiedener Gesellschaftsgruppen zeigt vielen deutlich, wie wichtig eine zukunftsorientierte Familienpolitik ist. So habe ich bereits vor einigen Jahren die entsprechenden finanziellen Schwerpunkte unter dem Stichwort „bayerischen Kindermilliarde“ zusammengefasst. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang das Landeserziehungsgeld mit Ausgaben in Höhe von 349 Millionen DM, Personalkostenzuschüsse für Kindergärten in Höhe von 788 Millionen DM, 60 Millionen DM für die Kindergartenbauförderung sowie 48 Millionen DM an Zuschüssen für Kinderhorte, außerdem 10 Millionen DM für das „Netz für Kinder“. Das macht zusammen 1,25 Milliarden DM jährlich, die wir unter dem Stichwort „Kind“ zusammenfassen können. Ich meine, damit kann sich Bayern wirklich sehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zwischenzeitlich hat die Staatsregierung dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Leistungen beim Landeserziehungsgeld zugeleitet. Dieser hat folgende Ziele: Erstens. Die Einkommensgrenzen für das Landeserziehungsgeld sollen wie beim Bundeserziehungsgeld angehoben werden. Die Freibeträge für weitere Kinder werden bereits ab 2001 berücksichtigt werden. Zweitens. Der Höchstbetrag für das dritte und jedes weitere Kind wird auf 600 DM erhöht. Drittens. Der Kreis der Anspruchsberechtigten wird um binationale Ehen und Staatsangehörige aus Drittstaaten erweitert, soweit das Kind durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat. Viertens. Die Antragsstellung wird wesentlich einfacher und übersichtlicher als bisher.

Es wurde vorhin von mir bereits kurz erwähnt, im künftigen Doppelhaushalt ist ein Betrag von bis zu 111 Millionen DM dafür zusätzlich erforderlich. Herr Wahnschaffe, Sie haben angesprochen, was Bayern sonst noch tut, und dabei einige Punkte genannt. Ich nenne nur das Beispiel der Wohnungsbauförderung. Bayern gibt dafür im nächsten Jahr 605 Millionen DM aus, der Bund für Bayern ganze 50 Millionen DM. Daran wird deutlich, dass es eine große Diskrepanz gibt.

Sie haben auch das Stichwort „Steuerreform“ genannt. Wann war denn die letzte Steuerreform? – Natürlich haben auch unsere Finanzminister, Waigel und Stoltenberg, Steuerreformen durchgeführt. Die große Steuerreform war sicher die vor der Wende unter Stoltenberg. Diese Steuerreform hat jeder in Erinnerung. Sie ist zunächst schlecht gemacht worden, war aber in ihrer Wirkung positiv. Danach kam die deutsche Einheit. Bei den Reden der Opposition stelle ich immer wieder fest, wenn es um die Verschuldung, die Zins- und Tilgungsverpflichtungen, den Fonds „Deutsche Einheit“ und um die Frage, warum die Autobahn in den letzten zehn Jahren nicht gebaut worden ist, geht, merkt man auch nach zehn Jahren deutscher Einheit ganz deutlich, bei Ihnen besteht hier eine Lücke.

Es ist keine Unterstellung, zu sagen, dass manche die Einheit gar nicht wollten, denn Sie ignorieren sie zehn

Jahre danach noch, weil Sie nicht wahrhaben wollen, dass zehn Jahre Aufbauarbeit im Osten blühende Landschaften hervorgebracht haben. Jeder, der Zeit und Lust hat, kann sich diese ansehen. Ich kann nur empfehlen, das zu tun. Selbst hatte ich 1988 die Gelegenheit, mit dem Kreistag Erfurt und verschiedene Städte der damaligen DDR kennen zu lernen. Heuer habe ich mir an einem Wochenende die Zeit genommen, nach zwölf Jahren Erfurt wieder zu besuchen. Ich kann nur sagen, es war schön. Es war wie im Wunderland. Erfurt ist eine blühende Landschaft geworden. Das verschweigen Sie bei all Ihren Darstellungen.

Zurück zu unserem Sozialetat. Es ist auch eine große soziale Tat, dass man denen, die zu uns gekommen sind, geholfen hat und weiter hilft. Bemerkenswert ist hier der Antrag der SPD. Herr Kollege Wahnschaffe, in der vergangenen Plenarsitzung haben Sie, wie auch heute, das Erziehungsgeld angesprochen und gesagt, Bayern müsse noch schneller noch mehr tun. Auf meine Frage, warum die anderen SPD-geführten Länder der alten Republik nicht ebenfalls das Erziehungsgeld einführen, haben Sie zu kontern versucht, indem Sie gesagt haben, die SPD-geführten Länder hätten dafür andere Leistungen, zum Beispiel den Hort oder die Krippe; deswegen sei das anders.

Ihre Aussage hat mich veranlasst, nachzusehen, ob es wirklich so ist, wie Sie es dargestellt haben, und siehe da, es ist anders. Es ist unstrittig, dass es im wiedervereinigten Deutschland ein Ost-West-Gefälle bei Kinderhorten und Kinderkrippen gibt. Das ist der geschichtliche Werdegang. Aber es gibt auch einen Vergleich der Flächenländer der alten Republik. Hier sieht es folgendermaßen aus: Die Hortversorgung in Hessen ist mit 4,6% nahezu wie die in Bayern mit 4,5%. Ihre Vorhersage ist so zuverlässig wie die Wettervorhersage: Nordrhein-Westfalen mit 2,2% und Niedersachsen mit 1,8% stehen wesentlich schlechter da als das Land Bayern, das Landeserziehungsgeld zahlt. Damit ist es also nichts mit Ihrer Ausrede.

Das nächste Stichwort war die Kinderkrippe. Wie sieht es damit aus? – Das große Bundesland Nordrhein-Westfalen liegt bei der Kinderkrippenversorgung bei 1,7%, Bayern bei 1,4%. Also wiederum Fehlanzeige. Fazit: Bayern tut tatsächlich mehr für Familien und Kinder als die SPD-geführten Flächenländer. Ein paar Stichworte darf ich dazu nennen, die nicht in der Statistik zum Ausdruck kommen: Netz für Kinder und Altersöffnung der Kindergärten nach unten und oben. Auch das sind Beispiele. Frau Staatsministerin Stamm hat auf die Mütterzentren hingewiesen, die bei uns per Richtlinie gefördert werden. Während Nordrhein-Westfalen dafür 100 000 DM ausgibt, stellt Bayern 1 Million DM zur Verfügung. Schleswig-Holstein hat diesbezüglich Fehlanzeige zu melden. Andere Länder, die von Ihnen geführt werden, können ebenfalls nur wenig vorweisen. Das sind Beispiele, die unterstreichen, dass Bayern gut dasteht.

Nachdem Sie wieder beim Landeserziehungsgeld nachgehört haben, muss ich sagen, es ist nicht nur Bayern, sondern die gesamte Südschiene, nämlich Thüringen, Sachsen und Baden-Württemberg, die Landeserziehungsgeld zahlt. Das Tollste ist, dass es ein Bundesland

gab, das 1986 unter einer CDU-Regierung ein Familiengeld eingeführt hat. 1991 hat Herr Scharping die Regierung übernommen. Sie wissen, es handelt sich um Rheinland-Pfalz. 1994 ist die Förderung ausgelaufen. Der Ansatz der Union, die Förderung als Erziehungsgeld aufzubauen und zu erweitern, ist kläglich dahingeschmolzen.

Ich meine, es ist erstaunlich, dass Sie den Mut haben, hier zu sagen, man müsste schneller handeln und mehr tun. Wenn man eine solche Schwachstelle hat, spricht man diese in der Politik am besten nicht an. So etwas lässt man schlicht weg. Danke, dass Sie es trotzdem getan haben.

Folgende wesentlichen Änderungen haben sich bei den Pflichtaufgaben für die kommenden Haushaltsjahre ergeben: Bei der Forensik – Maßregelvollzug – ist ein Plus von 105 Millionen DM allein für die Personalkostenförderung festzustellen. Insgesamt gibt der Freistaat im nächsten Jahr 475 Millionen DM für den Maßregelvollzug aus. Deswegen hat Ministerpräsident Dr. Stoiber zu Recht gesagt: Seht her, wie wir es machen. Bei einer Summe von 475 Millionen DM darf man dies deutlich aussprechen.

Die Mittel für die Personalkostenförderung für Kindergärten steigen um 36 Millionen DM, die Mittel für die Umsetzung der Insolvenzverordnung um 4 Millionen DM. Die Insolvenzberatung ist in Bayern nicht so angelaufen, wie es von den Betroffenen und Beteiligten und auch von der Staatsregierung erwartet wurde. Zwischenzeitlich wurde die Beratungstätigkeit wesentlich verbessert. Der Haushaltsansatz wurde auf 5 Millionen DM pro Jahr angehoben; zudem stehen Haushaltsausgabereste zur Verfügung. Zur Zeit führt das Sozialministerium eine wissenschaftliche Untersuchung durch, in deren Rahmen festgestellt werden soll, wie sich der Beratungsumfang verbessern lässt. Für eine stärkere Inanspruchnahme des Insolvenzverfahrens wäre es notwendig, dass die Rahmenbedingungen insgesamt verbessert werden. Hier sind Sie von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert. Notwendig ist, dass die Prozesskostenhilfe leichter erreicht werden kann. Die Voraussetzungen dafür muss der Bundesgesetzgeber schaffen. Diesbezüglich bitte ich um Unterstützung und um ein gemeinsames Vorgehen, sonst nützen die Haushaltsansätze nichts, denn sie werden nicht abgerufen.

(Beifall bei der CSU)

Der Ländervergleich mit Nordrhein-Westfalen zeigt, dass die bayerische Unterstützung der von Nordrhein-Westfalen durchaus entspricht. Dies zeigen die Pro-Kopf-Förderung und der prozentuale Anteil von Insolvenzanträgen.

In zwei Bereichen, in denen wir uns schon seit längerem um Kosteneinsparung bemühen, zeichnen sich nun Rückgänge ab. Beim Unterhaltsvorschussgesetz ist es gelungen, trotz Senkung der Bundesmittel durch einen konsequenten Vollzug die Ausgaben um insgesamt 31 Millionen DM niedriger anzusetzen. Erfreulich für unsere Kommunen ist, dass Bayern die Mindereinnahmen beim Unterhaltsvorschussgesetz auffängt und nicht, wie dies

andere Länder tun, an die Gemeinden weitergibt. Hier darf ich daran erinnern, der Bund hat bekanntlich seinen Anteil zulasten der Länder bzw. der Kommunen von einer hälftigen Mitfinanzierung auf ein Drittel reduziert.

Ich komme zu einem anderen Themenschwerpunkt. Die politische Lage in Osteuropa hat sich Gott sei Dank verbessert, und wir hoffen, dass die neue Regierung in Jugoslawien Schritt für Schritt den Weg zur Demokratie, zu einer guten Nachbarschaft und zur Anerkennung von Minderheitenrechten findet. Im Juni 1999 haben wir bei den Haushaltsberatungen noch zusätzlich 10 Millionen DM für Kosovoflüchtlinge bereitgestellt. Die Entspannung der Lage trägt mit dazu bei, dass allein bei der Unterbringung von Asylbewerbern im Doppelhaushalt Einsparungen in Höhe von 41 Millionen DM möglich sind.

Besonders stolz sind wir, dass wir bei den freiwilligen Leistungen neue und verstärkte Akzente setzen konnten. Der CSU-Antrag, 2 Millionen DM für Maßnahmen der Familienbildung einzuplanen, hat die bessere Vernetzung von Schule, Kindern und Jugend zum Ziel. Die Frauen in der Union haben sich dafür in besonderer Weise engagiert. Diesem neuen Haushaltsansatz liegen zwei Landtagsbeschlüsse vom Mai dieses Jahres zugrunde, die sich mit der Weiterentwicklung der Eltern- und Familienbildung befassen.

Mit einem dreijährigen Sonderprogramm, das sogar von Ihnen, Herr Wahnschaffe, anerkannt wurde, für das sich insbesondere unsere Vorsitzenden Alois Glück und Manfred Ach engagiert haben, wollen wir die notwendigen Investitionen für Behinderte zusätzlich unterstützen. Leider ist zu befürchten – hier spreche ich die SPD und die GRÜNEN an –, dass der Bund – man höre und staune – seinen Anteil an den Investitionen zurückfahren könnte, weil wir die Förderung erhöhen. Es wäre erfreulich, wenn es nicht so wäre. Unsere Bitte an Sie ist, dass Sie diesbezüglich Einfluss auf die Bundesregierung nehmen, denn es wäre wirklich traurig, wenn unsere Bemühungen auf diese Weise konterkariert würden.

Die offene Behindertenarbeit und deren hervorragende Leistungen, die eine große Akzeptanz genießen, wollen wir ebenfalls stärken. Unser Antrag mit Gegenfinanzierung sieht zusätzliche Mittel in Höhe von 1,5 Millionen DM vor. Verstärkt werden die Mittel durch die Erhöhung des Haushaltsansatzes im Entwurf. Die Förderung wird uns auch über das Jahr 2001 hinaus ein besonderes Anliegen sein. Die ambulante Behindertenarbeit hat sehr viele positive Aspekte, die man von ihrem menschlichen Ansatz her, die betroffenen Mitbürger in ihrem Umfeld belassen zu können, gar nicht hoch genug einschätzen kann. Dies war ein großer Wunsch in der Fraktion. An dieser Stelle möchte ich insbesondere der Behindertenbeauftragten, Frau Ina Stein, die dies zum Schwerpunkt ihrer Anliegen gemacht hat, sowie dem Kollegen Eberhard Rotter und unseren Sozialpolitikern einen besonderen Dank für die Beharrlichkeit aussprechen, mit der sie sich in diesem wichtigen und weithin akzeptierten Bereich für eine Verbesserung eingesetzt haben.

Bayern ist hier beispielhaft, andere Bundesländer können dies nicht vorweisen. In anderen Ländern ist die offene Behindertenarbeit Aufgabe der Kommunen. Bei uns wurden diese Dienste vor zwölf Jahren gegründet. Damals hat man mit 300 000 DM und mit zehn Diensten bescheiden begonnen, während wir heute in Bayern bei 185 Diensten angekommen sind. Wir haben heute 71 Landkreise und 25 kreisfreie Städte, das heißt pro Einheit zwei Einrichtungen, wofür künftig 11,2 Millionen DM zur Verfügung stehen. Dass wir die Quote bei der Beschäftigung von Schwerbehinderten verbessern müssen, ist richtig. An der Spitze steht das Sozialministerium mit 8,81%. Hier bedarf der Durchschnitt noch der Verbesserung. Danke an die Kollegen Dr. Helmut Müller und andere, die Anregungen bringen, wie dies bei der Polizei verbessert werden könne. Wir wollen mehr Schwerbehinderte beschäftigen und weniger nach Berlin abgeben; dies ist unser Ziel. Die Kollegen Unterländer und Sackmann haben sich für die Verbesserung der Aids-Hilfe eingesetzt. Insofern stimmen wir mit den GRÜNEN überein und haben wir einen gemeinsamen Nenner erzielt. Wir wollen entgegen aller sträflichen Behauptungen den Ausbau der Kinderhorte in Höhe von 10 Millionen DM weiter unterstützen. Für die Kinderhilfe und Jugendarbeit sind sowohl im Einzelplan 10 als auch im Kultusbereich zusätzlich insgesamt 5 Millionen DM vorgesehen.

Beispielhaft für den Abbau von Gewalt gegen Frauen und Kinder ist die neu gegründete Stiftung, welche mit 5 Millionen DM unterstützt wird. Diese neue Stiftung ist ein beispielhaftes Modell moderner Sozialpolitik Bayerns. Wichtig für alle Programme der EU ist, dass im Bereich des Arbeitsmarktes und für Jugendliche die Komplementärmittel um 5 Millionen DM und die Mittel für die IuK-Technologie um 2 Millionen DM angehoben werden.

Die wesentlichste Veränderung in der Nachschubliste betrifft die Rinderseuche BSE, die heute den Landtag intensiv beschäftigte. Noch vor dem jüngsten Fall in Schleswig-Holstein haben wir reagiert und zusätzliche Gelder eingeplant, um diese Risikomaterialien ordentlich beseitigen zu können. Die sorglose Handhabung in Großbritannien unterstreicht, wie wichtig es war, dass insbesondere Sie, Frau Staatsministerin Stamm, hier stets eine konsequente Linie in Berlin und Brüssel vertreten haben.

Allein zum Einzelplan 10 kamen von der SPD-Fraktion Mehrforderungen in Höhe von knapp 100 Millionen DM und insgesamt zum Haushaltsjahr 2001 von 1,5 Milliarden DM ohne Gegenfinanzierungsvorschläge. Soziale Politik misst sich jedoch nicht daran, wer die meisten Geschenke verteilt. Unter sozialer Politik verstehen wir, dass derjenige, der in Not kommt, selbstverständlich Hilfe von unserer Solidargemeinschaft erfährt. Soziale Politik ist für uns aber auch, dass jeder unabhängig von seiner Begabung und seiner Herkunft sein Leben in einer humanen, friedlichen und freien Gesellschaft selbst gestalten kann. Dazu bedarf es wichtiger Voraussetzungen. Bayern hat dazu einen großen Anteil geleistet und kann auf diese Grundlagen, wie sie sich in unserem Land darstellen, wahrlich stolz sein. Herr Wahnschaffe, Sie haben versucht, Bayern als Armutsland darzustellen. Ich hingegen nenne einige Punkte, wie es wirklich aussieht. Gott sei Dank sind diese Punkte mit

meiner Rede vom Vorjahr identisch: Beste Arbeitsmarkt-bilanz, niedrigste Arbeitslosenquote bei Jugendlichen, niedrigster Anteil an Langzeitarbeitslosen, höchste Erwerbstätigkeitsquote im Vergleich mit allen anderen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland, niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung, keine Neuverschuldung, höchste Investitionsquote, höchste Aufklärungsquote bei Straftaten – dies ist Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat nun Frau Kollegin Schopper, bitte.

Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen. Zu später Stunde und – mit Blick auf die Reihen – mit leichten Ermattungstendenzen beraten wir den Sozialhaushalt. Ich möchte es aber nicht versäumen, auch von Seiten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN entsprechende Einschätzungen zu geben. Frau Staatsministerin, auch wenn Sie das Hohelied der erfolgreichen CSU-Politik singen, wenn es beim bayerischen Haushalt noch nicht an das Eingemachte geht und Diäten noch nicht so angesagt sind, wie in anderen Bereichen, muss ich sagen: Ich treffe im sozialpolitischen Ausschuss und auf Podiumsdiskussionen immer wieder Abgeordnete, die mit gesenkten Schultern und mit gesenktem Kopf den Refrain anstimmen: Aber im Rahmen der bestehenden Haushaltsmittel sei es nicht möglich. Ob Bund, Länder oder Gemeinden, die fetten Jahre, in denen man eines auf das andere draufgesetzt hat, sind vorbei.

Sozialpolitik ist auch im Zeitalter der Globalisierung, des Internets, der Flexibilität, des Börsengangs und der Wissensexplosion eher ein altmodisches Politikfeld, in dem Werte gefragt sind wie Hilfe zur Selbsthilfe, Unterstützung, Solidarität, also Werte, die zurzeit relativ wenig Konjunktur haben. Sozialpolitik steht im Spannungsbogen der Erwartungen: einerseits der Kostendruck und die ständigen Mutmaßungen, dass der Geldtopf für Hängemattenfreunde oder für übertriebenen Sozialkomfort bereitgestellt wird; andererseits soll die Sozialpolitik auch das politische Schmieröl sein, damit der Standort Deutschland entsprechend rund läuft.

In den meisten Fällen sind die Prognosen eher düster. Die Probleme und Herausforderungen in der Sozialpolitik wachsen stetig. Sie, Frau Staatsministerin, kühlen ihr Mütchen an allen bundespolitischen Fragen und geben die bayerische Jeanne d'Arc mit dem Flammenschwert, die im Kampf mit der bösen rot-grünen Regierung in Berlin die bayerischen Landeskinder vor Ungemach schützen will; Beispiel: bayerische Gesundheitspolitik. Mit Verve sind Sie als Partnerin im Bündnis gegen Gesundheit eingestiegen. Ihre Internetseiten waren noch in den letzten Tagen im Sozialministerium die Top News, dass Sie dort beigetreten sind. Sie geißeln fast schon mit pawlowscher Reflexhaftigkeit, was Berlin bei der Gesundheit auf die Tagesordnung bringt. Doch wissen auch Sie, dass im Sinne der Versicherten und der Arbeitgeber sowie der von Ihnen geforderten Stabilität des Beitragsatzes die Wirtschaftlichkeitsreserven im Gesundheitswesen gehoben werden müssen. Eine integrierte Ver-

sorgung, bei der Doppeluntersuchungen vermieden und nicht das Einzelkämpfertum, sondern eine effektive Zusammenarbeit die Regel ist, sollte auch Ihren Beifall bekommen. Prävention, die den Versicherten nicht erst zum Patienten werden lässt, sollte auch Ihren ungeteilten Zuspruch bekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass diese Prävention in der Zahnmedizin dem Zahnarzt den Bohrer verstauben lässt, müsste eigentlich auch Sie begeistern. Zur Selbsthilfe, ein Credo, das auch Sie gerne singen, Hilfe seitens der Betroffenen, um anderen Irrwege zu ersparen, da hätte ich auf Ihren Beifall gewartet. Dies sind nur einige Beispiele, bei denen ich Ihren Zuspruch vermisste. Stattdessen geißeln Sie emsig die Budgets. Auch wir wissen: Budgets sind kein politisches Dauermitel, die gesetzliche Krankenversicherung auf Kurs zu halten. Auch das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt Eigenverantwortung heraus. Aber Eigenverantwortung darf primär nicht damit gleichgesetzt werden: Geldbeutel auf, der Doktor kommt. Eigenverantwortung heißt eben auch, mit den entsprechenden Konsequenzen halbwegs gesund zu leben. Die Gesundheit beginnt nicht dann, wenn der Rezeptblock voll ist.

Vor allem wir Sozialpoliker müssen effektiv dafür werben, dass die gesetzliche Krankenversicherung, die Rentenversicherung und die Pflegeversicherung von Solidarität geprägte Versicherungssysteme sind und bleiben. Wo es geht: Jung für Alt und Gesund für Krank. Dies droht leider immer mehr in Vergessenheit zu geraten. Oft gilt mehr die Devise: Ich bezahle viel Beitrag, was bekomme ich heraus?

Frau Staatsministerin, auch bei der Pflege erheben Sie ihr Flammenschwert in Richtung Berlin. Alle haben ihre Hausaufgaben zu machen, nur Sie haben im Grunde alles schon erledigt. Mit der Verlagerung der Heimaufsicht mussten Sie eine Niederlage einstecken, welche Ihnen Herr Dr. Beckstein eingebrockt hat, ein Minister, der bisher beim Thema Pflege mit besonderen Kompetenzen gegläntzt hat. Denn im Innersten wissen auch Sie, dass die Verlagerung der Heimaufsicht auf Landkreisebene Interessenkollisionen en gros mit sich bringt.

Der Kontrollierte führt die Kontrolle durch. Aber auch Sie kommen doch ansonsten nicht auf die Idee, einen Alkoholentzug im Schnapsladen durchzuführen.

Deshalb und nur deshalb machen wir uns nach wie vor so stark die Mühe, Alternativkonzepte aufzuzeigen, um die Heimaufsicht fachlich und personell zu stärken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn eine effiziente Heimaufsicht ist gerade deshalb notwendig, da die Fachkraftquote in Bayern mit 72 % keinerlei Anlass gibt, sich selbstbeweihräuchernd in Jubelpose zu versetzen.

Auch beim Pflegeschlüssel wird zwar der Beschluss des Landespflegeausschusses mit 1 : 2,2 mit Hosianna zelebriert, aber, sehr verehrte Frau Ministerin, Ihnen als ausgepuffter Politikerin ist doch auch geläufig, dass

Beschluss und Umsetzung zwei Paar Stiefel sind. Meilenweit sind wir von einer Personalsituation auf den Stationen entfernt, die eine ganzheitliche und eine aktivierende Pflege gewährleistet. Oft steht und fällt das Heim mit der Führungsebene. Gerade aus dieser Erkenntnis heraus sind intensive Schulungen im Management und in der Personalführung Bausteine für die Qualität in der stationären Pflege. Doch selbst wenn sich die Heimleitung sozusagen zerreißt, ist die Gefahr der gefährlichen Pflege akut, wenn der Pflegeschlüssel unmöglich ist.

Der Pflegeschlüssel von 1 : 2,2 ist ein schönes Ziel, doch wir sehen heute schon, dass mit der Umsetzung des Schlüssels von 1 : 2,56 manchem nicht gedient ist. Es fehlt an Fachpersonal. Vor allem gerontopsychiatrische Fachkräfte kann man mit der Lupe suchen. Gleichzeitig werden Gelder für einen verbesserten Pflegeschlüssel nicht abgerufen, weil man die Reaktionen der Selbstzahler fürchtet.

Klar ist auch, dass mit erhöhten Kosten auch die Frage der Kostentransparenz nochmals hochschwappt – ein Thema, das bei den Heimträgern keine Seklaune aufkommen lässt. Aber es ist nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, dass viele Angehörige bestmögliche Pflege mit aller Zuwendung zu einem möglichst geringen Preis erwarten. Dabei wissen wir alle: Pflege ist personalintensiv und die Pflegekräfte sind bei der Entlohnung sowieso nicht auf Rosen gebettet. Nach meinem Dafürhalten gibt es auf den Stationen auch kein Rationalisierungspotenzial mehr. Gute Pflege hat ihren Preis und das möchte ich mit einem schönen Gruß an die Erben versehen.

Um die Herausforderungen der Pflege auch mit Blick auf die demographische Entwicklung zu meistern, ist heute und morgen mehr Geld notwendig. Allein die Prognose für die Finanzierung des Pflegeschlüssels 1 : 2,2 von 450 Millionen DM auf bayerischer Ebene – für die Bundesebene sind es 4,5 Milliarden DM – sind Kosten, die beitragsatzrelevant sind. Die Frage ist: Was sind uns die alten Menschen wert? Ich bin der festen Überzeugung: Diese Frage kann und wird nicht im sozialpolitischen Fachzirkel gelöst werden. Dazu bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Debatte. Sie zu entfachen ist uns allen, die wir im sozialpolitischen Bereich tätig sind, noch nicht gelungen. Diese Debatte müssen wir unbedingt anstoßen, weil uns sonst die Skandale in immer kürzeren Abständen auf die Füße fallen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Apropos Ältere – eine gute Nachricht für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Waren in den letzten Jahren die Frühverrentungstendenzen und Freisetzungsbewegungen für die Arbeitnehmer ab 50 in großem Stil üblich, meist noch auf Kosten der Sozialkosten, wandelt sich das Bild in den Betrieben wieder. Allein in Bayern gibt es, gemessen zum Monat Oktober des Vorjahres, 17,4% weniger Arbeitslose, die älter als 55 Jahre sind. Die Macher von morgen haben also graue Haare. Der Arbeitsmarkt braucht künftig wieder die Älteren mit Erfahrung. Sie als Ministerin für Senioren werden das sicherlich gern hören. Mir scheint allerdings, dass die Wertschätzung für ältere Arbeitnehmer nicht die

gesamte CSU-Fraktion umfasst. Ich nenne den im Moment auch anwesenden Kollegen Haedke. Er ist sozusagen ein Mitstreiter aus der „Pampers-Fraktion“, der die Mandatsträger schon ab 45 zum Ausmustern schicken will.

(Zuruf des Abgeordneten Haedke (CSU))

– Ich freue mich, wenn Sie das einmal richtig stellen, aber es kommt immer wieder bei mir so an. Aber schön, dass Sie sich auch einmal einbringen.

(Zuruf des Abgeordneten Haedke (CSU))

– Ja, da schauen Sie einmal. Das war ein kleiner Beitrag zum „Hallo, wach!“, damit die Muskulatur wieder einmal in Bewegung gesetzt wird. Es ist ja schön, wenn diese Vorurteile auf Ihrer Seite nicht bestehen und den Älteren mehr zugetraut wird, als es vielleicht den Anschein erweckte. Eines ist nämlich ganz klar: In den Studien wurde widerlegt, dass Ältere leistungsschwächer sind als Jüngere. – Ich gehöre ohnehin zu Ihnen; ich habe nur für die versammelte Mehrzahl des Hauses gesprochen, um das einmal deutlich zu machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – allgemeine Heiterkeit)

Aber um auf den Boden der Sozialpolitik zurückzukommen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir haben im letzten Jahr und auch in den Jahren davor im Fachausschuss immer wieder von der pädagogischen Betreuung im Kindergarten und auch davon gesprochen, welche Angebote es geben muss, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Wir stehen auch im Bereich der Kindergärten vor demographischen Herausforderungen. Aber anders als bei der Rente und bei der Pflege gehen hier die Zahlen zurück. Es werden immer weniger Kinder geboren. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Kindergärten. Neue Konzepte sind gefragt – und das nicht nur wegen der zurückgehenden Kinderzahl, sondern auch wegen der Förderungsgerechtigkeit. Um nur ein Beispiel zu nennen: Sechs oder zehn Stunden Öffnungszeit – bei der Bezuschussung hat dies keine Auswirkungen.

Die Staatsregierung hat nun unter dem Stichwort „markt-orientierte Steuerung“ eine modellhafte Erprobung in Bayreuth und in Landsberg am Lech für die nächsten beiden Jahre begonnen. Die neuen Zuschussvorgaben sollen dann nicht mehr pauschal aufgrund des zuschussfähigen Personals pro Gruppe gewährleistet werden, sondern die Zahlweise erfolgt dann anhand der konkreten Kinderzahl mit besonderer Berücksichtigung und doppelter Zählweise von Kindern unter drei Jahren, behinderten Kindern und ausländischen Kindern.

Wir befürchten nun, dass in Zukunft im Kindergarten ein Kampf um die Kinder erfolgt, und wir haben bisher auch noch keine schlüssige Antwort erhalten, wie die pädagogische Gruppenbetreuung bei den geplanten individuellen Buchungszeiten aussehen soll und wie sich die geforderte Flexibilität arbeitsrechtlich auf die Erzieherinnen auswirkt. Diesbezüglich haben wir noch keine Antworten.

Wir haben in den letzten Jahren auch immer wieder deutlich gemacht, dass aufgrund der zurückgehenden Kinderzahl Handlungsbedarf auf allen Seiten besteht. Nach unserem Dafürhalten steckt in dieser zurückgehenden Kinderzahl aber auch eine Chance, nämlich die Chance, dass die Gruppenstärken von derzeit 25 bis 28 Kindern auf 20 Kinder gesenkt werden könnten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hören dauernd das Lamento, die Anforderungen an unsere Kinder würden immer größer. Unsere Kinder würden auch immer schwieriger, heißt es. Sämtliche Alarmglocken müssten doch eigentlich Sturm läuten, wenn die Kinder immer öfter zu guter Kundschaft in Apotheken werden, damit sie den Schulalltag bewältigen können. Kinder stark machen, um Suchtgefährdung zu vermeiden; Kinder stark machen, damit sie Orientierung finden; und Kinder stark machen, damit sie selbstbewusste Menschen werden – der Grundstein dafür wird auch im Kindergarten gelegt.

Die Kommunen und der Freistaat haben in den letzten Jahren mit einer ungeheuren Kraftanstrengung beinahe für ein flächendeckendes Angebot mit Kindergartenplätzen gesorgt. Diese Entwicklung sollten wir nicht verspielen. Betriebsabläufe lassen sich sicherlich optimieren. Die Qualitätssicherung und auch die Transparenz sind für die Kindergärten der Zukunft ein wichtiger Baustein. Aber eines muss doch klar sein: Kindergärten dürfen nicht allein über eine marktorientierte Steuerung bewertet werden. Arbeit und pädagogische Anforderungen sind nicht mit der Fertigung eines Autos zu vergleichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen alle: Für viele ist Kinderbetreuung nicht erst ein Thema bei Kindern ab zweieinhalb Jahren. Kind und Beruf sind für viele Frauen nicht mit Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub realisierbar oder entsprechen nicht der beruflichen familiären Lebensplanung. Bisher hat die Staatsregierung bei allen Anträgen zur Krippenförderung ein empörtes Nein skandiert. Sie hat versucht, dies auf die Kommunen abzuschieben. Und wenn ich die Themen und die Einstellungen in Ihren Reihen genauer durchforste, sind die Hindernisse nicht nur finanzieller Art. Es ist vor allem das Frauenbild, das ein vernünftiges und modernes Konzept verhindert. Kinder, die etwas werden wollen, brauchen die Mutter in den ersten drei Jahren, sagt die Christlich-Soziale Union. Ansonsten zieht unterschwellig oftmals das Bild der Rabenmutter auf. Die Rolle des Vaters wird ja oft tunlichst verschwiegen.

Aber was dem Fass den Boden ausschlägt, ist folgender Umstand: Da stellt sich der Kollege Singhammer in München öffentlich hin und jammert, wie wenig Krippenplätze es gebe, welcher Bedarf da noch befriedigt werden müsse. Selbst nichts zu tun und dann die Schuld den anderen zu geben und sich damit auch noch politisch feiern lassen zu wollen, das ist wirklich ein ausgeprägtes Exemplar politischen Pharisäertums.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie können sich darauf gefasst machen, dass wir die Finanzierung der Krippenplätze noch einmal auf die Tagesordnung bringen. Ich bin gespannt, ob Sie dann Ihre Haltung dazu revidieren. Ich bin aber immer guter Hoffnung – vielleicht bekommen wir ja die Unterstützung des Herrn Ministerpräsidenten, der ja wohl als Leithammel die CSU-Fraktion umstimmen könnte. Beim Herrn Ministerpräsidenten lässt sich ja ganz besonders gut ausmachen, dass der Satz „Das Politische ist persönlich“

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

nicht länger als Selbsterfahrungsduselei abgetan werden kann,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

angefangen bei der Sportbegeisterung des Ministerpräsidenten und der daraus resultierenden Konsenslösung für das Münchner Olympiastadion bis hin zur Einschätzung der Ganztagschulen, bei der die individuelle Betreuungssituation des Sohnes ganz schnell einen Szenenwechsel – zumindest wortmäßig – heraufbeschworen hat. Nun ist er Opa geworden; seine Tochter legt sehr viel Wert darauf, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch zu ermöglichen, wenn die Kinder im Babyalter sind. Vielleicht lässt sich der Ministerpräsident durch sein Enkelkind ja auch als Fürsprecher in Sachen Krippenfinanzierung gewinnen.

Die Präsidentin signalisiert mir jetzt, dass es mit meiner Redezeit ein Ende habe.

(Heiterkeit bei der CSU)

Dies ist sehr bedauerlich, weil ich Ihnen noch einiges zu sagen hätte. Ich werde den Rest meiner Rede zu Protokoll geben.

(siehe Anlage 2)

Ich hätte noch einiges zum sozialen Jahr zu sagen und möchte mich ganz herzlich bei den damit befassten Menschen bedanken. Ich möchte dies aber zu Protokoll geben und nun mit meinem Fazit enden.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

– Ich bin auch zu Ihnen sozial.

(Ach (CSU): Zur Uhr sind Sie sozial!)

– Machen Sie es nicht länger, als Sie unbedingt müssen.

Frau Ministerin Stamm, das neue Jahrtausend wird sozialpolitisch nicht einfacher, und der sogenannte Prüfstand, der gern alte Zöpfe abschneidet und innovativen Kräften den Weg bahnt, hält in der Sozialpolitik Einzug. Sozialpolitik ist aber nicht nur eine Frage der Finanzen – sie muss in erster Linie Lebensrisiken sichern und immer wieder auch die Solidarität der Gesamtgesellschaft einfordern. So auch beim Thema Kinderarmut, unter die neuesten Studien zufolge jedes siebte Kind fällt. Sozialpolitik hat eben oft mit den Schattenseiten der Gesell-

schaft zu tun. Diese Menschen dort nicht stehen zu lassen, sondern ihnen eine Perspektive zur Teilhabe, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, ist unsere Aufgabe und unser Ziel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die Redezeit ist nun einmal begrenzt. Nun hat Herr Kollege Kobler das Wort.

Kobler (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Kollege Wahnschaffe hat zwar mit bestimmten Klimmzügen versucht, die rot-grüne Bundesregierung so darzustellen, dass sie vielleicht verdächtigt würde, eventuell die soziale Verdienstmedaille zu bekommen, aber dies ist ihm natürlich kläglich misslungen.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Kollege Wahnschaffe, Sie haben zwar Anlauf genommen, aber dorthin hat kein Weg geführt.

Ich sage aber auch: Den Vorwurf vom schwarzen Filz weise ich namens unserer Fraktion zurück.

(Beifall bei der CSU)

Wir sprechen auch nicht vom rot-grünen Sumpf oder von etwas Ähnlichem.

(Beifall bei der CSU)

Ich meine, dies gehört zu den Anstandsregeln in diesem Hohen Hause.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Kinder, Auszubildende, Familien und Behinderte ebenso wie die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger stehen im Zentrum unserer Sozialpolitik und können mit einer Aufstockung der Mittel in den einzelnen Bereichen, vor allem im freiwilligen Bereich, um insgesamt bis zu 13% rechnen. Herr Kollege Wahnschaffe, Sie können dies in keiner Weise miesmachen. Kollegin Schopper hat dies anders gemacht, nämlich ein wenig auf die lockere Tour, da sie aufgrund der positiven Bilanz, die wir vorlegen können, eigentlich keine Angriffspunkte gefunden hat.

Ich sage Ihnen dazu, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Wer uns hier am Zeug flicken will, den werden wir daran erinnern, was in den letzten Monaten, in den letzten zwei Jahren auf Bundesebene gelaufen ist. Ich sage Ihnen: Während der Bund bei der Renten-, der Kranken- sowie der Pflegeversicherung nicht nur handwerkliche Fehler begeht, sondern sogar chaotische, kontraproduktive Saltos am laufenden Band schlägt – in den letzten Wochen wurden davon insbesondere die Rentner betroffen; die rot-grüne Bundesregierung bricht ihre früheren Versprechen fortlaufend und ist auf dem besten Wege, viele Rentnerinnen und Rentner zu Sozialhilfempfängern zu machen –, wird in Bayern Sozialpolitik auf sehr hohem Niveau fortentwickelt.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen auch ganz deutlich: Rot-Grün machte mit ihren rentenpolitischen Winkelzügen nachträglich 17 Millionen Rentnerinnen und Rentner zu den großen Verlierern der Bundestagswahl von 1998.

(Beifall bei der CSU)

Als besonders positiv möchte ich die Erfolge der bayerischen Sozialpolitik und überhaupt der bayerischen Politik hervorheben. Wir haben eine Arbeitslosenquote von 4,5%, haben beste Ausbildungsplatzsituationen, haben vier freie, nicht besetzte Ausbildungsplätze auf einen nicht vermittelten Bewerber.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber nicht in Oberfranken!)

– Ich weiß, dass man Sie da auf der schwachen Seite trifft.

Wir haben die geringste Jugendarbeitslosigkeit mit 3,2%, die niedrigste Sozialhilfedichte unter den alten Bundesländern mit 19 Empfängern auf 1000 Einwohner gegenüber Bremen und Hamburg, wo rund 100 Empfänger auf 1000 Einwohner kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD))

– Herr Kollege Wahnschaffe, wir haben die höchsten familienpolitischen Leistungen; da können Sie Klimmzüge machen, wie Sie wollen. Wir haben die beste Krankenhausförderung mit 1,2 Milliarden DM und somit 100 DM pro Einwohner gegenüber 50 DM im Bundesdurchschnitt.

Zum Umbau des Sozialstaates ist einiges angebracht worden. Ich kann dazu nur sagen: Das, was mit den Zuwächsen im bayerischen Sozialhaushalt erreicht wurde, ist eine großartige Gemeinschaftsaktion mit unserer Frau Sozialministerin Barbara Stamm, mit den verantwortlichen Personen im Haushaltsausschuss und im Sozialausschuss. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, es ist doch unfair, über 20 Anträge einzubringen, rund 300 Millionen DM zu fordern, aber kein Quentchen dazu beizutragen, wie das gegenfinanziert werden soll. Zu den Anstandsregeln gehört auch, eine Gegenfinanzierung aufzuzeigen.

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen, dass wir im Sozialbereich umbauen und umstrukturieren müssen. Von manch verkrusteten „Fernwärmesystemen“ muss Abschied genommen werden. Wir brauchen in der Zukunft auch das ehrenamtliche Engagement. Sie wissen, dass in etwa jede dritte Mark des Sozialproduktes auf die soziale Umverteilungsschiene kommt. Wir haben keinen Spielraum mehr. In der Zukunft muss der Schwerpunkt der Sozialpolitik sein, umzubauen und die Sozialkostenbelastung zu senken; denn eine 40-prozentige Sozialkostenbelastung stellt eine Schallgrenze dar, die aus Wettbewerbsgründen in Anbetracht der Öffnung der Märkte, der Globalisierung, der Europäisierung eben nicht mehr haltbar ist und den Standort gefährden würde. Ich sage Ihnen von der

Opposition auch: Weil die Kosten so hoch sind – die Versprechen der Bundesregierung haben sich doch in Luft aufgelöst –, ist es längst überfällig, aufgrund der verbesserten Beschäftigungssituation zumindest die Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu senken.

Herr Kollege Wahnschaffe, auch zur Pendlerpauschale muss eine Anmerkung gemacht werden. Die Belastung der Berufspendler kann durch nichts ausgeglichen werden, auch nicht mit 20 oder 30 DM Kindergeld. Bereits heute sind viele Arbeitnehmer Pendler, die täglich auf das Fahrzeug angewiesen sind, da sie nicht auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen können; sie müssen bereits ein Drittel ihres Einkommens dafür aufwenden, um von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück zu kommen. Das gesamte Kapitel der Ökosteuern ist tragisch und mit all den negativen Folgen ein Schlag gegen die untersten Einkommensgruppen, gegen die Rentner, gegen Arbeitslose, gegen Familien mit Kindern, die weitestgehend überhaupt keinen Ausgleich beanspruchen können.

Wir haben eine überhöhte Belastung bei den untersten Einkommensgruppen, was allmählich bei den einfachen Berufen zu einer Arbeitsverweigerung und möglicherweise auf der ganzen Ebene zu einer Demotivation führt. Wir sind der Auffassung, dass an den Grundpfeilern der sozialen Sicherungssysteme nicht gerüttelt werden darf. Wir sagen aber auch offen, dass in der Zukunft die Rente weiterhin dynamisch und leistungsbezogen bleiben muss, weil auf Berliner Ebene bei diesem Thema Saltos über Saltos geschlagen werden. Wir erteilen dem Gedanken an eine Grundrente eine klare Absage. Ihr Noch-Bundesarbeitsminister Riester begeht in einigen Bereichen der Alterssicherung einen buchstäblichen Rentenraub. Ich nenne nur den Inflationsausgleich. In den letzten Wochen wurde uns eine rentenpolitische Geisterfahrt vor Augen geführt. Diese Auffassung wird auch von den Gewerkschaften und dem DGB geteilt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der SPD haben Rentenlügen immer wieder Tradition.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD – Frau Steiger (SPD): Was? – Wie war das bei Blüm?)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, trotz aller Finanzzwänge können wir im Gesamthaushalt bzw. im Sozialhaushalt eine hervorragende Bilanz vorlegen. Dafür gibt es Gründe und Ursachen. Ich nenne zum Beispiel die Aufgeschlossenheit der Staatsregierung, die Initiativen der Fraktion und die vielfältigen Impulse unserer Power-Sozialministerin Barbara Stamm und ihres Staatssekretärs Georg Schmid.

(Beifall bei der CSU)

Diese Initiativen haben die Erfolge und Durchbrüche ermöglicht, um die uns andere Bundesländer nur beneiden. Über einen Bereich von Leistungen für die Behinderten wurde heute überhaupt noch nicht gesprochen. Wo gibt es in Deutschland ein Zivilblindengesetz, nach dem 200 Millionen DM für die Zivilblinden ausgegeben wird? Dies ist eine reine bayerische Landesleistung. Für die Altenpflege haben wir den Landesaltenplan aufgelegt. In der Familienpolitik, der Krankenhauspolitik, der

Beschäftigungs- und Ausbildungsplatzförderung sind wir anderen Ländern um Meilen voraus.

Wir bauen den Sozialstaat in der Form um, dass frei werdende Mittel nicht nur eingezogen werden, sondern in anderen Bereichen investiert werden. Dies gilt zum Beispiel für die Aufwendungen für Asylbewerber. Ihren Anträgen zur Unterstützung der Ausländerbeiräte können wir nicht folgen. Wir sehen Handlungsbedarf bei der Integration jugendlicher Ausländer. Diese Integration wollen wir zusätzlich mit 100 000 DM fördern. Für Asylbewerber und Aussiedler werden immer noch 400 Millionen DM aus dem bayerischen Staatshaushalt aufgewandt. Das bedeutet, über 10% des Sozialhaushalts Bayerns werden für Asylanten und Aussiedler ausgegeben.

Neben den Posten Krankenhausfinanzierung mit 1,2 Milliarden DM und Kindergartenförderung mit 800 Millionen DM nimmt dieser Ausgabenposten für Asyl und Aussiedler die dritte Stelle ein. Wir haben über die Anträge zu den Folteropfern usw. diskutiert. Herr Kollege Winter hat dazu schon Stellung genommen. Wir halten die Initiative, mit der Sondermaßnahmen für das Kosovo, für Mazedonien und Nordalbanien durchgeführt werden, für sinnvoller, weil dadurch eine direkte Hilfe geleistet werden kann. Ihnen liegt immer noch der Sozialbericht im Magen, weil damit nachgewiesen wurde, dass Bayern in vielen Bereichen wesentlich besser als die anderen Bundesländer abschneidet. Dieser Bericht ist ein Spiegel der sozialen Situation in Bayern. Er ist ein Seismograph, in dem die Daten zeitnah erfasst wurden, damit zeitnah gehandelt werden kann.

Die Beschäftigungs- und Ausbildungsplatzsituation in Bayern stellt sich durch den Beschäftigungspakt, die Hightech-Offensive und den Einsatz der Privatisierungserlöse positiv dar. In bestimmten Regionen und Arbeitsamtsbezirken haben wir eine Arbeitslosigkeit von 2,3 bis 2,8%. In Oberbayern und im Großraum München herrscht dagegen schon ein großer Facharbeitermangel. Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die soziale Balance an der Schwelle zur Jahrtausendwende ist ein entscheidender Vorteil in der Zeit der Globalisierung der Märkte und des internationalen Austauschs der Dienstleistungen. Die Bilanz des Beschäftigungspaktes, mit dem rund 260 000 Arbeitsplätze gesichert wurden, hat hierzu beigetragen.

Mit einer Quote von 3,2% hat Bayern nicht nur die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland, sondern in ganz Europa. Dies beweist, dass die Maßnahmen der Staatsregierung und die durch sie geschaffenen Rahmenbedingungen effizient sind. Bei den Ausbildungsplätzen stehen in Bayern 1792 Bewerbern 7194 offene Stellen gegenüber. Das sind vier freie Plätze pro Bewerber. Schauen wir in andere Bundesländer, zum Beispiel nach Bremen. Dort stehen 435 unvermittelte Bewerber 177 unbesetzten Stellen gegenüber. Dort kommen also 2,5 Bewerber auf eine freie Stelle. In Hamburg kommen auf 503 Bewerber 188 unbesetzte Stellen. Natürlich kann man die Situation in den neuen Ländern schlecht mit der bayerischen Situation vergleichen. Dennoch kommen dort 12,5 nicht untergebrachte Bewerber auf einen freien Platz.

In Ostbayern herrscht ein Nord-Ost-Süd-Gefälle. In Oberbayern kommen 8,5 Stellen auf einen nicht vermittelten Bewerber. In der Oberpfalz kommen 650 unbesetzte Stellen auf 194 nicht vermittelte Bewerber. In Niederbayern kommen derzeit auf 93 unvermittelte Bewerber 1179 unbesetzte Stellen. Das sind 12,5 Stellen für einen unvermittelten Bewerber. Niederbayern befindet sich damit an der Spitze. Dies sind die Früchte der Infrastrukturmaßnahmen.

Mit der Verbesserung beim Landeserziehungsgeld haben wir in der Familienpolitik einen Quantensprung erreicht, von dem alle anderen Bundesländer nur träumen. Sie sind nicht auf diese Idee gekommen. Deshalb haben Sie Ihre Anträge nachgeschoben. Dies ist eine reine Trittbrettfahrermentalität.

(Gartzke (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Nein. Sie wollen dieses Geld für Kinder, für Asyl oder für Nichtdeutsche ausgeben. Wir sagen Ihnen, wir werden dieses Geld in erster Linie für bayerische Kinder verwenden. Wir wollen die Mehr-Kinder-Familie besser fördern. Frau Kollegin Steiger, Sie kennen offenbar Ihren eigenen Antrag nicht. Die CSU-Fraktion ist nicht bereit, die Landeserziehungsgeldregelung weiter zu öffnen. Unser Landeserziehungsgeld ist eine familienpolitische Glanzleistung.

(Beifall bei der CSU)

Das Erziehungsgeld und die Kinderbetreuung sind Erfolge und Ergebnisse, um die wir bundesweit von Ihren Kollegen beneidet werden. Mit diesen Maßnahmen sind wir deutschlandweit die wahren Lobbyisten für die Familie. Die Familienpolitik der Schröder-Regierung bietet nur Shows statt Substanz. Die Ökosteuer belastet die Familien. Sie versuchen zwar, den Familien etwas mehr zu geben, holen sich dieses Geld aber sofort wieder herein.

Ich sage Ihnen offen: Wir wollen nicht über andere Lebensformen, also gleichgeschlechtliche Beziehungen von Homos oder Lesben, urteilen. Das Ansinnen, diese Lebensgemeinschaften aus sozialen Töpfen zu fördern, lehnen wir aber entschieden ab. Sie wollen für diese Lebensgemeinschaften das Familienversicherungsprinzip bei der Krankenkasse, die Rentenversicherung, die Trennungsregelungen, die Regelungen zum doppelten Wohnsitz usw. einführen. Das kommt für uns nicht in Frage. Dagegen verwahren wir uns. Wir lassen es nicht zu, dass die Sozialkassen für solche Abzockerspiele verwendet werden. Wir unterstützen die Staatsregierung nachdrücklich in dem Bemühen, dafür zu sorgen, dass es dazu nicht kommt.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Wahnschaffe und Frau Kollegin Schopper, wir sind alle wegen den Diskussionen und der Ergebnisse der Insolvenzberatung der letzten Monate unzufrieden. Mit einer Million DM erreichen Sie nichts, weil die vorhandenen Mittel gar nicht aufgebraucht wurden. Hier muss noch an der Struktur gehobelt und gekniet werden. Zum Behindertenbereich ist mir die Anmerkung

gestattet, dass bei der offenen Behindertenarbeit und dem Sozialprogramm mit 75 Millionen DM auf drei Jahre aufgeteilt ein großer Sprung nach vorne gelungen ist. Mit den 200 Millionen für das Zivilblindengesetz sind wir den anderen Bundesländern meilenweit voraus.

(Franzke (SPD): Sie haben sich sozusagen selbst überholt!)

Der Landesaltenplan besagt, dass das Netz an Pflege- und Wohnheimplätzen für die alten Mitbürger ausgebaut wird. Es muss fortentwickelt und weiter qualifiziert werden. Dazu sind für das kommende Jahr die Weichen mit rund 75 Millionen DM für über 100 Maßnahmen gestellt. Bei der Pflegeversicherung handelt es sich auch um ein sehr kontrovers diskutiertes Thema. Ich bitte Sie – vor allem Sie, Frau Kollegin Schopper – auf Ihre „Noch“-Bundesgesundheitsministerin Fischer einzuwirken, damit die drei von der Bayerischen Staatsregierung eingereichten Gesetzentwürfe nicht weiter blockiert werden und der Konflikt nicht auf dem Rücken der Pflegefälle und der pflegenden Angehörigen ausgetragen wird. Die Bundesgesundheitsministerin ist weggetaucht; außer über BSE hört man von ihr nichts.

Herr Kollege Wahnschaffe, ich verstehe nicht, dass Sie die Altenpflege-Ausbildung kritisieren. Wir haben den Konsens, dass die Altenpflege-Ausbildung weiter qualifiziert werden soll. Sie soll aber nicht auf die Bundesebene verlagert werden. Wir können nicht ständig jammern, dass Dinge von Brüssel abgezogen werden oder an den Bund verlagert werden. Hier haben wir die Möglichkeit, selbst zu gestalten.

(Frau Radermacher (SPD): Wenn Sie so weitermachen, kommt Frau Ministerin Stamm nicht mehr zu Wort!)

Wir können das nicht preisgeben. So darf es nicht sein, so lassen wir den Föderalismus nicht durchlöchern.

(Frau Radermacher (SPD): Die Frau Ministerin möchte noch reden!)

– Frau Kollegin Radermacher, Sie können zwar dazwischenrufen, aber es gibt eine Zeiteinteilung.

Die Immunschwächekrankheit Aids gehört auch zu den Dingen, die uns berühren und stärker sensibilisiert werden muss. Für die Verstärkung von Info-Kampagnen legen wir eine halbe Million DM zu.

(Unruhe bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ehrenamt muss gestärkt werden. Es ist eigenartig, dass Ihr Kanzler über die Stärkung des Ehrenamtes philosophiert. Bringen Sie das wieder ins Lot, indem Sie wieder die Sozialversicherungsfreiheit für die 630-Mark-Beschäftigungsverhältnisse einführen. Fangen Sie dort an, bevor Sie andere Gelüste wecken.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Abschließend danke ich noch einmal den Haushaltspolitikern, den Sozialpolitikern, der Staatsregierung, die mitgeholfen hat, und Frau Ministerin Stamm,

(Gartzke (SPD): Und der Zugspitze!)

die sowohl auf bayerischer als auch auf Bundesebene als wirkliche Anwältin gegen soziale „Hängepartien“ und für die Fortentwicklung des sozialen Ausgleichs aufgetreten ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sie ist die wahre Lobbyistin

(Heiterkeit)

für die Familien, für die Behinderten und für die, die auf der Schattenseite des Lebens stehen. Ich danke allen, auch den Steuerzahlern, ohne deren Zustimmung wir diese Sozialpolitik, um die wir von allen Ländern beneidet werden, nicht gestalten könnten.

(Beifall bei der CSU – Franzke (SPD): Das ist doch Kasperltheater!)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Wahnschaffe (SPD): Weil wir nicht dürfen!)

Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat das Wort Frau Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit. Bitte schön, Frau Stamm.

Frau Staatsministerin Stamm (Sozialministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit Blick auf die Uhr werde ich mich nicht nur sozial, sondern auch christlich verhalten.

(Gartzke (SPD): Das wird Ihnen aber schwer fallen!)

Das ist eine Referenz an meine Fraktion.

Herr Kollege Wahnschaffe, ich hatte befürchtet, dass Sie mich heute enttäuschen werden, wenn Sie zum Einzelplan 10 sprechen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen; Sie haben mich nicht enttäuscht. Dafür ein ganz ganz herzliches Dankeschön. Herr Kollege Wahnschaffe, ich möchte etwas zur Verantwortung sagen, die wir alle haben. Sie haben die Forensik angesprochen. Ich würde uns allen empfehlen, dieses Thema sehr sorgsam in der Öffentlichkeit zu debattieren. Sie haben Ihre Kritik daran festgemacht, dass ich meiner Verantwortung nicht gerecht würde und nicht genügend Geld da sei. Ein Blick in den Haushalt würde genügen: Im Jahr 1992 kam die Forensik in unseren Geschäftsbereich; vorher war sie beim Justizministerium angesiedelt. 1994 waren erstmals im sozialpolitischen Haushalt 80,9 Millionen DM vorgesehen. Das hat sich für das Jahr 2001 auf 223,8 Millionen DM gesteigert.

(Wahnschaffe (SPD): Das sind nicht die Investitionskosten!)

Im Jahr 2002 erfolgt noch einmal eine Steigerung auf 248,9 Millionen DM. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass dieses Geld nicht ausreichen wird. Ich weiß aber auch, dass es gut ist, dass viele Menschen in unserer Gesellschaft nicht wissen, welche horrenden Summen wir für diesen Bereich ausgeben müssen. Wir haben die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung. Deswegen geben wir die hohen Summen aus. Ich habe aber im Laufe der Jahre gelernt, dass die besten Sicherheitsmaßnahmen nichts nützen, wenn die Fachleute im Maßnahmenvollzug – Ausgang und Freigang usw. – zu Kriterien kommen, die immer wieder hinterfragt werden müssen. Wir werden diesen Bereich, davon können Sie ausgehen, Herr Kollege Wahnschaffe, zur Sicherheit der Menschen in unserem Land weiterhin ausbauen. Ich erwarte von den Bezirken, dass sie überlegen, wie wir die Wirtschaftlichkeit und die Effizienz stärker in den Mittelpunkt stellen können. Darum dreht sich das Gespräch mit den Bezirksverbänden. Dazu sind wir gegenüber dem Steuerzahler verpflichtet.

Ich habe in den zurückliegenden Jahren gelernt, dass alles, was in der Sozialpolitik ausgegeben wird, zuerst einmal von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern hart erwirtschaftet werden muss, und dass wir mit diesen Geldern sorgsam umzugehen haben. Die Sozialpolitik muss auf die Menschen ausgerichtet sein. Deswegen müssen wir die Gelder dort einsetzen, wenn die Menschen – aus welchen Gründen auch immer – nicht in der Lage sind, über ihre schwierige Lebenssituation hinwegzukommen. Das ist eine Aufgabe des Sozialstaates. Die Politik eines Sozialstaates ist aber nicht immer dann am besten, wenn immer mehr ausgegeben wird. Das gilt auch für die Kinderbetreuung. Ich könnte Ihnen die Steigerungen sagen, die wir in diesem Bereich haben.

Herr Kollege Wahnschaffe, Sie sagten, Sie wollten in den anderen Bundesländern nachforschen, ob diese nicht sehr viel mehr tun.

(Wahnschaffe (SPD): Ich habe leider kein so großes Ministerium wie Sie!)

– Ich kann Ihnen das gerne zur Verfügung stellen, wenn Sie das wollen.

(Wahnschaffe (SPD): Ich nehme Sie beim Wort!)

– Ich kann Ihnen schon vorweg sagen, Sie werden schlecht aussehen, weil wir mehr Hortplätze haben als zum Beispiel Nordrhein-Westfalen.

Das kann ich Ihnen präsentieren. Wenn Sie wollen, dann können Sie einen Ländervergleich anstellen. Aber ich meine, da sehen Sie nicht besser aus, denn wir können unsere Zahlen vorweisen.

Zu den Kinderkrippen. Ich habe heute schon in einem anderen Zusammenhang das Beispiel Schweden erwähnt. In Schweden gibt es auch ein Erziehungsgeld, allerdings nur im ersten Lebensjahr des Kindes. Dort bietet der Staat neben dem Erziehungsgeld aber keinerlei Kinderbetreuungsmöglichkeiten mit staatlicher Finanzierung mehr. Das heißt, der Staat gibt während dieses einen Jahres ganz bewusst Geld in die Familien hinein.

Während dieser Phase der Gewährung des Familien- oder Erziehungsgeldes wird in Schweden aber keine Kinderbetreuung von Seiten des Staates mehr finanziert. So schlecht stehen wir daher mit unserem Bundeserziehungsgeld und unserem Landeserziehungsgeld nicht da.

Sie haben gesagt, unter Kohl sei familienpolitisch nichts passiert. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung sowie Anrechnung von Pflegezeiten in der Rentenversicherung zu Ihrer Regierungszeit eingeführt wurden. Daran kann ich mich nicht erinnern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Daher meine ich zu Recht, dass unter der Regierung Kohl großartige familienpolitische Leistungen zu Stande gekommen sind.

Herr Kollege Wahnschaffe, zur Schwangerenberatung. Dieses Thema ist ja aktuell, es brennt uns auf den Nägeln, und zum 1. Januar 2001 müssen wir die Lösung unter Dach und Fach haben. Offenbar wollen Sie aber nicht zur Kenntnis nehmen, was sich in Bayern tut. Offenbar haben Sie auch nicht mit den Kolleginnen aus Ihrer Fraktion gesprochen, die wissen, wo wir momentan stehen und wie weit Anerkennungsbescheide nicht nur an *Donum Vitae* und an „Frauen beraten“, sondern auch an *Pro Familia* gegangen sind. Ich weiß nicht, ob Sie immer noch Ihrer Ideologie verhaftet sind, so dass Sie es nicht wahrhaben wollen, dass die Regierung in den zurückliegenden Tagen Entscheidungen getroffen hat, von denen ich meine, dass wir selbstverständlich unserem gesetzlichen Auftrag nachkommen, so wie wir die Schwangerenberatung jetzt ab dem 1. Januar 2001 in der Fläche aufbauen. Eigentlich müssten Sie sich darüber freuen, dass die Pluralität zugenommen hat. Sie hat sogar sehr viel mehr zugenommen, als Sie sich das hätten vorstellen können.

Ich wundere mich auch über Ihre Aussagen zur Bezuschussung. Sie sagten, mit den 95% würden wir jemand bevorzugen. Ihre Fraktion hat doch 100% vorgeschlagen. Schließlich haben wir uns darauf verständigt, dass wir allen Trägern einen Zuschuss von 95% geben, und wir haben uns auch darauf verständigt, dass der Zuschuss, der im Bereich der Schwangerenberatung gegeben wird, allen freien Trägern zugute kommt und dass dieser Zuschuss keine Auswirkungen auf andere Bereiche haben darf.

Frau Kollegin Schopper, ich wollte noch Einiges zur Pflege sagen, aber dazu haben wir bei anderer Gelegenheit noch Zeit. Frau Schopper, es ehrt Sie zwar, wie sehr Sie für Ihre Bundesgesundheitsministerin eintreten. Dennoch bin ich mir sicher, dass Sie sie so schnell nicht mehr nach Bayern einladen werden. Denn die Veranstaltung, die Sie mit Ihr durchgeführt haben, ist wirklich daneben gegangen.

(Kobler (CSU): Da hat sie in Bayern die Wahrheit erfahren!)

Sie haben sich doch noch erhofft, dass die Ministerin ein Zeichen gibt, wie sich die Situation im Pflegebereich verbessern kann.

Herr Kollege Wahnschaffe, ich bin dem Bündnis für Gesundheit bewusst beigetreten. Werfen Sie mir den schwarzen Filz vor, solange Sie wollen. Irgendwann einmal müssen Sie Ihre Behauptungen beweisen oder mit Ihren Vorwürfen aufhören. Ich bin dem Bündnis für Gesundheit, dem wohlgermerkt nicht nur die Ärzte, sondern auch die anderen Leistungserbringer im Gesundheitswesen angehören, schlicht und einfach deshalb beigetreten, weil unsere Patienten unterversorgt sind und weil wir mittlerweile eine Zweiklassenmedizin haben. Das können Sie vor allem bei der Arzneimittelverordnung feststellen, weil die Menschen, die in der Gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, nicht mehr mit innovativen Arzneimitteln versorgt werden. In der Arzneimittelversorgung hat die Budgetierung zur Rationierung und damit zur Zweiklassenmedizin geführt. Das aber wollen wir für die Menschen, die der Gesetzlichen Krankenversicherung angehören, nicht. Deshalb bin ich ganz bewusst diesem Bündnis für Gesundheit beigetreten. Ich werde dort auch weiterhin dabeibleiben.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2001/2002, Einzelplan 10, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 14/4924 zugrunde. Der Einzelplan 10 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 14/4924 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 10 entsprechend der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 10 mit dem vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 132 Absatz 5 der Geschäftsordnung haben zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge ihre Erledigung gefunden. Eine Liste der Änderungsanträge liegt Ihnen vor. Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 14/4924 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 14/4661, 4702, 4709 und 4715 bis 4720 ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis. Die Beratung des Einzelplans 10 ist abgeschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will noch aufrufen:

Tagesordnungspunkt 2:

Haushaltsplan 2001/2002;

Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes.

Im Ältestenrat ging man davon aus, dass hierzu keine Aussprache stattfinden wird. Herr Kollege Bernhard wollte eine kurze Erklärung für die Fraktion abgeben.

(Dr. Bernhard (CSU): Nein, zum Abgeordnetengesetz!)

Dann kommen wir sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2001/2002, Einzelplan 11, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 14/4932. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Es gibt keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Einzelplan 11 des Geschäftsbereichs des Bayerischen Obersten Rechnungshofes angenommen.

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19.59 Uhr)

Zu Protokoll gegebene Ausführungen des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD) zu Tagesordnungspunkt 1

Bayerische Gesundheitspolitik – Fehlanzeige

Der bayerische Armutsreport hat ausführlich auf erhebliche gesundheitliche Defizite bei Teilen der bayerischen Bevölkerung hingewiesen.

So weist der Bericht auf deutliche regionale Unterschiede bei der Mortalität, vor allem aber auf erhebliche höhere Sterbeziffern im Osten und Nordosten Bayern, auf signifikante regionale und schichtenspezifische Unterschiede bei Kariesbefall von Kindern, zunehmende Fälle von Allergien bei jungen Männern aus Großstädten, Übergewicht von Kindern, Missbrauch von Alkohol vor allem durch Jugendliche hin, um nur einige Beispiele zu nennen.

Konsequenzen hat die Staatsregierung bisher kaum gezogen. Sie war nicht einmal imstande, einen Krebsregistergesetzentwurf für ganz Bayern vorzulegen. Wenn der Landtag nicht nachgebessert hätte, gäbe es in Bayern weiter viele weiße Flecken.

Die Gesundheitspolitik der Staatsregierung erschöpft sich im Wesentlichen darin, die Reformen der neuen Bundesregierung zu bekämpfen. Dafür ist ihr jedes Mittel recht. Zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung – wohlgermerkt Körperschaften des öffentlichen Rechts – zelebriert sie im „Bündnis für Gesundheit“ immer aufs neue die Rituale einer einseitigen Interessenpolitik.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass sie angesichts des ideologischen Schulterchlusses mit einigen Funktionären der KVB und der KZVB nicht einmal ihre Aufgabe als Rechtsaufsicht wahrzunehmen vermag.

Die Folge:

Die Mäuse tanzen auf dem Tisch.

Beispiel 1:

Als die KZVB im vergangenen Jahr die bayerischen Zahnärzte aufforderte, die Behandlung von Kassenpa-

tienten einzustellen, konstatierte das Sozialgericht München in einem Urteil „politisch motivierten Gesetzesbruch“ durch die KZVB.

Die Reaktion der Rechtsaufsicht von Frau Staatsministerin Stamm? Keine.

Beispiel 2:

Als öffentlich bekannt wurde, dass der Laborarzt Dr. Schottdorf von der KVB ungerechtfertigt Zahlungen in Millionenhöhe erhalten haben soll, erklärte Frau Stamm, die Aufklärung sei Sache der Staatsanwaltschaft, obwohl das Gericht eine massive Mitschuld bei der KVB erkannte, über die die Sozialministerin die Rechtsaufsicht führt.

Auch hier hat die Staatsregierung bis heute nicht reagiert.

Sie behaupten, bei der GKV bestehe Handlungsbedarf. Dazu fällt Ihnen aber nur ein, dass die Budgetierung aufgehoben werden soll.

Sie wissen – aber das sagen Sie nicht – dass dies entweder Beitragserhöhungen oder Leistungsausgrenzungen zur Folge hätte. Die Menschen kennen das bereits von Seehofer. Sein Rezept: Beitragserhöhungen und Leistungseinschränkungen. Geradezu scheinheilig ist Ihr Hinweis auf drohende Beitragserhöhungen.

Diese haben ihre Ursachen im ruinösen Wettbewerb der Kassen um gute Risiken.

Wenn heute Beiträge steigen, dann nicht weil zu wenig Geld vorhanden ist, sondern weil die, die junge Gesunde in ihre Kassen locken, Reserven anhäufen, während anderen Kassen die Alten und chronisch Kranken bleiben. Dies muss korrigiert werden!

Arbeit und Ausbildung

Wir freuen uns alle darüber, dass dank einer entschlossenen aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung

die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen ist. Im Oktober verzeichnete die Bundesanstalt für Arbeit in Deutschland den stärksten Rückgang in einem Oktober seit der Wiedervereinigung; im Jahresvergleich den niedrigsten Stand seit November 1995. Diese Trendwende hat nach Ihren Worten Bayern „aus eigener Kraft geschafft?“ Auch hier leiden Sie offenbar an einem Realitätsverlust!

Es ist doch geradezu lächerlich, wenn Sie behaupten, „der Beschäftigungsaufbau des Bundes resultiere vor allem auf der besseren Erfassung der 630-Mark-Jobs“. Muss ich Sie daran erinnern, dass erst die konsequente Durchbrechung des Reformstaus durch die neue Bundesregierung – und zwar gegen Ihren erbitterten Widerstand – die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum, mehr Beschäftigung, eine konsequente Steuersenkungspolitik und aktive Arbeitsmarktpolitik geschaffen haben. Ich nenne nur das Ausbildungsprogramm Jump mit je einer Milliarde DM, die Programme zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, das gerade bis 2002 verlängert wurde und das neue Gesetz zur Eingliederung von Schwerbehinderten in den ersten Arbeitsmarkt.

Von dieser Politik profitiert auch Bayern.

Der Beitrag Bayerns zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nimmt sich mit 20 Millionen DM pro Jahr im Arbeitsmarktfonds eher bescheiden aus.

Wir begrüßen dennoch jede Initiative, die Arbeitslosigkeit verringern hilft. Wie viel Mittel des ESF tatsächlich eingesetzt wurden, bedarf einer näheren Prüfung.

Der Erfolg hat viele Väter und Mütter.

Die gute Ausbildungssituation werten Sie als Ihren Erfolg.

Der Erfolg basiert in erster Linie auf der Bereitschaft der Wirtschaft und des Handwerks, mehr auszubilden.

Darüber hinaus hat das milliardenschwere Jump-Programm und die Verbesserung der wirtschaftlichen Rah-

menbedingungen, durch Steuer- und Lohnnebenkostenentlastung, zu der deutlich verbesserten Angebots-Nachfragerelation beigetragen.

Dennoch sind seit Jahrzehnten bestehende regionale Unterschiede bei der Lehrstellenversorgung unverändert. Die Ausbildungsinitiative 2006 im Rahmen des Beschäftigungspaktes Bayern ändert daran wenig.

Als kontraproduktiv wird sich die Kürzung der Mittel für die Nachholung des Hauptschulabschlusses erweisen. Dieses Erfolgsmodell der Erwachsenenbildungsstätten verhalf 70 Prozent der Kursteilnehmer nicht nur zu einem Schulabschluss, sondern auch zu einem Ausbildungsplatz.

Die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in manchen Zukunftsbranchen das Angebot hoffnungslos hinter der Nachfrage herhinkt.

Die Notwendigkeit der Green-Card zeigt, dass die Wirtschaft, die frühere Bundesregierung und die Staatsregierung tief geschlafen haben.

Wenn in diesem Jahr bei den IT-Berufen 3600 Bewerbern nur 2600 Stellen in Bayern gegenüberstehen und der Bedarf in den kommenden Jahren auf 40 000 geschätzt wird, dann müssen alle Alarmglocken schrillen.

Die Absichtserklärungen im Beschäftigungspakt Bayern reichen dafür nicht aus.

Viele Menschen in Bayern engagieren sich – ohne dafür eine Entschädigung zu verlangen oder zu erhalten – im sozialen Bereich.

Viele arbeiten in sozialen Berufen und leisten mehr als von ihnen verlangt werden kann. Ihnen gilt unser besonderer Dank. Auf sie können wir zu Beginn des **Jahres des Ehrenamtes** stolz sein.

Zu Protokoll gegebene Ausführungen der Abgeordneten Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Tagesordnungspunkt 1

Nächstes Jahr ist das „Internationale Jahr der Freiwilligen 2001“. Wir alle wissen, dass ohne Freiwillige, ehrenamtliche Arbeit, bürgerschaftliches Engagement unsere Gesellschaft nicht nur ärmer wäre, sondern eine Vielzahl von Vereinen, Projekten und soziale Unterstützung nicht existieren würden. Deshalb herzlichen Dank an alle, die ihre Freizeit investieren, um ein Stück Gemeinwohl zu leben.

Dennoch darf bürgerschaftliches Engagement nicht zum Notstromaggregat der Politik verkommen. Ehrenamt braucht Rahmenbedingungen, Strukturen und Hilfestellungen und diese kosten auch Geld. Freiwillig, aber nicht umsonst sollte die Devise lauten und sie soll der Leitfaden für das nächste Jahr sein, damit zu den vielfältigen Sonntagsreden auch materielle Substanz hinzukommt.

Der genaue Titel des Ministeriums umfasst Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit. Und es ist zuständig für alle Bevölkerungsgruppen, also auch für die Drogenkranken.

Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass auch in Bayern endlich die vierte Säule aufgebaut wird. Prävention – Therapie – Repression genügen nicht, auch die Überlebenshilfe muss Teil der Drogenpolitik werden. Heroinmodellversuche, Gesundheitsräume für Schwerstdrogenabhängigkeiten sollten eine Selbstverständlichkeit sein, über die nicht geredet werden muss. Aber stattdessen geht der bayerischen Regierung die ideologische Starrköpfigkeit vor.

Mit Ina Stein hat die Behindertenpolitik, die auch in den Zuständigkeitsbereich des Sozialministeriums fällt, ein Gesicht bekommen. Wir unterstützen Frau Stein in ihrer politischen Arbeit zu einem Gleichstellungsgesetz für Behinderte.

Dem Artikel 118 der Bayerischen Verfassung, dass Behinderte nicht diskriminiert werden dürfen, würde mit dem Gleichstellungsgesetz Leben eingehaucht werden. Ich hoffe sehr, dass Sie, Frau Ministerin Stamm, sich hier im Rahmen der neun Monate als Geburtshelferin erweisen.

Und wir wünschen uns auch, dass die Fürsorge, die Sie als Schirmherrin und Patin für die Vertriebenen aufbringen, auch für Flüchtlinge, die heute nach Deutschland geflüchtet sind, zeigen würden.

Frau Ministerin Stamm, das neue Jahrtausend wird sozialpolitisch nicht einfacher und der sogenannte Prüfstand, der gerne alte Zöpfe abschneidet und innovativen Kräften den Weg bahnt, hält in der Sozialpolitik Einzug. Aber Sozialpolitik ist nicht nur eine Frage der Finanzen. Sie muss in erster Linie Lebensrisiken absichern und immer wieder die Solidarität der Gesamtgesellschaft einfordern. So auch beim Thema Kinderarmut, laut neuester Studie fällt jedes siebte Kind darunter.

Sozialpolitik hat oft mit den Schattenseiten der Gesellschaft zu tun. Diese Menschen dort nicht stehen zu lassen, sondern ihnen eine Perspektive zur Teilhabe, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, ist unsere Aufgabe und unser Ziel.

Zu Tagesordnungspunkt 1

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10:

<p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Wahnschaffe, Hecht u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung
(Kap. 10 03 TG 73)
Drs. 14/4655</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Paulig, Kellner, Köhler Elisabeth u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Mittel für die Dienste der Offenen Behindertenarbeit
(Kap. 10 05 TG 78)
Drs. 14/4703</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Steiger, Wahnschaffe u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Förderung der Selbsthilfe – Förderung der offenen Behindertenarbeit (OBA) – Sonderprogramm zur Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt
(Kap. 10 05 TG 78)
Drs. 14/4659</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser Dr. Hahnzog, Schindler u. a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Zuschüsse an Sonstige
(Kap. 10 05 Tit. 685 79)
Drs. 14/4657</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Köhler Elisabeth und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 10 05 TG 79)
Drs. 14/4704</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Köhler Elisabeth, Kellner und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Mittel für Maßnahmen für</p> | <p>ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen, insbesondere zur Förderung der sozialen und gesellschaftlichen Eingliederung
(Kap. 10 05 TG 79)
Drs. 14/4705</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Dr. Hahnzog, Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Ausländerintegration in Bayern
(Kap. 10 05)
Drs. 14/4656</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Schopper, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Mittel für Untersuchungen im Bereich Altenhilfe
(Kap. 10 07 TG 71)
Drs. 14/4706</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Wahnschaffe, Hecht u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Förderung von Mütterzentren
(Kap. 10 07 TG 74)
Drs. 14/4660</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner & Fischer, Strasser, Wahnschaffe u. a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 14/4662</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Schopper, Münzel u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Mittel für die Betreuung der von Gewalt betroffenen ausländischen Frauen und Kindern
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 14/4707</p> |
|--|--|

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Schopper, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Förderung von Selbsthilfekontaktstellen im Bereich Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 14/4708
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Wahnschaffe, Hecht u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Förderung von Kinderhorten
(Kap. 10 07 TG 91)
Drs. 14/4663
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Wahnschaffe, Hecht u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Förderung von Kinderkrippen
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 14/4664
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Schindler, Dr. Hahnzog u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Betreuung von Suchtkranken und Abhängigen in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 10 08 Tit. 685 92)
Drs. 14/4665
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Köhler Elisabeth, Stahl Christine u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Mittel für die externe Betreuung von Suchtkranken und Abhängigen in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 10 08 TG 92)
Drs. 14/4710
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Schopper und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Mittel für die Betreuung psychisch Kranker
(Kap. 10 08 TG 97)
Drs. 14/4711
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Dr. Hahnzog, Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Zuschüsse zur Betreuung der Asylbewerber, Asylberechtigten und der Kontingentflüchtlinge
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 14/4658
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Köhler Elisabeth und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Mittel für die Betreuung von Flüchtlingen
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 14/4713
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Köhler Elisabeth und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Unterstützung von psychosozialen Zentren für Folteropfer
(Kap. 10 53)
Drs. 14/4712